

OBS-Arbeitsheft 95



Alexander Gauland (AfD), Thomas Walde (ZDF) – Copyright: ZDF/Jule Roehr

Bernd Gäbler

AfD und Medien

Erfahrungen und Lehren für die Praxis

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2018**

OBS-Arbeitsheft 95
ISSN-Print: 1863-6934
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Prof. Bernd Gäbler

FHM Bielefeld

Ravensberger Str. 10 G

D-33602 Bielefeld

Tel.: 0521-9665510

b.gaebler@t-online.de

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Redaktion:

Benedikt Linden, Benjamin Jacobsen (OBS)

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Titelbild:

ZDF-„Sommerinterview“ 2018

Alexander Gauland (AfD), Thomas Walde (ZDF)

Copyright: ZDF/Jule Roehr

Druck:

www.druckundso.com GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

9. September 2018

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Es besteht dort aber auch die Möglichkeit, sowohl aktuelle als auch bereits vergriffene OBS-Arbeitshefte kostenlos herunterzuladen.

Mehr Infos: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Es mag auf den ersten Blick durchaus ungewöhnlich erscheinen, dass die Otto Brenner Stiftung nach der Studie „AfD und Medien“, die im Sommer 2017 erschienen ist, schon jetzt, im Herbst 2018, erneut ein Arbeitsheft vorlegt, das wieder das Thema „AfD und Medien“ in den Mittelpunkt rückt. Während wir vor der Bundestagswahl 2017 im Untertitel der Studie noch *Analysen und Handreichungen* versprochen, legen wir nunmehr den Schwerpunkt auf *Erfahrungen und Lehren für die Praxis*. Dass wir innerhalb einer so kurzen Zeit eine zwar andere Arbeit, aber zum gleichen Thema publizieren, ist genauso ungewöhnlich wie der Gegenstand dieses Arbeitsheftes selbst.

Keine andere Partei in der Geschichte der Bundesrepublik ist so schnell so stark geworden wie die rechtspopulistische AfD. Diese „Alternative für Deutschland“, erst vor gut fünf Jahren gegründet und damit immer noch eine vergleichsweise „sehr junge Partei“, ist seit einigen Jahren bei Wahlen erfolgreich, inzwischen stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag und mittlerweile auch flächendeckend in den Landtagen der Bundesrepublik vertreten. Mit ihrer teils nationalistischen Programmatik, populistischen Agitation und verbalen Entgleisungen ist sie nicht nur medial präsent und Gegenstand kontroverser Einschätzungen. Die AfD stellt auch viele gesellschaftliche Kräfte und politische Akteure vor neue und unbekannte Herausforderungen: die Abgeordneten im Bundestag genauso wie Gewerkschaften oder Betriebs- und Personalräte, Religionsgemeinschaften und Interessengruppen ebenso wie Lehrer oder berufliche Ausbilder. Eine auffällige Besonderheit für viele Beobachter ist jedoch das Verhältnis der AfD zu den Medien. Deshalb lohnt sich unseres Erachtens auch erneut die Beschäftigung mit diesem Thema – wenn diese dem Anspruch verpflichtet ist, eine konstruktive Auseinandersetzung mit den bereits gewonnenen journalistischen Erfahrungen zu leisten.

Die AfD betrachtet Medien oft durch eine schwarz-weiße Brille: „Entweder sie berichten in unserem Sinne oder sie lügen“. Diese Freund-Feind-Sichtweise unterscheidet sie von allen anderen Parteien in unserem Land. Insbesondere das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem wird von der AfD grundsätzlich und aggressiv in Frage gestellt – und sie versucht zugleich immer wieder, das verhasste etablierte System als Bühne für eigene Zwecke zu nutzen. Wie keiner anderen politischen Formation zuvor ist es der AfD darüber hinaus in relativ kurzer Zeit gelungen, ein eigenes Medien-Biotop aufzubauen. Was die Piratenpartei einst für sich bloß reklamierte, hat die AfD tatsächlich geschafft: Sie ist die erste Internet-Partei, die Social-Media-Kanäle umfassend nutzt und als permanente Erregungsmaschinerie für sich entdeckt hat. Für Sympathisanten, Wähler und Mitglieder der Partei werden

deshalb auch Strukturen geschaffen und inhaltliche Angebote gemacht, die langfristig eine kommunikative Vollversorgung ermöglichen sollen – direkt, ohne Umweg oder Vermittlung durch intermediäre Instanzen.

Dass Journalisten und Redaktionen in diesen Entwicklungen, zu denen auch die nicht nur verbalen Angriffe auf Medien eine neue Qualität beschreiben, besondere Herausforderungen sehen, die auch verunsichern, ist nicht von der Hand zu weisen. Für unseren Studienautor stellt diese Verunsicherung aber erst dann ein Problem dar, wenn daraus nicht Fragen an das eigene Handwerk resultieren und keine Antworten entwickelt werden, die den redaktionellen Alltag beleben können.

- Setzen wir in der Berichterstattung über die AfD die richtigen Schwerpunkte?
- Wie verhindern wir, über jedes „Stöckchen“ zu springen, das uns die AfD hinhält?
- Berichten wir kritisch, oder machen wir uns ungewollt zu PR-Handlangern?
- Kommen wir als Regionalzeitung unserer besonderen Verantwortung nach?
- Was ist ein gutes Interview, wann überzeugt ein Porträt?
- Ist „Ich-Journalismus“ eine adäquate Form, angemessen mit der AfD umzugehen?

Zu solchen und ähnlichen Fragen wertet unser Autor Bernd Gäbler, auch schon Verfasser der ersten Studie „AfD und Medien“, nun vielfältige journalistische Erfahrungen aus. Aber er bleibt dabei weder bei der analytischen Beschreibung noch bei der präzisen Darstellung des Untersuchten stehen. Zu den Stärken der Studie gehört, dass der Autor die Ergebnisse zu konkreten Anregungen und Vorschlägen *aus der Praxis für die Praxis* verdichtet.

Autor und Stiftung wollen mit der Studie grundsätzliche Debatten anregen und hoffen, auch wieder produktive Diskussionen initiieren zu können. Unsere Zielgruppe reicht dabei weiter als der Kreis derjenigen, die redaktionell über Inhalte und Formen der AfD-Berichterstattung entscheiden oder die dafür Verantwortung tragen. Wir hoffen, kontroversen Diskussionsstoff für öffentliche Diskurse zu liefern und dabei auch etwas Orientierung zu geben – beispielsweise im wichtigen Feld der journalistischen Nachwuchsausbildung und Fortbildung in Redaktionen, Schulen und Akademien. Wenn wir es darüber hinaus auch noch schaffen, dass diese Arbeit in der außerschulischen, universitären oder gewerkschaftlichen Aus- und Weiterbildung Beachtung findet, würde das Stiftung und Autor freuen.


Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt a. M., im Oktober 2018

Inhalt

Einleitung – Was sich verändert hat.....	5
1 Grundlagen	7
1.1 Populismus – der politische Kern der Sache	7
1.2 Populismus – Ursachen, Wirkung, Wählerschaft, Soziales und Kultur.....	10
1.3 Eine kulturell-geistige Rechtsverschiebung.....	15
2 Das Netz als Erregungsmaschine – Wo die AfD medial zuhause ist	19
2.1 Filterblasen und „filter clash“	21
2.2 Facebook als „girardeske“ Firma.....	23
2.3 Twitter – ideal für Wutbürger	24
2.4 Krise der Wahrheitsfindung	26
2.5 AfD: Ein „Newsdesk“ als „War Room“	29
3 Aus der Praxis für die Praxis – vom journalistischen Umgang mit der AfD	
3.1 Beatrix von Storch und Wolfgang Gedeon	34
<i>Werden in der Berichterstattung über die AfD die richtigen Schwerpunkte gesetzt?</i>	
3.2 Hohes Haus oder Quasselbude?	39
<i>Aufputzmittel oder Abklingbecken? Neulinge im Bundestag</i>	
3.3 Integration oder Ausschluss?.....	45
<i>Vom FC Bundestag bis zum Christopher Street Day – mitmachen lassen oder ausgrenzen?</i>	
3.4 Wenn’s um Geld geht – ’ran an die Töpfe!	48
<i>Mit Stresemann oder Erasmus? – Berichte über Finanzen und die Parteistiftung</i>	
3.5 Gute Fragen, schlechte Fragen	52
<i>Von Kleber bis Walde – Interviews als vergebliche Mühe oder wilder Tanz?</i>	
3.6 Wer seid Ihr? Und wenn ja, wie viele? Portraits und Berichte.....	60
3.7 Entgrenzung, rechter Rand und rote Linien. Von der Kraft der Gegenrede.....	63
3.8 „Ich“ sagen kann jeder	68
<i>Moral statt Politik, Bekenntnisse statt Argumente</i>	
3.9 Fazit – Was bedeutet das alles für das journalistische Handwerk?.....	72

4	Vor den Landtagswahlen – Oberhessische Presse und Nürnberger Nachrichten.....	75
4.1	Warum diese Zeitungen? Die Bedeutung von „Nürnberger Nachrichten“ und „Oberhessischer Presse“	76
4.2	Die AfD-Berichterstattung der „Nürnberger Nachrichten“	79
4.3	Die AfD-Berichterstattung der „Oberhessischen Presse“	83
4.4	Fazit: kaum Hintergrund, wenig „Großes“ im Lokalen	88
5	„When they go low, we go high“ – guter Journalismus als Teil einer politisch-kulturellen Initiative	91
5.1	Journalismus als ein Element der Demokratie	91
5.2	Nichts geht ohne Geschichte und Kultur.....	93

Anhang

10 Fragen und Antworten von	96
Kai Gniffke (ARD)	96
Wulf Schmiese (ZDF)	98
Maria Fiedler (Tagesspiegel)	100
Michael Köhler (DLF).....	103
Literaturverzeichnis.....	106
Bücher und Fachpublikationen.....	106
Artikel, Interviews, Broschüren und Einzelkritiken.....	108
Videos.....	114
Quellen	114
Hinweise zum Autor	116

Einleitung – Was sich verändert hat

Im Juni 2017 erschien ein erstes Arbeitsheft der Otto Brenner Stiftung zum Thema „AfD und Medien“, das im Untertitel „Analyse und Handreichungen“ versprach. Es sollte der allgemeinen Orientierung dienen und hilfreiche Ratschläge für den journalistischen Umgang mit dieser neuen politischen Formation entwickeln.

Damals war es noch wichtig, die *Entstehungsgeschichte* und den *Charakter* dieser Partei gründlich darzustellen. Im Rückgriff auf eine Fülle von Artikeln und erste Bücher zur AfD, die von Journalisten geschrieben worden waren (Amann 2017; Bender 2017), sowie vielen, teils älteren politikwissenschaftlichen Studien zum Populismus (Decker 2006, Müller 2016, Priester 2007, Wildt 2017, Weiß 2017) waren zentrale Kategorien dieses neuen Politikentwurfs wie Volk, Nation und Identität zu erörtern. Nur auf der Basis einer solchen Verständigung und parallel dazu einer analytischen Sicht auf die Umbrüche des modernen Mediensystems war es möglich, „Handreichungen“ für Journalisten zu entwickeln. Sie waren nicht als feststehende Rezepte gedacht, sondern als Vorschläge, die zu mehr redaktioneller Eigenverantwortung und journalistischem Nachdenken führen sollten.

Was hat sich seitdem verändert? Warum ist es sinnvoll, einen zweiten, völlig neuen und andersartigen Beitrag zum Thema „AfD und Medien“ zu publizieren?

Die erste Studie erschien vor der Bundestagswahl, heute ist die AfD die größte Oppositionspartei im Parlament. Damals stand in der Studie die Prognose, dass die AfD sicher die Fünfprozenthürde überwinden und in den Bundestag einziehen werde. Heute glaubt nie-

mand mehr, bei der AfD handele es sich um eine vorübergehende Erscheinung oder lediglich um eine tagesaktuelle Reaktion auf Probleme der Flüchtlingspolitik. Wir wissen sehr viel mehr und Genaueres über diese Partei, ihre Anziehungskraft, die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft und ihre Wirkung. Wir verstehen die sozialen Ursachen und kulturellen Verschiebungen, die ihren Aufstieg begünstigt haben, besser als noch vor einem Jahr. Dabei ist die Deutung naheliegend, dass das Aufkommen der AfD das *Symptom einer Krise* ist, einer Krise der Repräsentation innerhalb der pluralistischen Demokratie und eine Krise der Anerkennung in einer sich rasant wandelnden globalisierten Arbeitsgesellschaft. Das ist der entscheidende Perspektivwechsel: *Sie sind gekommen, um zu bleiben*. Heute ist die Herangehensweise an die AfD nicht mehr von der illusionären Fragestellung geprägt: Wie verschwindet sie möglichst schnell wieder?

Dennoch ist die weitere Entwicklung der AfD noch nicht entschieden. Es kann sein, dass sie sich als nationalistisch-konservative Partei stabil etabliert und dauerhaft zur Auffächerung des bundesdeutschen Parteiensystems beiträgt. Auf lange Sicht würde das bedeuten, dass die AfD sich selbst hin zu Kooperationsfähigkeit und Koalitionsfähigkeit verändert. Es kann aber auch sein, dass sie weiterhin darauf setzt, ihre Mobilisierungserfolge durch Grenzüberschreitungen hin zu finsterem Geschichtsrevisionismus und Rechtsextremismus einzufahren.

Verändert hat sich auch, was sich zum Zeitpunkt der ersten Studie erst andeutete: Die AfD

hat in Twitter und Facebook, in Social Media also, die sie als Erregungsmaschinerie zu nutzen versteht, ihr mediales Zuhause gefunden. Zwar konnte schon mit Paula Diehl (Diehl 2012) auf strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Populismus und Massenmedien hingewiesen werden, aber der Aufbau eines eigenen, separierten Medienbiotops durch die AfD nimmt erst mit der institutionellen und finanziellen Absicherung über die Ressourcen der Bundestagsfraktion richtig Fahrt auf.

Vor allem aber gibt es inzwischen reichhaltige journalistische Erfahrungen im Umgang mit der AfD. Zu Jahresbeginn flutete einer der vielen Tweets von Beatrix von Storch die Nachrichtensendungen. Zur ersten Sitzung des neugewählten Bundestags wurde die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel standesgemäß von ARD und ZDF interviewt. Anschließend erschienen viele Artikel, in denen der Umgang der anderen Fraktionen mit der AfD dargestellt und erörtert wurde. Es gab heftige Debatten darüber, ob sich auch Journalisten an Demonstrationen gegen die AfD beteiligen sollten oder dürften. Gestritten wurde über das durch zahlreiche Talkshows zu Asylpolitik und Flüchtlingen erfolgte Framing (Wehling, Deutschlandfunk Kultur – Breitband, 16.6.2018). Die Relativierung des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs zu einem „Vogelschiss“ in der „tausendjährigen deutschen Erfolgsgeschichte“ durch den AfD-Fraktionschef Alexander Gauland und dessen daran anschließende angekündigte Verbannung aus einigen TV-Talks ließ erneut alle Fragen von Inklusion und Ausgrenzung wieder aufwal-

len. Und immer wieder wird wie gebannt auf die Pläne zum Aufbau eines eigenen „Newsrooms“ durch die AfD-Fraktion geschaut. Es sind also genug Einzelfragen entstanden, die eine immer noch währende Unsicherheit vieler Journalisten und Redaktionen offenbaren, wie und in welchem Umfang über diese neue Partei zu berichten ist. Das ist hinreichend viel Material, um die „Handreichungen“ nicht nur zu aktualisieren, sondern einer völligen Neufassung zu unterziehen.

Hinzu kommt eine zusammenfassende Betrachtung der Berichterstattung über die AfD durch zwei klassische regionale Medien, die *Oberhessische Presse* aus Marburg und die *Nürnberger Nachrichten*. Diese beiden Medien wurden wegen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern ausgewählt. Außerdem sind beide Zeitungen die Prototypen einer regionalen Abo-Zeitung, die einerseits immer noch eine relativ große Reichweite haben, sich aber andererseits in ihrer Region mit den stärksten überregionalen Zeitungen (*Süddeutsche Zeitung*, *FAZ*) messen müssen. Abgerundet wird das Heft durch Interviews mit erfahrenen Medienmachern, die bei „Tagesschau“ und „heute journal“ in redaktioneller Verantwortung stehen (Gniffke, Schmiese), als Interviewer mit Exponenten der AfD spezielle Erfahrungen gemacht haben (Köhler) oder diese Partei als ihr journalistisches Spezialgebiet bearbeiten (Fiedler).

Die neue Studie ist also noch stärker als der erste „Diskussionsbeitrag“ aus dem Juni 2017 eine durch Erfahrungen gesättigte Handreichung *aus der Praxis für die Praxis*.

1 Grundlagen

1.1 Populismus – der politische Kern der Sache

Die AfD ist nicht nur eine neue Partei unter anderen. Schon das wäre Grund genug für detaillierte Betrachtungen, denn Parteibildungsprozesse sind immer interessant. Sie indizieren in der Regel tiefgreifendere gesellschaftliche Veränderungen, die sich in den westlichen Demokratien vor allem in einem Bedeutungsverlust der Volksparteien manifestieren.

Die AfD drückt nicht einfach ein neues politisches Anliegen aus, artikuliert keinen neuen „Cleavage“ innerhalb des klassischen Systems der Parteien, sondern vertritt ein grundsätzlich anderes Modell des Politischen (vgl. Reckwitz 2018: S. 413-417). Das ist der Kern ihres rechten Populismus. Diese Partei will nicht ein Teil der pluralistischen Willensbildung sein. Sie beansprucht nicht, besondere Interessen zu repräsentieren, sondern sie beansprucht, den Volkswillen ganz unmittelbar zu vertreten. „Wir sind das Volk“ – davon ist die AfD überzeugt.

Ihr Denkstil ist grundsätzlich „dyadisch“ (Jörke/Selk 2017: S. 68), also auf einer Zweiteit beruhend, wobei das Volk stets als homogene Einheit gedacht wird, das einer korrupten, nur auf den eigenen Vorteil bedachten Elite antagonistisch gegenübersteht. Beide – Regierte und Regierende – sollen unmittelbar identisch werden. Das Volk soll sich die Macht „zurückholen“. Alles andere wird als abgehobene oder entfremdete Herrschaft gedeutet. Das Volk wird als „populus“ und sogar als „ethnos“ gedacht, keineswegs als „demos“, was ja immer auch ein politisches Subjekt ist, das sich über

verschiedene intermediäre Instanzen – von Medien bis hin zu vermittelnden Ausschüssen, Institutionen und Parlamenten – erst formiert. Zum „demos“ gehören alle, schreiben Jörke/Selk, die sich in der konkreten politischen Ordnung wechselseitig die gleichen Freiheitsrechte zugestehen. Das Volk sind dann die politisch gleich Freien (Jörke/Selk 2017: S. 58). Jan-Werner Müller, dessen kompakten Essay „Was ist Populismus?“ (Müller 2016) jeder mit dem Thema befasster Journalist gelesen haben sollte, weist daraufhin, dass „das Volk in seiner Gesamtheit ... sich nie fassen oder gar darstellen“ lasse: „Es ist überhaupt nie empirisch auffindbar“ (ebd.: S. 59), weshalb schon der Rechtstheoretiker Hans Kelsen von einer „metapolitischen Illusion“ (ebd.: S. 58) sprach. Man beruft sich auf „das Volk“, was aber nur eine imaginierte „schweigende Mehrheit“ ist, für die eine kulturelle – in der Regel eine national-kulturelle – Homogenität angenommen wird. Diese soll aus einem Bekenntnis zum Deutschsein, einer vagen Einheitlichkeit von Werten und Alltagspraktiken, einem angenommen natürlichen „common sense“ sowie allgemein anerkannten Moralvorstellungen der „anständigen“ Leute bestehen (vgl. Reckwitz 2018: S. 415). Das demokratische Gegenmodell zu so einer autoritären Vereinheitlichung des Volkes formulierte der 34. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Barack Obama programmatisch in seiner Abschiedsrede: „Because for all our outward differences, we all share the same proud title: Citizens.“

Die von der AfD vertretene Alternative zur Bürgergesellschaft ist ein rechter Populismus,

weil die politische Einheit des Volkes immer als bereits gegebene national-kulturelle Einheit erscheint, die oft sogar ethnisch grundiert ist. Dieses so konstruierte „Wir“ hat sich gegen die bedrohlichen Anderen zu behaupten. Auch im Inneren gibt es demnach Gegner des wahren Volkes. Das sind insbesondere Migranten und Zugewanderte, Flüchtlinge und Asylsuchende, aber auch alle, die für kulturelle Diversität plädieren, nationale identitäre Festlegungen nicht akzeptieren, sondern einen kosmopolitischen Lebensstil pflegen oder als Angehörige der in der postindustriellen Ökonomie tätigen neuen Mittelklassen vor allem post-materielle Werte vertreten, also auf Selbstverwirklichung aus sind und traditionelle Familienwerte eher kritisch sehen. Das alles fasste der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen schon auf dem Karlsruher Parteitag der AfD am 17. Juni 2017 als „links-rot-grün versifftes 68er-Deutschland“ zusammen. In diesem Sinne bezeichnete er ebendort das Programm der AfD als „Fahrplan in ein anderes Deutschland“.

Trotz dieser Striktheit, die Meuthen für die AfD reklamiert, ist Cas Mudde zuzustimmen, der vom Populismus als „schwache“ oder auch „inhaltlich nur dünn besetzte Ideologie“ („thin-centered ideology“; Mudde/Kaltwasser 2017: S.6) spricht. Unter dem Dach des Populismus können sich unterschiedliche, ja sich widersprechende Einzelforderungen und Ideologeme Platz finden. Er ist ebenso anschlussfähig für neoliberale Ideen wie für staatsinterventionistische Positionen: In der Rentendebatte der AfD stoßen beide Konzeptionen gegenwärtig hart aufeinander. Katrin

Priester hebt deswegen schon seit langen den Denkstil, die Mentalität des Populismus als Merkmal hervor. Populismus lebt demnach „auch stark von einer gefühlsmäßig-affektiven und vordiskursiven Protest-, Abwehr- und Empörungshaltung“ (Jörke/Selk 2017: S. 84). Provokation, Tabubruch und die Verlagerung der Grenzen des Sagbaren gehören also nicht zufällig zum Arsenal der Populisten. Auch wenn sie die Demokratie illiberal interpretieren, Pluralität durch Identität ersticken wollen, und in der Abwehr des Fremden große Überschneidungen mit dem Rechtsradikalismus aufweisen, bekämpfen Populisten die gegenwärtige Demokratie doch stets im Namen der Demokratie. Durch Volksabstimmungen sollen alle Parlamentsbeschlüsse revidierbar sein, denn die politische Willensbildung werde durch abgehobene Parteien („Altparteien“) und Medien („Lügenpresse“) monopolisiert, schnelle Beschlüsse würden durch ausufernde Debatten („Quasselbude“) verhindert, der Volkswille durch Bürokratie nicht umgesetzt. Weil er so einerseits auf Probleme hinweist und Enttäuschungen artikuliert, diese aber andererseits gegen demokratische Institutionen und Verfahren wendet, kann er als „Zwitter in der Demokratie“ (Jörke/Selk 2017: S. 70) begriffen werden.

Die Bewahrung des Eigenen und die Abwehr des Fremden wird in erster Linie kulturessenziell gefasst. Étienne Balibar nennt dies einen „Rassismus ohne Rasse“ (Balibar 1990). Immer wird dabei auf die Identität des authentischen Volkes abgehoben. Sie soll evident sein, per Augenschein zu erkennen. Sowohl

Konrad Adam, der frühere FAZ-Journalist und inzwischen enttäuschte Mitgründer der AfD, als auch der Vorsitzende Jörg Meuthen beharren darauf, auf den ersten Blick erkennen zu können, wer Mann oder Frau, wer Deutscher oder Fremder ist. Hier eröffnet sich natürlich ein Fenster der Gelegenheit für Rassisten. Wenn diese Evidenz ethnisch grundiert ist und dann auch noch mit einer Abwertung bestimmter Menschen einhergeht, überschneiden sich Populismus und Rassismus. Als Alexander Gauland, ein gebildeter Mann des Wortes, ausrief, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoğuz (SPD) solle doch „in Anatolien entsorgt“ werden, spielte er mit genau dieser Verwischung. In der Regel äußern sich Rechtspopulisten aber „ethnopluralistisch“. Andere Nationen müssen dabei nicht vordergründig abgewertet werden, auf keinen Fall aber soll es Verwischungen geben. Die eigene Nation soll klar abgrenzbar bleiben, in ihrer singulären und authentischen Identität verteidigt werden, vulgo: Jeder soll da bleiben, wo er herkommt und hingehört. Ob rechte Populisten mit „Identitären“ zusammenarbeiten oder dies offiziell dementieren, immer sind sie geprägt von der Idee geschlossener Kulturkreise, die sich – etwa im Kampf gegen „den Islam“ – zu behaupten haben.

Sicher gilt für den dynamischen Aufstieg der AfD, dass dahinter ein komplexes Ursachenbündel liegt, das sowohl sozialökonomische Verteilungskämpfe beinhaltet als auch den Kampf um kulturelle Deutungsmacht (vgl. Manow, Merkur, April 2018). Sehr instruktiv erscheint dabei der Hinweis darauf, dass sich

der Populismus auf der südlichen Halbkugel, wo das soziale Gefälle zwischen Einheimischen und Zuwanderern nicht dramatisch groß ist, tendenziell links äußert, sich also für mehr Gleichheit einsetzt und gegen die Beweglichkeit von Kapital und Gütern richtet, während er im wohlfahrtsstaatlichen Norden mit in der Regel hochregulierten Arbeitsmärkten direkter gegen die neuen Konkurrenten, also die beweglichen migrantischen Personen gerichtet ist (vgl. Manow, FAZ, 29.1.2018; Manow, www.soziopolis.de, 2.3.2018). Das neue italienische Regierungsbündnis von „5-Sterne-Bewegung“ und „Lega“ würde dann das sozioökonomische Nord-Süd-Gefälle des Landes reflektieren.

Der dynamische Aufstieg populistischer Formationen ist in vielerlei Hinsicht ein *Krisensymptom*. In diesem Sinne ist der Populismus vor allem reaktiv. Deswegen wirkt er oft nicht nur konservativ, sondern geradezu nostalgisch in der Beschwörung von Heimat und als harmonisch imaginierten früheren, besseren Zeiten als deutsche Fußballnationalspieler noch Maier, Schulz und Krämer hießen und Komiker aussahen wie Sparkassenangestellte. Der Populismus ist eine ängstliche Reaktion auf die Globalisierung, zeigt eine *Repräsentationskrise* der demokratischen Parteien an, die offenkundig nicht mehr das vorhandene Stimmung- und Meinungsspektrum aufgreifen und abzubilden verstehen und bildet scharfe innergesellschaftliche Konflikte ab, die von vielen als mangelnde Anerkennung erlebt werden. Den Populismus in diesem Sinne auch als Seismograph gesellschaftlicher Erschütterungen zu sehen, bedeutet nun keineswegs, den

Populismus als Krisensymptom

populistischen Parteien unter der Hand oder offen zuzubilligen, sie besäßen gewissermaßen „eine Art soziologisches Monopol, ... nur sie verstünden die ‚wahren Sorgen und Nöte‘ der Bürger“ (Müller, Tagesspiegel, 6.5.2016). So eine Ursachenanalyse bedeutet auch nicht, dass man unterstellt, scharfe Konflikte müssten automatisch in Populismus münden, denn eigentlich soll dies ja die Stärke der Demokratie sein: Innergesellschaftliche Konflikte zivilisiert auszutragen.

1.2 Populismus – Ursachen, Wirkung, Wählerschaft, Soziales und Kultur

Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 stellt einen Einschnitt dar. Die AfD erreichte 12,6 Prozent der Zweitstimmen und zog mit 94 Abgeordneten in das Parlament ein. Seitdem ist die Arbeit der Fraktion im Deutschen Bundestag ins Zentrum der AfD-Politik gerückt. Hier entscheidet sich das programmatische Profil, hier entscheidet sich, mit welcher Stilistik die AfD zu agieren gedenkt, und hier entscheidet sich, wie die anderen Parteien mit ihr umgehen wollen.

Zugleich hat das Ergebnis der Bundestagswahl aber auch Aufschluss darüber gegeben, wie die AfD wirkt, für wen sie besonders attraktiv erscheint, was also die Ursachen ihres einschneidenden Erfolges sind.

Insgesamt hat die AfD 5.878.115 Zweitstimmen bekommen. Sie hat dabei regional sehr unterschiedlich abgeschnitten. Am stärksten wurde sie in Sachsen, wo sie 27,0 Prozent erzielte, während der tiefste Wert 7,8 Prozent wa-

ren, auf die sie in Hessen und Hamburg kam. In Ostdeutschland (inklusive des Ostens Berlins) schnitt die AfD mit durchschnittlich 21,5 Prozent besser ab als im Westen. In beiden Teilen Deutschlands schnitt sie aber in den wohlhabenderen Bundesländern (Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg) besser ab als in den ärmeren (Falkner/Kahrs 2018: S. 24). Zugleich schnitt die AfD aber besonders gut in weniger verdichteten Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung ab. Hier arbeiten noch viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe, das Haushaltseinkommen liegt in der Regel unterhalb des Bundesdurchschnitts und die Gesellschaft ist signifikant überaltert (ebd.: S. 25 f.) Diese Regionen sind infrastrukturell vernachlässigt oder gar abgehängt.

Männer wählen die AfD häufiger als Frauen, im Osten war sie in der mittleren Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen sogar stärkste Partei knapp vor der CDU (Faus/Knaup 2018: S. 34). Eine recht große Rolle spielte auch das Bildungsniveau der Wähler. Gesamtdeutsch schnitt die AfD unter den unteren und mittleren Bildungsgruppen deutlich besser ab als bei den Wählern mit höherer Bildung. Mit nur sieben Prozent Zustimmung erwiesen sich Wähler mit Hochschulabschluss am stärksten als immun gegen den Einfluss der Rechtspopulisten. Die bildungsspezifischen Unterschiede waren im Osten noch deutlicher ausgeprägt als in den westlichen Bundesländern. Bei den ostdeutschen Wählern mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Reife kam die AfD auf 26 bzw. 27 Prozent. Bei den jungen Wählern schlug diese Differenz noch stärker durch: Im Osten wählten

32 Prozent der jungen Wähler mit formal niedriger Bildung die AfD (vgl. ebd.: S. 39). Übersetzt in Sozialstrukturanalysen bedeutet dies, dass die AfD gesamtdeutsch bei der Arbeiterschaft ein überdurchschnittlich hohes Ergebnis von 18 Prozent erreichte. Selbst die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft immunisiert nicht gegen große Zustimmung zur AfD. Sogar bei den westdeutschen Gewerkschaftern kam die AfD auf knapp überdurchschnittliche 14 Prozent (ebd.: S. 44).

Wie sind diese Zahlen nun zu deuten? Zunächst einmal ist klar, dass die AfD keine Nischenpartei mehr ist. Das hat die Bundestagswahl nur unterstrichen. Denn schon vorher war sie in 13 Landesparlamenten vertreten, hat sich dort fast flächendeckend organisiert, personal- und kostenaufwändige Wahlkämpfe geführt und einen sprunghaften Mitgliederzuwachs verzeichnet, sich also in der Gesellschaft verankert und als Partei konsolidiert.

Zu kurz würde es auch greifen, diesen Erfolg allein aus tagespolitischen Ereignissen, etwa der Flüchtlingspolitik, herleiten zu wollen. Da würden Anlass und Ursache, Ereignis und zugrunde liegende Struktur verwechselt werden.

Dennoch sind beide Seiten des AfD-Erfolgs – die große Bedeutung der Flüchtlingsfrage und die sozialökonomische Dimension – näher zu betrachten, auch wenn monokausale Erklärungen sicher zu kurz greifen.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die AfD nicht hinreichend verstanden wird, wenn man glaubt, sie repräsentiere einzelne soziale Schichten. Auf keinen Fall ist sie eine „Par-

tei der Professoren“, was sie von sich in der Gründungsphase als eurokritische Formation teilweise selbst glaubte. Trotz größerer Attraktivität für Wähler aus den unteren und mittleren Schichten und einem Übergewicht bei weniger Gebildeten, ist die AfD aber auch nicht einfach eine „Partei des Prekariats“ oder gar der Arbeiterschaft.

Die AfD-Ergebnisse gehen weder direkt mit erhöhter Arbeitslosigkeit oder geringem Einkommen einher, noch gibt es eine eindeutige Korrelation mit dem Ausländeranteil in den entsprechenden Wahlkreisen (Falkner/Kahrs 2018: S. 23).

Sozioökonomische Daten allein – etwa ein erlittener Verlust an Einkommen, Sicherheit oder Status – vermögen den Wahlerfolg der AfD nicht exakt abzubilden, dennoch hat er mit ihnen zu tun. Viele Studien, so eine Nachwahlanalyse der Bertelsmann-Stiftung, und einzelne Interpreten, etwa Wolfgang Merkel, Philipp Manow oder Wolfgang Knöbl, weisen darauf hin, dass populistische Erfolge schon im Zusammenhang stehen mit Modernisierungsprozessen und daraus entstehender sozialer Ungleichheit. Eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie (cleavage), die sogar dazu führen könnte, das gesamte Parteiensystem neu zu sortieren, sehen sowohl die Bertelsmann-Studie wie auch Wolfgang Merkel in der Trennungslinie zwischen Modernisierungsbefürwortern und -skeptikern. Die Daten zeigen, dass es der AfD gelungen ist, gewissermaßen „von unten“ in die Mitte der Gesellschaft einzudringen. Sie hat sich als Stimme der sozial-kulturell Abgehängten, die vorher meist schon gar nicht

*Nährboden für die AfD:
Angst vor Kontrollverlust*

mehr zur Wahl gegangen waren, etabliert und es zugleich geschafft, für mittlere Schichten attraktiv zu werden, die zwar keine tatsächlichen Einbußen oder soziale Rückschläge hinnehmen mussten, sich aber bedrängt fühlen und ängstlich oder pessimistisch in die Zukunft blicken. Thomas Falkner und Horst Kahrs, deren für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellte Meta-Studie zur Bundestagswahl die kompakteste Deutung liefert (Falkner/Kahrs 2018), versuchen für diesen Prozess einen treffenden Begriff zu finden: *Kontrollverlust*.

Das heißt nicht, dass die AfD allein als Partei der Modernisierungsskeptiker aufgefasst werden kann. Sie mobilisiert aber das Gefühl, möglichen Krisen der Zukunft sei man ungeschützt ausgeliefert, man werde in der Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Arbeit und Wohnraum benachteiligt, es gebe zu wenig Halt in einer sich schwindelerregend schnell verändernden Welt und am Ende drohe womöglich ein jäher sozialer Abstieg. Gewonnene Sicherheiten verkommen, die gewohnte Stabilität im Leben gerät aus den Fugen.

In einer Besprechung des Film *Montags in Dresden* versetzt sich die Autorin Sabine Rennefanz in der *Berliner Zeitung* in diese Gefühlslage: „Seit der Wende trage ich das Gefühl mit mir herum, dass nichts von Dauer ist, dass die Welt von einem Moment auf den anderen Kopf stehen kann. Es geht nicht weg, es wird mit den Jahren sogar noch schlimmer. Wenn die EU morgen weg wäre, es würde mich nicht wundern. Aus so einer Erfahrung kann man viel Kraft schöpfen. Man kann aber auch verletztlich und ängstlich werden. Angst davor bekommen,

keinen Platz mehr zu finden, vom Tempo überrollt zu werden, nicht gesehen und gehört zu werden. Diese beiden Seiten sind Teile der ost-deutschen DNA“ (Rennefanz, *Berliner Zeitung*, 18.6.2018).

Hier ist beschrieben, wie die *Angst vor Kontrollverlust* mit einer *Krise der Anerkennung* einhergehen kann. Alexander Gauland hat diese Stimmung gespürt, als er sich schon im Landtagswahlkampf in Brandenburg mit spezieller AfD-Werbung auch immer wieder direkt an Wähler der Linken gewandt hatte.

Nach bereits 2016 erhobenen Zahlen des Instituts für Demoskopie in Allensbach sagten 38 Prozent der AfD-Anhänger, sie gehörten „zu denen, die zurückbleiben, während es vielen anderen in Deutschland immer besser geht“. Das ist mehr als bei jeder anderen Partei. AfD-Wähler sind also besonders pessimistisch. Laut einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung stimmten 83 Prozent der Anhänger der AfD der Einschätzung zu: „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“ (o. V., FAZ, 25.5.2018).

Legt man die so genannten „Sinus“-Milieus zugrunde, dann ist es diese Haltung, die Wirkungen der AfD sogar bis hinein in die oberen Schichten auslöst. Die „konservativ Etablierten“ fühlen sich oft als Gegenpol zum Laissez-faire der libertär-progressiven Leistungsindividualisten.

Die soziale Dimension des AfD-Erfolgs geht also immer einher mit einer entsprechenden kulturell-politischen Disposition. In der Regel ist das Vertrauen in die politischen Eliten und staatlichen Institutionen schon vorher

geschwunden. Sie sind offener für autoritäre Lösungen ihrer Probleme, wollen einen starken Staat, der für Ordnung sorgt und begegnen Pluralismus und Vielfalt eher mit Sorge als mit Neugier. Auch wenn natürlich nicht alle AfD-Wähler eingeschworene Nationalisten sind, wissen sie doch sehr wohl, wofür die Partei steht. Auf die Probleme, Sorgen und Ängste kann sie passgenau die Idee einer leitenden Identität, Priorität für das Eigene und Abwehr des Fremden setzen.

Die soziale und kulturelle Dimension des AfD-Erfolgs als Einheit zu betrachten, ist auch wichtig, wenn es gilt, politische Gegenstrategien zu entwerfen oder zu bewerten. Die AfD reiße nur Gräben auf und verschärfe Probleme statt sie zu lösen, darauf komme es aber in der Politik an, betonen viele AfD-kritische Politiker. Da mögen sie Recht haben, allerdings ist die Auffassung illusionär, allein mit Sozialpolitik und höheren staatlichen Infrastrukturausgaben lasse sich die AfD zurückdrängen. Ohne den kulturellen Diskurs und die geistige Auseinandersetzung mit den Bewusstseinsinhalten der AfD-Wähler wird es keine substanziellen Terraingewinne gegen die AfD geben.

Denn die *Flüchtlingsfrage* spielte zweifellos für den Wahlerfolg der AfD eine große Rolle. „Wir haben den Leuten“, beschied AfD-Fraktionschef Alexander Gauland kurz und bündig im Tagesgespräch des Senders *Phoenix* am 26. Juni 2018, „die gegen diese ganze Willkommenspolitik sind, eine Stimme gegeben.“ Aber die Flüchtlingspolitik war weder der einzige Grund, noch gar die Ursache für den Wahlerfolg der AfD. Sie war vor allem ein *Kumulationspunkt*, in

dem schon längerfristig angelegte und tieferliegende Entwicklungen zusammenliefen und sie war ein enormer *Beschleuniger* für Konflikte, die sich längst angedeutet hatten.

Noch kurz vor der Wahl hielten 44 Prozent der Wähler dieses Thema für das dringlichste Problem in Deutschland (vgl. Faus/Knaup 2018: S. 17). Seit zweieinhalb Jahren war es durchgängig das dominante Thema. In allen Umfragen ließ es Probleme der sozialen Gerechtigkeit, von Renten oder Arbeitsplätzen weit hinter sich.

Die Basis dafür ist keineswegs allein der einmalige politische Moment, als die Bundesregierung nach einer telefonischen Absprache zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem Vizekanzler Sigmar Gabriel in der Nacht des 4. September 2015 entschied, tausenden in Budapest gestrandeten Flüchtlingen die Einreise ins Land nicht zu verwehren. Dieses Regierungshandeln hatte zur Folge, dass in der Zeit danach bis zu 13.000 Flüchtende täglich über die deutschen Grenzen ins Land kamen, was sich bis zum Jahresende auf etwa 850.000 Neuankömmlinge addierte. Eine anfangs weit verbreitete, fast euphorische „Refugees Welcome“-Stimmung schlug bald fast in das glatte Gegenteil einer ausländerfeindlichen Abwehrhaltung um. Das liegt an einer großen, ungeklärten politischen Frage, die das Selbstverständnis der Bundesrepublik betrifft: *Deutschland ist ein Einwanderungsland, hat aber kein Einwanderungsgesetz.*

Offenbar gibt es keine gesellschaftliche Kraft oder Kräftekonstellation, die in der Lage ist, hier ein konsensstiftendes Regelwerk zu

schaffen. Geklärt werden müsste: Wen wollen wir zu welchem Zweck in welcher Größenordnung zu uns kommen lassen? Dabei müsste es sicherlich eine Abwägung zwischen humanistischer Selbstlosigkeit und ökonomischem Nutzen geben. Es würde also auch festgelegt, wer abgewiesen würde. Denkbar wären auch bewegliche Lösungen, die also nicht Zahlenkontingente fixieren, sondern Korridore öffnen oder so genannte „atmende Deckel“ beinhalten. Dies alles müsste gesellschaftlich ausgehandelt werden. Die logische Folge wäre eine grundlegende Debatte über das Selbstbild der Republik. Wie „bunt“ soll Deutschland sein? Wie kann Vielfalt sinnvoll gestaltet werden? Wie viele kulturelle Eigenheiten verträgt Integration? Wie können uneindeutige Identitäten in ein eindeutiges Rechtssystem eingepasst werden? Gibt es verpflichtende Werte, die über das Grundgesetz hinausgehen? Wie vertragen sich religiöse Toleranz und Gleichberechtigung? Vor welchen neuen Anforderungen stehen das Ausbildungs- und Bildungssystem? Um nur einige zu nennen. Vor allem aber könnten so zwei Fragen voneinander getrennt behandelt werden, die bei uns stets durch dasselbe Nadelöhr getrieben werden: Unsere Verpflichtung, Verfolgten Schutz zu gewähren, und die langfristige Steuerung der auf keinen Fall nachlassenden Migrationsbewegung.

Da es alles das nicht gibt, prägen Wankelmut und Pendelbewegungen gleichermaßen Politik und öffentliche Meinung. Prototypisch stehen dafür der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und die *BILD-Zeitung*. Sigmar Gabriel war der erste Parteivorsitzende, der

demonstrativ mit einem „Refugees Welcome“-Button an einer Sitzung des Deutschen Bundestages teilnahm, nur um wenig später dringlich den Dialog mit Pegida zu suchen. Am 16. September 2015 griff der damalige Chefredakteur der *BILD-Zeitung* Kai Diekmann den Fußballverein FC St. Pauli mit den Worten: „Kein Herz für Flüchtlinge“ scharf an, weil sich dieser Verein einer „Wir helfen“ genannten PR-Aktion der BILD-Zeitung versagte. Später ist dieselbe Zeitung führend dabei, wenn es gilt die Worte „Flüchtlingskrise“, „Flüchtlingswelle“ mit „Kontrollverlust“, „Katastrophe“, „Kriminalität“, „Messerattacke“ und „Terror“ in einen Wortschwall zu gießen.

Dies trägt dazu bei, dass keine andere Entscheidung so stark wie die „Grenzöffnung 2015“ und die anschließende „Willkommens-Kultur“, inklusive der „Wir schaffen das“-Ermunterung durch die Bundeskanzlerin, von vielen skeptischen Bürgern als Projekt einer sich selbst applaudierenden Elite aufgefasst wurde, dessen Folgen hinterher die unteren Schichten alleine auszubaden hätten.

So wurde die Frage, ob Zuwanderung als Bereicherung oder als Bedrohung anzusehen sei, die Kernfrage der gesellschaftlichen Polarisierung in der Zeit des dritten Kabinetts Merkel.

Chantal Mouffe schreibt den linksliberalen Kritikern des Populismus, die gleichzeitig gerne großzügig für Weltoffenheit plädieren, ins Stammbuch, dass sie in ihren Diskursen oft reale Machtverhältnisse ausblendeten und mit dazu beitrügen, eine Stimmung der technokratischen Politik- und Alternativlosigkeit herbeizureden.

Das ungeklärte Selbstbild des Landes

Auf jeden Fall erwies sich die *Flüchtlingsfrage* als *entscheidendes Mobilisierungsthema für die AfD*. Keine andere Wählerschaft hat bei irgendeinem anderen Thema ein so einseitiges und monothematisches Zustimmungprofil wie die Wähler der AfD es in dieser Frage zu ihrer Partei entwickelt haben (Falkner/Kahrs 2018: S. 23). Dies gilt völlig unabhängig von tatsächlich gemachten Erfahrungen mit Neuankömmlingen. Gerne wird auch vergessen, dass Pegida schon weit vor dem Sommer 2015 Großdemonstrationen hinbekam. Die Flüchtlingspolitik bot somit oftmals auch nur die Möglichkeit, bereits existierende Einstellungen zu äußern.

Weil sich unter anderem jene Leistungsträger für kosmopolitische Offenheit und eine Vielfalt der Lebensstile einsetzen, die projektorientiert in Wachstumsbranchen flexibel arbeiten und in einem florierenden Welthandel den Garanten für Fortschritt und Wohlstand sehen, begegnen Anhänger der AfD all diesen Ideen mit tiefem Misstrauen. Wo das postindustrielle Wirtschaften darauf ausgerichtet ist, stets durch Innovation besondere und einzigartige Produkte zu schaffen, die sich im Wettbewerb am Markt zu behaupten haben, mögen auch individualisierte Werte wie Neugier, Spaß, Selbstverwirklichung, Toleranz und Empathie wichtig sein. Für AfD-Wähler spielen sie kaum eine Rolle. Alle Untersuchungen zeigen, dass sie viel ‚preußischer‘ ticken: Hier zählen Pünktlichkeit, Respekt, Höflichkeit und Pflichtbewusstsein (Falkner/Kahrs 2018: S. 31). In einer globalisierten Welt fühlen sie sich heimatlos und wenig wertgeschätzt. So konnte mit dem Flüchtlingsthema ein rechtspopulistischer

Hype entstehen, der mit der Eingrenzung des Problems deshalb nicht einfach zu beheben ist, weil das Thema nur eine besonders günstige Gelegenheit bot, sich zu offenbaren und hemmungslos auszuleben, was immer schon einmal artikuliert werden wollte.

1.3 Eine kulturell-geistige Rechtsverschiebung

Als Volk dürfen die Leute zum Ausdruck bringen, was ihnen als einfacher Mitmensch nicht möglich wäre. Indem sie sich zu etwas zugehörig erklären, das größer ist als sie selbst, ermächtigen sie sich. Hier kann Angestautes heraus, hier kann vielerlei Unmut gebündelt werden. Das vermag die AfD. Darum ist sie keine vorübergehende Erscheinung. Es gibt ein auslösendes Ereignis (die Flüchtlingskrise) und eine dem Unmut zugrundeliegende Struktur (soziale Deklassierung, Abstiegsängste, Entwertung der traditionellen Arbeit und Lebensweise) und beides wird flankiert von einer deutlichen Verschiebung des Zeitgeistes (vgl. Koppetsch, SZ, 22.5.2018).

Das Bonmot des französischen Historikers Jacques Juillard könnte bald schon keine Übertreibung mehr sein: „Das Wort Linksintellektueller war lange Zeit ein Pleonasmus, heute wird es zu einem Oxymeron“ (zit. nach: Metz/Seeßlen 2018: S. 39).

Tatsächlich scheint jetzt subkutan wahr zu werden, was lange Zeit zwar von Regierungsseite propagiert, aber nie Wirklichkeit wurde: eine geistig-moralische Wende. Helmut Kohl begann mit diesem Fanal seine Regierungszeit.

Es verpuffte. Zuletzt war der Versuch des damaligen Innenministers Thomas de Maizière, ausgerechnet via *BILD-Zeitung* und in fragwürdigem Deutsch („Wir sind nicht Burka“), einer konservativen Leitkulturdebatte neuen Atem einzuhauchen, allenfalls belächelt worden. Dann aber war es die „Willkommenskultur“, die in das Gegenteil umschlug: in eine die nationalen Eigeninteressen betonende Abwehrhaltung. Dazu mag beigetragen haben, dass viele die demonstrierte weltoffene Hilfsbereitschaft als schönfärberisch, blind gegenüber Problemen und selbstbeweihräuchernd empfunden haben.

Dieser Klima-Umschwung hat sich auch im geistigen Leben bemerkbar gemacht. Über lange Zeit war es geradezu ein Kennzeichen für intellektuelle Debatten, dass sie sich mit der lockenden Zukunft befassten. Man schaute nach vorne, es gab einen utopischen Überschuss. Jetzt heißt es, jeder möge lieber bleiben, was er ist. Man schaut nach hinten, vergewissert sich der Herkunft und einer sicheren Identität. An einem Sprachgebrauch ist ein Umschlagspunkt festzumachen. Was zuerst Selbstironie war, wurde zum universellen Schimpfwort: *Gutmensch*.

Während linksliberale Intellektuelle zunehmend bestenfalls als etwas langweilig, schlimmstenfalls als nimmermüde Kommissare für Volkserziehung dargestellt wurden, galten konservativere Publizisten und Geistesmenschen plötzlich als ideenreich, schillernd oder bewundernswert unorthodox. Dazu trug bei, dass viele Ex-Linke mit Konvertitenstolz die öffentlichen Bühnen als sich endlich be-

freiende Verfolgte und Opfer von Kampagnen der Korrekten betreten. Horst Mahler, Jürgen Elsässer und der Ex-SDSler Bernd Rabehl profilieren sich geradezu als Hassprediger. Matthias Matussek hat schon früh Nation, Familie und Katholizismus hochleben lassen und fügt nun persönliche Verrücktheiten hinzu. Diese zeichneten Henryk M. Broder, der ein Gespür für Paradoxien hat, immer schon aus. Manchmal wirkt er wie ein trotziger, leicht verzweifelnder Komödiant. Weniger spielerisch dagegen agiert Akif Pirinci, der sich vor der weichen, unheroischen Gegenwart geradezu ekelt. Reinhard Mohr (*Ex-Spiegel*) und Ulrich Greiner (*ZEIT*) geben ihren Weg von links nach rechts eher als eine nachdenkliche Wanderung aus. Auch wenn der Lehrer nichts für seinen Schüler kann, ist es dann nicht mehr ein ganz so großes Wunder, dass Marc Jongen, der sich gerne als informeller Chefideologe der AfD in Szene setzt, aus der Denkschule von Peter Sloterdijk stammt.

Als die *ZEIT* mit etwas unglücklichen Formulierungen in der Überschrift („Oder soll man es lassen?“) und im Detail ein Pro und Contra über den Sinn und Unsinn privater Seenotretter im Mittelmeer erörterte, war nicht die Fragestellung zu verurteilen, aber doch eine neue Tonlage ins liberale Bürgerblatt eingekehrt. Man darf Menschen nie als eine Sache betrachten, lautete das Credo aller kritischen Interventionen. In Rage schrieb sich der ehemalige christdemokratische Sozialminister Norbert Blüm: „Mich schreckt der kaltschnäuzige Ton“ (Blüm 2018) gab er in einem Gastkommentar der Süddeutschen Zeitung zu Protokoll und erinnerte

an das „C“ im Parteinamen als „Selbstverpflichtung“.

Nun wäre es absurd, alle, die gerne einmal die Finger in die Wunden rot-grüner oder linksliberaler Selbstgewissheiten legen, von Rüdiger Safranski bis Harald Martenstein, von Roland Tichy bis Hugo Müller-Vogg in einen Topf zu werfen. Erst recht wäre es völlig unpassend, reziprok zu den unsäglichen Vorwürfen konservativer Kritiker gegen Böll und Grass in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, diese seien „Sympathisanten“ des RAF-Terrorismus nun von einer „Sympathisanten-Szene“ der AfD zu schwadronieren, statt sich im Einzelnen mit den Positionen der sehr unterschiedlichen Autoren auseinanderzusetzen, dennoch markiert deren Bedeutung eine Verschiebung der Kräfte in den intellektuell-publizistischen Diskursen.

Harald Martenstein kann auch als stete Ermahnung an die Adresse von Feministen, Ökologen und Hipstern gelesen werden, es sich nicht zu einfach zu machen und Hugo Müller-Vogg bekundet nicht nur im Bayernkurier, dass er die AfD „weder bürgerlich, noch anständig“ (Müller-Vogg, Bayernkurier, April 2018) findet. Ebenso dürfen selbstverständlich sowohl die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld als auch der das Bürgertum feiernde Dresdener Autor Uwe Tellkamp in zugespitzten Debatten polemisieren und übertreiben wie es alle anderen auch für sich beanspruchen. In einer demokratischen Debatte geht es – auch wenn sie polemisch und heftig geführt wird – immer darum, ein Problem zur Kenntnis zu nehmen, um es dann durch Willensbildung

zu lösen. Populismus will stattdessen das Problem abschaffen.

Als verallgemeinerbar aber kann gelten, was Thea Dorn, deren jüngstes Buch den Titel trägt: „Deutsch, nicht dumpf“, im April 2018 in einem Gespräch mit der *ZEIT* zu Protokoll gab: „In meinem intellektuellen Umfeld mache ich seit einiger Zeit die besorgniserregende Beobachtung, dass es die Bereitschaft gibt, sich sehr stark nach rechts zu bewegen“ (Dorn, *ZEIT*, 26.4.2018).

Manifest wurde dies besonders in der „Erklärung 2018“. Vera Lengsfeld hat sie entworfen und Uwe Tellkamp gehört zu den Erstunterzeichnern. Inzwischen ist sie als Petition Nummer 79.822 dem Deutschen Bundestag zugeleitet worden. Sie besteht aus zwei dürren Sätzen: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

„Keine Sekunde“ habe sie daran gedacht, diese Erklärung zu unterschreiben, sagt Thea Dorn und fragt: „Was soll eine Verlautbarung in Gestalt von zwei mageren Sätzen? Müssten Intellektuelle nicht diejenigen sein, die Simplifizierungen entgegenarbeiten?“ (ebd.). Viele ihrer Kollegen sehen das aber offenbar nicht so. Mit dieser Erklärung, die ja sogar dabei vage bleibt, mit welchen Demonstranten sie sich nun genau solidarisiert, ist es erstmals gelungen, in größerer Zahl besorgte Konservative mit nationalistischen Populisten unter einem Dach

„Erklärung 2018“ –
zwei simple Sätze

zu vereinen. Interessanter als die Erklärung selbst ist die ausführliche Begründung, denn da ist nicht nur von einem „Grenzregime“ die Rede, vom „unkontrollierten Zustrom illegaler Migranten“, sondern dieser wird in unmittelbarem Zusammenhang gestellt zur Kriminalität, speziell zu „Rohheitsdelikten“ und „Sexualstraftaten“, sogar zum „islamistischen Terror“. Es geschafft zu haben, Migration und Terror so in einem Atemzug zu nennen, dass dies sogar für die intellektuelle Rechte zustimmungswürdig ist, markiert die größte Verschiebung des Zeitgeistes. Zugleich ist damit die AfD, wenn auch noch nicht als Partei, aber über einzelne Personen aus der Isolation herausgetreten. Bis dahin war es Konsens der Demokraten, keine Zusammenarbeit einzugehen.

Schon in der ersten Medienstudie haben wir Paula Diehl zitiert, die darauf hingewiesen hat, wie sehr Massenmedien Strukturen aufweisen, die auch für den Populismus typisch sind (Diehl 2012, Diehl 2016, Gäbler 2017: S. 18). Darum ist es kein Wunder, dass die Grenzen zwischen dem „Framing“ der Rechtspopulisten und den populären Themen von Boulevardmedien und Talkshows verschwimmen. Mit der Suggestion eines Kontextes zwischen Migration und islamistischem Terror

hantieren beide. Und beiden ist gemeinsam, dass nur ja kein Spezialist zu Rate gezogen wird. Ein Islamwissenschaftler in einer Talkshow würde „die Sache immer nur komplizierter machen und manchmal sogar schwierige Fremdwörter gebrauchen, die man erklären muss“ (Bauer 2018: S. 89). Er störe nur, wo doch evident sei, dass wir alle den Islam längst durchschaut haben.

Dieses Arbeiten mit vorausgesetzten Evidenzen, mit Oberflächen, mit Denkformen, die keinerlei Ambiguität zulassen, und einfachen Narrativen von Helden und sicheren Identitäten ist natürlich besonders weit im vorpolitisch-kulturellen Raum verbreitet: in Schlager und Pop, Lektüre und Konzerten.

Der Boom von Heimatkrimis und „Asterix auf Hessisch“, von Kleingärtnern und Grenzgänger-Bands wie „Frei.Wild“ haben den Publizisten Georg Seeßlen schon immer interessiert. Er konstatiert gleitende Übergänge vom Volkstümlichen hin zum Völkischen.

Als Gramsci-Kenner deutet er viele aktuelle kulturelle Erscheinungen als Stellungskampf um die geistige Hegemonie. Die gegenwärtige Medienlandschaft begünstige es, dass dieser Kampf quasi darwinistisch ausgefochten werde (Metz/Seeßlen 2018: S. 61).

2 Das Netz als Erregungsmaschine – Wo die AfD medial zuhause ist

Durch die Medien schauen wir auf die Welt und natürlich nutzen wir sie wie eh und je, um uns zu orientieren und in der Welt zurecht zu finden. Nicht neu ist die Frage, welchen Informationen wir Priorität geben, was an die erste Stelle kommt und was weniger wichtig ist. Verändert hat sich aber etwas grundlegend: *Es ist alles da und alles ist gleichzeitig da*. Es herrscht nicht Mangel, sondern Überfluss. Was eigentlich unendliche neue Möglichkeiten des Austauschs und der Vernetzung verheißt, führt zugleich zu einer weit verbreiteten *informatiellen Verunsicherung*.

Alte Autoritäten, etwa die Macht der traditionellen Leitmedien und Gatekeeper, werden zwar nicht abgeschafft, aber grundlegend erschüttert. In den „neuen“ Medien erfolgen Auswahl und Prioritätensetzung nicht nach redaktioneller Beratung, sondern nach Algorithmen. Die sind in der Regel so gestaltet, dass sie möglichst viele Konsumenten an die jeweilige Plattform binden, die primär Werbepattformen sind. Ausschlaggebend sind nicht länger klassisch publizistische Kriterien wie wahr oder falsch, wichtig oder unwichtig.

Im Umbruch der Medien zeigt sich aber nur eine viel fundamentalere epochale Entwicklung: Eine neue, *industrielle Revolution der geistigen Arbeit*. Was wir pauschal Digitalisierung nennen, hat Auswirkungen auf die Art, wie wir denken, wahrnehmen und kommunizieren. Eine moderne Gesellschaft muss die Möglichkeiten zur humanen und sozialen Gestaltung dieser Revolution ins Auge nehmen, zugleich aber um die Risiken und Nebenwirkungen wissen. Darum ist die FDP-Lösung aus dem Werk-

zeugkasten des Politik-Designs („Digitalisierung first, Bedenken second“), die optimistisch klingen sollte, tatsächlich strunzdumm.

„The medium is the message“, mit diesem Bonmot fasste Marshall McLuhan die erste Medienrevolution zusammen, die er im Aufkommen der „magischen Kanäle“ erkannte. Heute könnte man sagen: „Das Medium radikalisiert die Botschaft“. „Soziale Medien,“ erklärt Sascha Lobo, der zugleich jede pauschale Medienschelte zurückweist, „sind zuerst Medien der gefühlten Wahrheit, weil dort alles durch die Brille des Gefühls betrachtet wird. ... Empörung funktioniert in Sozialen Medien hervorragend“ (Lobo, re:publica, 3.5.2018). Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen spricht von der „großen Gereiztheit“ und sucht „Wege aus der kollektiven Erregung“ (Pörksen 2018).

Man muss also einige Medieneffekte kennen, um zu begreifen, warum die AfD geschafft hat, was die Piraten einst vergebens erstrebt hatten: *Die AfD hat ihr eigenes mediales Zuhause gefunden. Sie ist die erste Partei des Internets*.

An einigen Beispielen sieht man, was das praktisch bedeutet:

Am 22. März 2018, dem Tag nach der Regierungserklärung der neu gebildeten Großen Koalition, spiegelte sich auf Facebook die erste große Bundestagsdebatte so: Angela Merkel erzielte mit ihrer Rede 92.000 Views und 13.300 Interaktionen. Fünfstellige Abrufzahlen erreichten auch FDP-Mann Christian Lindner (44.000), der Fraktionschef der Linken, Dietmar Bartsch (16.500) und – Achtung, das ist eine Überraschung – die fraktionslose Frauke Petry,

der viereinhalb Minuten Redezeit zugestanden worden waren (16.000). Eindeutiger Spitzenreiter aber war Alice Weidel, deren Rede auf zahlreichen AfD-Seiten gepostet wurde, mit 131.000 Views und 17.700 Interaktionen. Die SPD-Chefin Andrea Nahles brachte es auf 1.300 Abrufe.

Am 19. April 2018 veröffentlicht die Medien-seite *meedia.de* ein Politiker-Ranking nach facebook-Interaktionen der vorangegangenen 30 Tage:

1. Alice Weidel / 421.400
2. Jörg Meuthen / 329.500
3. Sahra Wagenknecht / 314.400
4. Gregor Gysi / 97.000

Dann erst folgen Angela Merkel und Beatrix von Storch. Christian Lindner liegt auf Platz 9, als erste SPD-Politikerin liegt Franziska Giffey auf Platz 16, auf den ersten 25 Rängen gibt es keinen einzigen Grünen-Politiker.

Permanent gibt es ein Phänomen, für das der Samstagnachmittag am 7. April 2018 typisch ist. Um 16.26 Uhr meldete die erste Nachrichtenagentur, dass in Münster ein Fahrzeug in eine Menschenmenge gefahren ist. Um 16.39 Uhr, also nur exakt 13 Minuten später, schrieb Beatrix von Storch auf Twitter in Großbuchstaben den Satz: „WIR SCHAFFEN DAS!“ mit einem fluchenden Emoji mit rotem Kopf dahinter. Hier ist kein Sofortismus der Meinungsbildung am Werk, wie er für Echtzeit-Medien typisch ist, sondern eine jederzeit abrufbare Schablone der Hetze.

Ein ebenfalls neuartiges und zugleich besonderes Phänomen sind die Meldungen der

Website *Berliner Express*. Dass sich der ironische Postillon einen Spaß daraus macht, mit absurden satirischen Meldungen Nutzer zum Lachen zu bringen und klassische Medien an der Nase herumzuführen, hat auch die rechten Macher des *Contra Magazins* auf eine Idee gebracht. Offenbar, so schlussfolgern sie, darf man einfach Falschmeldungen in die Welt setzen, wenn man nur „Satire“ draufschreibt. Am 19. Juni 2018 haben sie dort die Story erfunden: „Spahn: ‚Mit der AfD verbindet uns mehr als mit der SPD‘“. Nun kann jeder Journalist und Politiker, der auch nur 30 Sekunden nachdenkt, darauf kommen, dass das Kabinettsmitglied Jens Spahn (CDU) – selbst, wenn dies sein heimlicher Gedanke sein sollte –, es so nie gesagt haben wird. Es sei denn, man kommt gar nicht zum Denken, weil man die Aufgabe hat, so schnell wie möglich Klicks zu generieren oder Empörung zu akkumulieren. Die Klickmaschine *reddit* machte daraus sofort eine Meldung, ebenso zuverlässig empört reagierten Renate Künast und Kordula Schulz-Asche von den Grünen. So wird die Empörung über die Empörung zum kommunikativen Normalfall. Kurz darauf log der *Berliner Express*, der sich in der Unterzeile „Nachrichten aus dem Zentrum der (Ohn-)Macht“ nennt: „Claudia Roth: Im Ramadan sollte ein Verkaufsverbot für Alkohol bestehen.“

Am 26. Juni 2018 landet bei der Zahl der Interaktionen die Website der *ARD-Tagesschau* ganz vorn: 19.000 Interaktionen. Was war geschehen? Malte Pieper vom *MDR* hatte einen Kommentar veröffentlicht, in dem er u. a. ausführte: „Geschätzte Angela Merkel, nach fast

Politiker-Ranking auf
facebook

13 Jahren Kanzlerschaft gibt es auf europäischer Ebene für Sie, außer spürbarer Abneigung, nichts mehr zu gewinnen. Das haben alle Treffen der letzten Monate gezeigt. Helfen Sie deshalb mit, den scheinbar unabwendbaren Trend nach europäischer Spaltung statt Einigung endlich aufzuhalten! Räumen Sie das Kanzleramt für einen Nachfolger, dessen Name nicht so belastet ist, wie es der Ihre ist.“ Dieser Meinungsartikel auf der Website der ansonsten eher auf Ausgewogenheit achtenden wichtigsten Nachrichtensendung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks war so ungewöhnlich, dass er es am folgenden Tag sogar auf die Seite 1 der *BILD-Zeitung* brachte. Im Netz aber stammt der Großteil der 19.000 Interaktionen von AfD-Seiten bzw. mit der AfD sympathisierenden Zusammenschlüssen. „Wir Frauen von der AfD“ postete auf Facebook: „Es ist soweit: Der Staatsfunk lässt Merkel (endlich!) fallen!“

2.1 Filterblasen und „filter clash“

Hinter den hohen Raten der Abrufe und Interaktionen bei Alice Weidel und Jörg Meuthen verbirgt sich natürlich keineswegs ein entsprechend dominanter politischer Einfluss auf die Gesellschaft, sondern vor allem ein großer Aktivismus der AfD-Anhänger. Durch ständige wechselseitige Bestätigung können sich auch hochgradig mobilisierte, aber relativ kleine Gruppen zu einer großen Zahl von Interaktionen aufschaukeln. Auch solche sich selbst aufpumpende Scheinriesen können ein Resultat der ja bereits vielfach beschriebenen *filter bubbles* sein. Ursprünglich stammt dieser

Begriff der *Filterblasen* von Eli Pariser. Sie sind die Kehrseite der universellen Vernetzung und führen zu einer „Weltkurzsichtigkeit“ (Meckel, Spiegel, 19.9.2011). Während auf der einen Seite die Räume der Kommunikation immer größer und die Informationen immer schneller rund um den Erdball geschickt werden, wird als Gegenbewegung das „Wir“ der Kommunizierenden immer enger.

Das hat den Vorteil, dass sich auch Kleinstgruppen mit hochspezialisierten Hobbys, ausgefallenen Krankheiten oder ganz besonderen Bedürfnissen finden und austauschen können. Der Nachteil ist, dass statt Austausch sehr leicht Blasen der Selbstbestätigung entstehen. Man lässt sich hinein locken in einen Tunnel, in dem man nur noch sieht, was dem eigenen Koordinatensystem entspricht. Es gibt Forscher, die sogar glauben, die Suche nach „motivated reasons“ sei fast eine menschliche Konstante. Der Mensch suche nun einmal aktiv jene Informationen, durch die er sich bestätigt sieht. Sascha Lobo führt aus, „in den Köpfen der anfälligen Menschen“ sei es „ein sehr verführerisches Angebot: Wir lösen Deine Probleme durch Abschottung von Andersartigkeit.“ Ein dafür empfängliches Publikum sehe in Ausgrenzung eine einfache und wirksame Antwort auf die eigenen Probleme (Lobo, *re:publica*, 3.5.2018). Da Social Media immer auch bedeutet, dass der Konsument sich durch eigene Aktivität – und sei es nur ein Like oder Share – positiv aktiv fühlt, fördert die Idee der Abschottung auch den Zusammenhalt der Gleichgesinnten. Experimente haben z. B. gezeigt, dass sich Impfgegner im Netz in ihrer

Meinung erst recht gefestigt sehen, wenn ihnen massenhaft sachliche Informationen über die Vorteile des Impfens zugestellt werden.

Allerdings ist die Vorstellung naiv, in einer vernetzten Welt könnten diese Filterblasen rein und unverletzt, gewissermaßen unberührt nebeneinander existieren. Die Idylle der Un erreichbarkeit ist längst Illusion. Kommunikation ohne Schock oder Überraschung scheint schlechterdings nicht mehr möglich zu sein. Ständig drängt sich die Nachricht des Augenblicks auf. Völlig disparate und unvereinbare Dinge stürzen auf den Einzelnen ein. Deswegen schlägt Bernhard Pörksen vor, den Effekt der filter bubble immer im Zusammenhang zu denken mit seinem Gegenteil, dem *filter clash*, also dem jähen und verstörenden Zusammenprall mit der entgegengesetzten Meinung, der gegenteiligen Information oder gar der gegnerischen Haltung (Pörksen 2018: S. 16 ff.).

Es gibt also kein Entweder-Oder zwischen filter bubble und filter clash. Folglich geht es darum, die Filterblasen nicht passiv als behagliche Selbstabschottung hinzunehmen, sondern eine eigene *positive Filtersouveränität* zu entwickeln, also eine bewusste Auswahl und Prioritätensetzung seiner Informationszuflüsse zu organisieren, die zugleich offen ist für einen zivilisierten Austausch mit der Netzwelt. Das allerdings wäre das Ende einer behaglichen vor-diskursiven Einrichtung in der eigenen Meinung, was stets den Übergang von einer Meinung zum Vorurteil oder Ressentiment markiert.

Da alle Dokumente und Daten digitalisiert vorliegen, kann mit ihnen etwas geschehen,

was früher nur mit größtem Aufwand möglich war. Sie sind leicht, luftig und beweglich geworden. Sie lassen sich in Bruchstücke zerlegen, remixen und auf jene Atome fokussieren, die die größte Aufmerksamkeit auf sich ziehen. In der Struktur der digitalen Vernetzung angelegt ist also die permanente Ent-Kontextualisierung der Inhalte. Die Plattformen sind darauf angelegt, radikal auf den Individualerfolg von Informationspartikeln zu setzen, die alarmierend sind und plötzlich überall (vgl. Pörksen 2018: S. 140). Alles wird in Häppchen zerlegt mit vorgängiger Bewertung: „Alice Weidel – AFD – klärt die dummen Hühner von Rot Grün über die Scharia auf,“ heißt es dann etwa, wenn man eigentlich nur nachschauen wollte, wie Alice Weidel begründet, dass es angeblich zwischen Islam und Islamisten keinen Unterschied gibt. Erwiderungen kommen selbstverständlich auch nicht vor. Da erstaunt es nicht, dass *Listicles* dann auch „Die verrücktesten Völkermorde der 90er“ im Angebot haben (ebd., S. 141) und dass Klickerfolge mit der simplen Technik verrätseltes Überschriften (bespielt wird die Neugier, der so genannte *curiosity gap*) erzielt werden oder Hitlisten des Bizarren, Schrüllen und Ungewöhnlichen User binden.

Ein unheimlich wirkender Riesentintenfisch in einem japanischen Hafenbecken, eine kuriose Tierfreundschaft („Sibirischer Zootiger verschont Ziege“), ein sterbendes Polizeipferd in Houston, das der Besitzer innig umarmt, oder eine weltweite Welle des Hasses gegen den US-amerikanischen Zahnarzt Walter Palmer, der im Hwange Nationalpark

Cecil ‚einen Löwen getötet‘ hatte (alle Beispiele nach: Pörksen 2018), zeigen, auf welches Ziel die Plattformen ausgerichtet sind: Wichtig ist, was bewegt! Geliefert wird, was geklickt wird. Erfolg wird gemessen an der Klickzahl für kleinste Infopartikel. Es herrscht nur ein Prinzip: Die totale Popularität.

Das ist das mediale Zuhause der AfD. Eine Emotions- und Erregungsindustrie prägt diese Kommunikation, verzerrt Relevanz und schafft Strukturen, die mit der Idee einer politisch informierten Öffentlichkeit nichts zu tun haben.

2.2 Facebook als „girardeske“ Firma

Zum weltweit größten Nachrichtenlieferanten ist längst Facebook geworden. Hier bekommt der Nutzer geliefert, was auf sein Profil zugeschnitten ist. Korrekter: eine kleine Auswahl davon, denn vier Fünftel dessen, was die Algorithmen dem individuellen Profil an möglicherweise interessierenden Inhalten zuweisen, wird stillschweigend ausgeblendet. Außerdem verlässt sich Facebook nicht voll auf die Algorithmen, gelegentlich – und damit erst recht nicht nach durchschaubaren Kriterien – greifen Menschen mit Relevanzkorrekturen ein.

Der große Investor Peter Thiel, ohne dessen Finanzierung Facebook nicht in die Elite der HighTech-Unternehmen aufgestiegen wäre, nannte Facebook einst die erste komplett „girardeske“ Firma. Was meinte er damit? Er bezog sich auf den Kulturwissenschaftler René Girard, bei dem er Philosophie studiert hat-

te. Für den ist das „mimetische Begehren“ des Menschen geradezu eine anthropologische Konstante. Der Mensch will so sein wie der andere, sich mit ihm messen, sich an ihm reiben. Durch Nachahmung entwickeln sich Neid, Rivalität und Eifersucht. Menschliche Gesellschaften – so Girards mimetische Theorie – können nur dann überleben, wenn sie in der Lage sind, die Gewalt einzuhegen, die sich vom ursprünglichen Objekt des Neides schnell löst.

Facebook ist ein Medium der Selbstrepräsentation. 80 Prozent der Beiträge sind „Ich-Beiträge“. Schon das widerspricht eigentlich dem ursprünglichen Ideal einer demokratischen Öffentlichkeit, die auf die Kraft der überindividuell gültigen rationalen Argumentation setzt.

Betrachten wir einmal einen besonders erfolgreichen Facebook-Post, der den Mechanismus dieses Netzwerks anschaulich macht. Der österreichische Radiosender *Kronehit* sammelte in wenigen Wochen 2,6 Millionen Likes, Shares und Kommentare. Wie das? Es handelte sich um ein Gewinnspiel. Mitspieler sollten unter einem Post einen Kommentar hinterlassen. Würde dieser drei Minuten lang unkommentiert bleiben, hätte derjenige ein Auto gewonnen. Statt einen Kommentar in drei Minuten gab es drei Wochen lang in jeder Minute durchschnittlich 85 Kommentare. Für Facebook und für den Sender hat sich die Aktion rentiert: Es gab ungeheuer viel „traffic“ und keinen Gewinner.

Auch wenn dieses Spiel darauf basiert, dass keiner dem anderen einen Gewinn gönnt, arbeitet Facebook generell hart daran, dass stets eine positive Grundstimmung das eigene

Netzwerk durchzieht. Es gibt den „Like“-Button und den hochgereckten Daumen, aber eben keine „Dislike“-Möglichkeit. Der Dissens wird nicht eingeübt. „Die Welt ist Dein Freund“ – unter diesem fröhlichen Motto möchte Mark Zuckerberg seine zwei Milliarden Nutzer vereint sehen. Und die Datenkrake Facebook verfolgt und „trackt“ seine Nutzer weit über die eigene Plattform hinaus. Nicht nur die Daten von den Facebook-Töchtern WhatsApp und Instagram gehen in Zuckerbergs Algorithmenschmiede ein. In einem Dokument des US-Kongresses werden 18 Wege aufgelistet, wie Facebook Daten auch außerhalb seines eigenen Öko-Systems sammelt: von der Mausbewegung, dem Batteriestand der Geräte, über alle Fotodaten bis hin zu sämtlichen Kontakt-Informationen wie Adressbüchern und Dateneinkäufen von Drittanbietern ist alles dabei (Erleben, www.basichinking.de, 22.6.2018). Zwar ist Mark Zuckerberg zu Anhörungen in den USA und bei der EU erschienen, aber irgendeine spürbare Folge für den Datenschutz hat dies nicht gehabt. Alle wichtigen globalen kommunikativen Infrastrukturen sind in der Hand privater US-Konzerne. Schon das ist eine große Gefahr.

2.3 Twitter – ideal für Wutbürger

Gemessen an der Macht von Facebook ist Twitter ein ökonomischer Zwerg. Betrachtet man allein Reichweite und Nutzerzahlen könnte man Twitter fast für eine Elitemedium halten. Tatsächlich aber ist seine Bedeutung viel größer, was an der Art liegt, wie das Medium selbst die Kommunikation prägt. Twitter ist kurz, knapp

und schnell. Der „Kurznachrichtendienst“, wie Twitter offiziell gerne tituliert wird, hat allerdings mit Nachrichten wenig zu tun. Twitter ist ein Medium für statements. Twitter ist emotional, persönlich und nicht zuletzt extrem preiswert (vgl. Metz/Seeßlen 2018: S. 104). Twitter ist ideal für den digitalen Wutbürger. Twitter zwingt zu pointierter Sprache, was im besseren Fall zu einem sich steigernden Wettbewerb in Originalität führt. Im Regelfall aber wird auf Twitter in Form von Feststellungen gesprochen. Üblich sind Aussagesätze und Bekenntnisse. Es wird dekretiert. Statt Dialog ist für Twitter das schroffe Gegeneinander von Positionen typisch. Twitter ist gut geeignet zur Konflikteskalation, da Kontexte und Erklärungen, Argumente und das allmähliche Entwickeln von Gedanken für dieses Medium viel zu umständliche Kulturformen sind. Das verändert auch die Sprache. Hier steht, was gedruckt obszön oder mindestens deplatziert wirken würde. Da die Kommunikation persönlich ist, aber dennoch nicht von Angesicht zu Angesicht erfolgt, wird sie schnell hemmungslos und ungebremst. Hier kann man fluchen, schimpfen, beleidigen, erobert *Trash-Mentalität* einen kommunikativen Raum.

Erst Donald Trump hat als Wahlkämpfer, aber auch weiterhin als Präsident der Vereinigten Staaten das populistische Potenzial dieses Mediums voll genutzt. Via Twitter wendet er sich direkt an seine Anhängerschaft, respektive „das Volk“, als dessen direkte Stimme er sich inszeniert. Twitter hilft nicht nur, die intermediären Instanzen – also klassische Medien, aber auch komplexe Institutionen wie Parla-

mentsausschüsse, Parteigliederungen oder die Justiz – zu umgehen, sondern diese auch als „Fake News“, destruktiv, zeitraubend, elitär oder korrupt zu denunzieren. Außerdem dient Twitter Donald Trump auch ganz schlicht dazu, immer wieder die eigene Macht zu bestätigen. Typisch dafür waren die sich fundamental widersprechenden Tweets zu Nordkorea und der Wechsel von Beschimpfung auf Lob gegenüber dessen Machthaber Kim Jong Un. Darin steckte auch die Botschaft, dass es sich dieser US-Präsident leisten kann, heute das Gegenteil von dem zu twittern, was er gestern behauptet hat. Wer Macht hat, muss sich nicht rechtfertigen.

Der AfD liegt dieses Medium. Der Sofortismus der Meinung kommt jedem entgegen, der Neuigkeiten nicht als Aufforderung zu neuen Deutungen nimmt, sondern sie einfach als Material verwendet, das stets nur den bereits feststehenden Deutungsrahmen bestätigt. So war es für Beatrix von Storch selbstverständlich, dass sie gar nicht erst abwarten musste, was denn nun in Münster geschehen war. Sie wusste ja schon, dass es nur ein erneuter Auswuchs der Merkel'schen Flüchtlingspolitik sein konnte. Irritation ist nicht erlaubt. Ignoranz wird verherrlicht. Der Rückzug in die sofort und lauthals verkündete Selbstbestätigung ist die dunkle Seite der Vernetzung. So radikalisierte der Pegida-Organisator Lutz Bachmann einige Zeit später von Storchs Twitter-Eintrag. An einen deutschen Täter werde er erst glauben, wenn man ihm „Fotos der Leiche“ vorlege.

Als Anfang April 2018 in Berlin die 14-jährige Schülerin Keira G. erstochen wurde, war der obskure Blog „Wahre Männer“ des ehemaligen

Journalisten der *Hamburger Morgenpost* Oliver Flesch besonders schnell. „Merkels neuestes Opfer“, schrieb er in die Überschrift, von „der bösen Hexe aus der Uckermark“ war im Text die Rede. Viele AfDler, darunter der als SPD-Konvertit medial gehypte Guido Reil, teilten den Text. Bald waren es 16.000 Interaktionen. Das Problem, diesmal dauerte es nicht lange, bis viele Medien übereinstimmend berichteten, dass ein deutscher Junge aus der Nachbarschaft die Tat gestanden hatte. Diese sachlich richtige Meldung bescherte der *BILD-Zeitung* dann nicht einmal 100 Interaktionen.

Beatrix von Storch, die ja schon behauptete, „auf der Maus ausgerutscht“ zu sein, erweist sich als besonders virtuose Nutzerin von Twitter. Das geht selbst ihrer Partei manchmal gegen den Strich. Schneller als alle Parteigremien hatte sie via Twitter dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban zur Wiederwahl gratuliert. So generiert sie Aufmerksamkeit. Dass die klassischen Medien gerne berauscht oder empört nacherzählen, was sie verzapft hat, bestätigt den Erfolg ihres Vorgehens. Immerhin hat sie es mit einem Tweet zur Kölner Sylvesternacht (siehe Abschnitt 3.1) in alle Nachrichtensendungen geschafft und mit einer Kritik an der Fußball-Nationalmannschaft brachte sie es auf die Seite Eins der *BILD-Zeitung*. Einmal allerdings hat sie ganz verschämt einen ihrer ungeheuerlichen Tweets gelöscht. Beatrix von Storch ließ nicht locker, gegen den eingewanderten Vater der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli zu stänkern, weil diese einst gesagt hatte, ihr Vater, Muslim und Analphabet, sei besser in die deutsche Gesellschaft

Auf der Maus ausgerutscht

integriert gewesen als viele AfD-Funktionäre. Nach einer Beleidigung ihres Vaters durch Beatrix von Storch antwortete Frau Chebli: „Wenn Sie vorhatten, mich zu verletzen, dann ist es Ihnen gelungen. Mein Vater ist vor kurzem gestorben. Er war ein guter Mann. Möge Gott Ihnen verzeihen. Er hätte nicht gewollt, dass ich Sie kränke.“

2.4 Krise der Wahrheitsfindung

Wie schon an den Posts zum Mord an Keira G. ersichtlich, gehören *Schmetterlingseffekte* zur neuen Medienwelt. Kleine Ursachen können große Wirkung haben. Proportionen werden systematisch verzerrt. Das kann sowohl logische Konsequenz der Vernetzung sein wie bewusstes Kalkül. Oft kommt beides zusammen. Als die 13-jährige Lisa aus Berlin-Marzahn 30 Stunden lang nicht erreichbar war und hinterher ihre Mutter anlog, führte das nicht nur zu wilden Spekulationen im Netz und zu aufgebrauchten Demonstrationen der deutsch-russischen Community, sondern erreichte bald die Ebene der bilateralen Konsultationen auf Ministerebene (vgl. Pörksen 2018: S. 9-12).

Wenn heute irgendwer irgendwo auf der Welt verkündet, morgen werde er ganz gewiss den Koran verbrennen, führt dies garantiert dazu, dass es bald am anderen Ende der Welt tatsächlich brennt. Terry Jones, Pastor einer Mini-Gemeinde aus Gainesville/Florida hat das vorexerziert (vgl. Pörksen 2018: S. 128-130). Nach der ersten Ankündigung einer Koranverbrennung bringt er es auf 150 Interviews, weil auch viele der klassischen Medien skandalgeil

sind oder mitmachen, weil sie erkennen müssen, dass eine Strategie der bewussten Ignoranz sie nur ins Hintertreffen bringt. Längst prägen die Laienpublizisten die öffentliche Agenda. Der Verteidigungsminister persönlich ruft den Pastor an, er möge seine Aktion unterlassen. Das tut er, aber nur mit dem Effekt, dass nun andere versprechen, an seiner statt tätig zu werden. Am Ende sterben bei einer Protestaktion dagegen 16 Menschen.

Paradebeispiel für den netzwerktypischen Umschlag von einem Kontrollversuch über Informationen in das Gegenteil ist der nach der weltberühmten Sängerin benannte *Streisand-Effekt*. Ein Fotograf dokumentierte in einem Langzeitprojekt die kalifornische Küste. Der Weltstar entdeckte auf den Luftbildaufnahmen im Netz die eigene Villa. Diese wollte sie entfernen lassen. Nun war klar, dass dieses Bild wichtig war. Rasch wurde es digital vervielfältigt, geteilt, neu komponiert und mit Krinogeln und Hinweisen auf Streisands Wohnsitz versehen. So musste auch Barbara Streisand das alte kommunikative Gesetz neu lernen, dass man zwar schweigen, aber nicht über das reden kann, was verschwiegen werden soll.

Natürlich wird auch hier eine Krise sichtbar, vor allem eine *Reputationskrise* der klassischen Medien. Manches daran ist sicher selbstverschuldet. Uwe Krüger listet einige Ursachen auf: Ein zu enges Meinungsspektrum, eine zu starke Einbettung der Journalisten in die Netzwerke der Eliten, zu einseitige Blicke auf die Welt aus deren Perspektive, eine zu homogene Herkunft der Journalisten aus den neuen urbanen Mittelschichten, zu viel Einstimmen in

eine imaginierte Verantwortungsgemeinschaft mit der etablierten Politik zählt er dazu (vgl. Krüger 2016).

Eine Reputations- oder Glaubwürdigkeitskrise, über deren Ausmaß und Tiefe es eine Fülle von sich im Detail widersprechenden Studien gibt, bedeutet allerdings nicht, dass die klassischen Medien – etwa reichweitenstarke Sendungen des Fernsehens, überregionale Qualitätszeitungen, wichtige Zeitschriften und die regionalen Abo-Zeitungen, von denen täglich immerhin noch etwa 15 Millionen Exemplare verkauft werden – jäh oder auf Sicht verschwinden würden. Noch immer haben eine große Reportage auf der Seite Drei der Süddeutschen Zeitung, ein Leitartikel der FAZ, die Titelgeschichte des Spiegel oder eine Debatte in der ZEIT große gesellschaftliche Bedeutung. Aber diese Medien stehen alle unter dem Druck der neuen Wege der Kommunikation. Dabei geht es vor allem darum, die Tugenden der redaktionell gestalteten publizistischen Einheiten im Wettstreit mit und als Gegenpol zu den algorithmisch gesteuerten Plattformen zu behaupten. Daraus resultiert auch und vor allem Verantwortung. Das Prinzip Zeitung – egal auf welchem Kanal der Inhalt verbreitet wird – besteht eben in der Kunst der Komposition gebündelter Inhalte. Was ist wichtig und was weniger wichtig? Was ist Ereignis und was Struktur? Was ist Oberfläche und was eröffnet ein Blick hinter die Kulissen? Wie gewinnt man Abstand und Überblick statt nur live und mitten aus dem Getümmel zu berichten? Welchen Quellen kann man trauen? Mit welcher Absicht lässt wer etwas verlauten? Wie kann ein The-

ma multiperspektivisch behandelt werden? Welche sinnvollen Meinungen gibt es zu einem Problem? Welche Argumente sind zur Debatte zu stellen? Solche Fragen werden nicht unbedingt zu der einen gültigen Wahrheit führen, müssen auch nicht alle komplexen Sachverhalte und Interpretationen auf Simples reduzieren, aber sie können ein Leitfaden sein, dem wichtigsten journalistischen *Ideal* nahezukommen: nach *Wahrhaftigkeit* zu streben.

Denn hinter der Reputationskrise verbirgt sich auch das: eine ernsthafte *Krise der Wahrheitsfindung*. Unter dem keineswegs wissenschaftlichen Begriff der „Fake News“ ist dieses gesellschaftliche Problem populär geworden. Schon durch die Schnelligkeit der Kommunikation droht dieses Ziel aus dem Blick zu geraten. Denn natürlich gilt der von Peter Glaser einst apodiktisch ausgesprochene Satz: *Information ist schnell, Wahrheit braucht Zeit*.

Es gibt einige Studien, die darauf aufmerksam machen, dass sich Fake News bedeutend schneller verbreiten als Wahrheiten. Ein Problem der Technik ist das aber nicht. Zwar unterstützt eine Technik, die auf messbare Quantitäten aus ist, solche Prozesse. Sie erzeugt Disproportionen, Erregungsspiralen und Empörungsgemeinschaften, fördert damit letztlich aber nur bestimmte menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen und hemmt andere, also etwa die Fähigkeit zum Nachdenken, zum Abwägen, zum Rationalisieren von Gefühlen, die das Miteinander erst erträglich machen.

„Die Medienhäuser hecheln ihrem virtuellen Laufpublikum blindlings hinterher und

Fake News verbreiten sich besonders schnell

bieten ihren anspruchsvollen Lesern wenig“, schrieb Stefan Schulz (Schulz 2016: S. 34). 88 Mal am Tag schaut ein Bundesbürger auf sein Smartphone, alle 18 Minuten mal kurz auf den kleinen Bildschirm. Mit dem Geschwindigkeitsvorteil der Maschinen muss man lernen umzugehen. Sich davon hektisch antreiben zu lassen, ist gewiss nicht der klügste Weg. Der Begriff Achtsamkeit ist aus den Hinweisen für ein gesundes Leben populär geworden. Vermutlich brauchen wir auch so etwas wie eine Ökologie der Informationsverarbeitung. Antworten auf Schnelligkeit und Überfluss wären dann eine behutsame Auswahl, ein konzentriertes Studium längerer Texte namentlich kenntlicher Autoren, das Anhören mehrerer Meinungen zu einem Sachverhalt und die Schonung von Ressourcen. Daran müsste eine verantwortlich arbeitende Redaktion ausgerichtet sein, die den Nutzer zugleich stets überraschen möchte und auf Dinge hinweist, von denen er gestern nicht gedacht hätte, dass sie ihn heute interessieren könnten.

So ein *journalistisches Ethos* ist die nachhaltigere Antwort auf *Fake News* als das Einrichten einer Korrekturspalte oder die Allgegenwart von Fakten-Checks. Denn um die einzelne Tatsache oder Zahl geht es selten. Irrtümer und Fehler lassen sich korrigieren. Unter das Dach des vagen Wortes „Fake News“ aber wird allerlei zusammengepackt: Fehler und Irrtümer, Schlamperei, Parteilichkeit und Propaganda. Dieser Mischmasch wird dann zum Generalverdacht verdichtet. Um wieder Vertrauen zurückzugewinnen, braucht es Sorgfalt, Ruhe und Umsicht bei der eigenen

Sicht auf die Welt und deren transparente Interpretation.

Medien, die in diesem Sinne arbeiten, haben auch die Chance, Vertrauen wieder zurückzugewinnen und sich so in Zeiten des vielfach gespürten Kontrollverlusts auch in den Fluten der Medienangebote als verlässliche Größe zu positionieren. Mehrere Studien – wie das „Edelman Trust Barometer“ oder „In News We Trust“ – zeigen dies. Es gibt wieder Terraingewinne klassischer Medien gegenüber New Media.

Für die AfD bedeutet dies, dass sie alles daransetzt, diese zu diskreditieren. Radikalere Parolen wie „Lügenpresse, auf die Fresse“ werden zwar vor allem auf Kundgebungen gebrüllt, aber das von Frauke Petry geprägte etwas feinere Wort von der „Lückenpresse“ machen sich auch AfD-Funktionäre nach wie vor gerne zu eigen. Ob es um die „Schnittchen-Affäre“ ihrer Bundestagsfraktion geht, um einzelne Tweets von Abgeordneten, um Alexander Gaulands Markierung der NS-Zeit als „Vogelschiss“ vor dem Hintergrund einer „tausendjährigen Erfolgsgeschichte der Deutschen“ – immer sind es die Medien, die falsch berichten, nicht vollständig zitieren oder nicht „neutral“ sind. Alice Weidel spricht sogar von einer „Rufmordkampagne“ gegen Gauland (Menn, www.wdr.de, Eins zu Eins vom 13.6.2018). Wann Medien „neutral“ über die AfD berichten, hat Frauke Petry einst so definiert: Ein Parteitagsbericht müsste die Form eines Protokolls haben, dann wäre er „neutral“. Damit ist klar, dass aus dieser Perspektive jeglicher Journalismus – also das eigenständige Beschreiben und Durch-

Ethos vs. Fake News

denken des Erlebten – jederzeit angreifbar ist. In jüngster Zeit, vor allem mit dem Vordringen der AfD in Parlamente und entsprechend auch in Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird diese Generalkritik oft konkretisiert. Im jungen Angebot von ARD und ZDF namens „Funk“ heißt ein Format „Fickt Euch“, was dem AfD-Mann im MDR-Rundfunkrat Jens Dietrich ein Dorn im Auge war. In der Hamburger Bürgerschaft stellte der AfD-Abgeordnete Alexander Wolf eine schriftliche kleine Anfrage (Drucksache 21/13193) zur Berücksichtigung der Vertreter der Oppositionsparteien bei Tagesschau und Tagesthemen, da im Frühjahr 2018 in 32 ausgezählten Sendungen AfD-Vertreter lediglich fünf Mal zu Wort gekommen seien. Dass sie hier selbst die Pressefreiheit bedroht, weil sie eine politische Instanz, nämlich den Hamburger Senat, auffordert, zensierend in die Redaktion einer Nachrichtensendung einzugreifen, kommt der AfD gar nicht erst in den Sinn.

2.5 AfD: Ein „Newsdesk“ als „War Room“

Weil sie sich am liebsten direkt an „das Volk“ wendet, steht die rechtspopulistische Partei intermediären Instanzen grundsätzlich ablehnend gegenüber. Journalisten werden als Gegner begriffen, die man dies auch gerne mal spüren lässt. Im Kontext von Kundgebungen gibt es dann auch immer wieder physische Übergriffe gegen Journalisten wie etwa beim „Kyffhäuser-Treffen“ des rechtsnationalen „Flügels“ am 23. Juni 2018 im sachsen-anhaltinischen Schloss Burgscheidungen. Oder

einzelne Journalisten werden direkt von der Bühne eines Parteitages aus verbal persönlich attackiert. Mal gibt es nur selektive Akkreditierungen, mal wird einem Journalisten – wie auf einer Pressekonferenz der Landtagsfraktion in Brandenburg am Dienstag, dem 8. Mai 2018 geschehen – generell das Fragerecht entzogen. Dies allerdings führte zu einem der seltenen Fälle von Solidarität unter Journalisten, denn alle anwesenden Pressevertreter verließen daraufhin den Saal.

Typisch für AfDler ist und bleibt aber ein „*double bind*“-Verhältnis zu den Medien: Sie lieben es innig, beim Hassobjekt vorzukommen. „BILD, Tagesschau und Co. berichten heute über meine Anfrage zum ‚Sponsoring‘ der Bundesregierung bei Facebook“, twitterte der Bundestagsabgeordnete Leif-Erik Holm stolz am 7. April 2018. Außerdem wurde er noch vom *NDR* zu Putins Wahlsieg befragt, vom *BR* zum Dieselgate zitiert, und die *Welt* berichtete, wie er Außenminister Heiko Maas zur Bombardierung der syrischen Stadt Afrin durch die Türkei befragt hat. Das alles wird mit buchhalterischer Akribie registriert. Ebenso kleinteilig halten die AfD-Spitzenleute nach, wer wie häufig in Talkshows eingeladen wird oder bei Phönix mitreden darf. In der zweiten Reihe der AfD sind viele tätig, die sich um diese Präsenz in den Medien kümmern. Henning Hoffgaard, der Büroleiter von Holm, war einst Redakteur der „Jungen Freiheit“, im Vorzimmer von Alexander Gauland arbeitet der ehemalige Focus-Redakteur Michael Klonovsky, der auch für die Magazine *Compact* und *eigentlich. frei* schreibt. Von beiden rechten Publikationen

Journalisten in der AfD

rekrutiert die AfD-Bundestagsfraktion Personal (vgl. Gürgen u. a., 2018).

In der AfD haben einige ehemalige Journalisten ihre politische Heimat gefunden. Der Mitgründer Konrad Adam war lange bei der FAZ, Alexander Gauland war Herausgeber der *Märkischen Allgemeinen*, im Bundestag sitzen der ehemalige ARD-Korrespondent Armin-Paul Hampel und der ehemalige Moderator eines Privatsenders Leif-Erik Holm. Viele waren überrascht, als in Bremen der langjährige Reporter von *stern-tv* Hinrich Lührssen, der zuletzt mit eigener Produktionsfirma vor allem satirische Beiträge für das Regionalmagazin *‚buten un binnen‘* produziert hatte, plötzlich in den AfD-Landesvorstand kooptiert wurde. Weil er damit Funktionär geworden sei, kappte der Sender seine TV-Präsenz, so wie Holm, als er kandidierte, nicht mehr ans Mikrofon durfte. Auch Markus Lanz, der den Reporter seit langem persönlich kennt, war über dessen AfD-Engagement überrascht und lud ihn am 4. September 2018 in seine Runde. Mit Fakten, Bilddokumenten und konkreten Fragen setzte er Lührssen ordentlich zu (Lanz, www.youtube.com, Markus Lanz vom 4. September 2018).

Die AfD freut sich, wenn sie das Know-how von – in der Regel ehemaligen – Journalisten nutzen kann, Priorität in der AfD-Medienstrategie hat aber ein anderes Element. Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* erklärte der AfD-Sprecher Christian Lüth: „Es geht darum, eine Art War Room aufzubauen, der für uns unsere Inhalte ungefiltert an den Mann bringt“ (Schneider, SZ, 13.2.2018). Unter dem oppositionellen Begriff „Gegenöffentlichkeit“

geht es gegen alle etablierten Medienkanäle. In einem dreiseitigen Papier hat die Fraktionsgeschäftsführung im Januar 2018 den Plan zusammengefasst. Im Zentrum steht ein so genannter „Newsroom“, der es schon vor seiner Inbetriebnahme zu einiger öffentlicher Beachtung gebracht hat. Für die Pressearbeit sieht die AfD-Fraktion gut 40 Stellen vor. Etwa die Hälfte davon soll wohl mit dem „Newsroom“ beschäftigt sein. „Geplant ist ein Schichtbetrieb, damit wir das Geschehen 24/7 abdecken können“, verkündete Fraktionschefin Alice Weidel (Neff, NZZ, 9.5.2018). Ein Social-Media-Team und eine Gruppe, die sich der „investigativen Recherche“ widmen soll, gehören ebenfalls zum Konzept. Als Vorbild wird ausdrücklich FPÖ-TV genannt, der Bewegtbildkanal der österreichischen Rechtspopulisten, dessen Beiträge nicht selten mehr als hunderttausend mal auf Facebook angeschaut werden. Auch für die AfD ist Facebook als Plattform viel wichtiger als YouTube. Das sagt jedenfalls Joachim Paul, der gemeinsam mit dem Fraktionsmitarbeiter Mario Hau jetzt schon die Videos für „AfD-TV“ herstellt und mit dem Aufbau des „Newsrooms“ befasst ist (vgl. dazu und zu den folgenden Einzelheiten: Fiedler, Tagesspiegel, 10.4.2018). Eine Sendelizenz ist dafür nicht nötig.

Jetzt schon gibt es im Jakob-Kaiser-Haus ein kleines TV-Studio. Bald soll ein größeres mit professionellem Greenscreen hinzukommen. Mit der Handycam werden kurze Statements einzelner Abgeordnete gefilmt, Pressemitteilungen werden bebildert und vertont. Besonders erfolgreich aber laufen Videoschnipsel

einzelner Reden aus dem Bundestag, die dann unter Überschriften wie „Bundestag AfD macht Merkel BRUTAL FERTIG“ online gehen.

Was hier „Newsroom“ heißt, ist natürlich nichts anderes als eine eigene PR-Abteilung, die mit einigem Aufwand aufgebaut werden soll. Paradox ist dabei, dass ausgerechnet die Partei, die ansonsten den Journalismus verunglimpft, sich den Mantel „Journalismus“ umlegt, wenn die Reklame in eigener Sache kaschiert werden soll. Propaganda soll eine journalistische Anmutung bekommen. „Unser ambitioniertes Fernziel ist es“, hat Alice Weidel griffig erklärt, „dass die Deutschen irgendwann AfD und nicht ARD schauen.“ Vorerst ist eine wöchentliche Fernsehsendung geplant.

Nun darf jede Fraktion im deutschen Bundestag die Bürger über ihre Arbeit informieren. Unbenommen ist ihr auch, wie viele Stellen sie für Referenten, sachkundige wissenschaftliche Mitarbeiter oder eben PR ausschreibt, aber vom Steuerzahler finanzierte Partei-Werbung – das darf sie nicht machen. Da wird sicher auch das Präsidium des Bundestages genau auf das Treiben der AfD-Fraktion schauen.

Aber der Schlüssel für Fraktion und Partei ist es – und das entspricht dem populistischen Wesen der AfD –, sich eigene direkte Wege zur Ansprache der Bürger (vorbei an den klassischen Medien) zu schaffen. Im Gespräch mit Philipp Menn hat Alice Weidel gleich mehrmals betont, dass sie sich den Wahlkampf von Donald Trump sehr genau angeschaut habe. Manche Streitgespräche will sie sogar mehrfach gesehen haben. Mit ihrer Analyse, Trump sei „sehr sachlich“ gewesen, steht sie dabei ge-

wiss recht alleine da. Was sie aber besonders fasziniert hat: Trump habe „gegen das gesamte mediale Establishment“ das „ganze Gefüge auf den Kopf gestellt“. Das hat ihr imponiert. „Um auch Lehren daraus zu ziehen“, habe sie Trumps Wahlkampf genau verfolgt (vgl. Menn, Eins zu Eins, 13.6.2018).

Ebenfalls aus diesem Grund hat sich Alice Weidel im März 2018 demonstrativ mit Steve Bannon, dem früheren Medienberater von US-Präsident Trump, für eineinhalb Stunden in dessen Suite im Hotel Park Hyatt getroffen, als Bannon durch Europa tourte und in Zürich vor einem SVP-nahen Publikum referierte. Dort lauschte auch Beatrix von Storch dem Gründer von Breitbart News, der in seinem öffentlichen Vortrag allerdings kein Wort über den Aufbau „alternativer Medien“ in Europa verlor. Damit es nur ja viel Geraune gebe, haben Weidel und Bannon Verschwiegenheit vereinbart. Ein Komunique, das Weidel preisgab, klang wie folgt: „Die Erfolge und Konzepte der EU-kritischen Parteien waren ebenso Thema wie die Rolle alternativer Medien in der Meinungsbildung“ (Bender, FAZ, 8.3.2018). Persönlich ergänzte sie noch: „Ich war überrascht über Bannons profunde Kenntnisse über die deutsche Innenpolitik. Wir haben vereinbart, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben und den Gedankenaustausch fortzusetzen“ (ebd.).

Ob Steve Bannon, der große Spin-Doctor und mephistophelische Chefstrategie des Trump-Wahlkampfes, Weidel wohl in ihrer „AfD statt ARD“-Hybris unterstützt hat? Das darf bezweifelt werden. Denn selbst die Medien-Macher in der AfD haben längst schon erkannt,

dass parteieigene Medien immer auch Begrenzungen beinhalten. Für jeden Inhalt kann dann die Partei haftbar gemacht werden. Das Spiel von provokativer Grenzüberschreitung und anschließender Rücknahme ließe sich so nicht endlos fortsetzen. Die Partei lebt vom dynamischen Zuspruch aus rechtsnationalistischen Kreisen, von Rechtsradikalen, Pegida-Anhängern und Identitären, zu denen sie gleichzeitig immer auch ein wenig auf Distanz gehen kann. So gibt es ein Netz recht unterschiedlicher rechtsnationalistischer bis rechtsextremistischer Publikationen, die sich unterschiedlich stark mit der AfD identifizieren, aber dennoch als deren Zuträger gelten können (einen Überblick bietet: apabiz, Mai 2018).

Der „AfD-TV“-Mann Joachim Paul aus Rheinland-Pfalz geht mit seinen Überlegungen deswegen schon längst über die AfD-Parteigrenzen hinaus. Was die AfD brauche, sei „ein Nachrichtenportal, das gar nicht als AfD-Portal zu erkennen ist und in einer einfachen Sprache unsere politischen Positionen widerspiegelt,“ erklärte er gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel* (Fiedler, *Tagesspiegel*, 10.4.2018).

Also: Ein deutsches Breitbart. In ihrer Hochzeit hatte diese Plattform der Alt-Right-Bewegung in den USA monatlich 45 Millionen Unique Visits (Januar 2017) erreicht (Februar 2018: 7,8 Mio.). Dass es auch in Deutschland in absehbarer Zeit eine einzige derart einflussreiche und reichweitenstarke Plattform geben könnte, ist wenig wahrscheinlich. Weder sind Investoren sichtbar, die in so einer Größenordnung aktiv werden wie der US-Milliardär Robert Mercer, noch gibt es eine Magnetwirkung von

Rechtsaußen auf eine relevante Zahl bekannter Journalisten.

Was es allerdings gibt, ist ein weites Netz rechtsradikaler, deutschtümelnder und rassistischer Plattformen, deren Nutzer sich auch immer wieder koordinieren, in dem sie etwa Kommentarspalten fluten oder wie eine Trollfabrik operieren. Ein „Handbuch für Medienguerillas“ kursiert in der rechten Szene, das als Leitfaden dient, wenn es gilt, besonders aktivistische Minderheiten als dominante Meinungsbildner erscheinen zu lassen. Organisiert tätig waren im Bundestagswahlkampf z.B. die Nutzer des Servers „Reconquista Germanica“, die aufriefen, ihr Kreuz bei der AfD zu machen. Tägliche Attacken auf Web-Videos anderer Parteien gehörten zum selbstverständlichen Repertoire. Auftritte der Partei Die Linke wurden durch die Fülle von Hasskommentaren ins Gegenteil verkehrt, Wahlkampf-Manager der Grünen sahen sich gezwungen, die Kommentarfunktion auf dem eigenen YouTube-Kanal zu schließen. Im Hintergrund wirkten besonders Mitglieder der NPD, der Partei „Der III. Weg“, Leute aus der „Identitären Bewegung“ und die „Junge Alternative“, also die Jugendorganisation der AfD, zusammen. Die Wirkung solcher Netzwerke ist für die AfD wahrscheinlich nützlicher als ein parteieigener Kanal allein.

Wie breit das Netzwerk rechter und rechtsradikaler Internet-Plattformen und Blogs ist, musste auch der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck erfahren. Er gab dem kleinen YouTube-Kanal *INFORMR* ein Mini-Interview: auf hingeworfene Stichwörter sollte er schnell antworten. Eins lautete „Volksverräter“. Habeck reakt-

tionsschnell: „Ist ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk und deshalb auch keinen Verrat am Volk. Das ist ein böser Satz, um Menschen auszugrenzen und zu stigmatisieren.“ Schon brach im Netz die Hölle los. Der rechte Blog *Journalistenwatch* beschied: „Die Grünen legen sich mit dieser Äußerung fest: Sie hassen das eigene Volk“. Das *Compact-magazin* twitterte, Habeck untergrabe „das Fundament moderner Demokratien.“ „Selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk“, stellte AfD-Chef Jörg Meuthen klar. Frank Magnitz, Bremer AfD-MdB schrieb: „In letzter Konsequenz ist Habecks Einlassung verfassungsfeindlich und staatsgefährdend“ (vgl. Grossarth, FAS, 23.6.2018).

Noch nicht absehbar ist, ob eine neue Entwicklung aus den USA auch nach Europa schwappt. Dort verabschieden sich Rassisten und Rechtsextremisten verstärkt von den Plattformen der großen Silicon-Valley-Firmen und bauen eigene Medien-Paralleluniversen auf: von Dating-Apps allein für weiße Nationalisten bis zur Plattform Gab, die es in anderthalb

Jahren schon auf 400.000 Nutzer gebracht hat. Da das Netzwerkdurchsetzungsgesetz nur auf Plattformen angewendet werden darf, die mehr als zwei Millionen registrierte Nutzer haben, sind solche Plattformen eine verführerische Alternative für rassistische Hetzer, Holocaust-Leugner, Verschwörungstheoretiker und ähnliche Geister. Deren Stimmungen und Stimmen wird die AfD gerne kassieren, auch wenn sie offiziell eher auf Distanz bedacht sein dürfte.

Dennoch ist es der AfD gelungen, die Vernetzung durch das Internet wie keine andere Partei zuvor durch den hohen Aktivitätsgrad ihrer Mitglieder und Sympathisanten zu nutzen, dadurch größer zu erscheinen als sie ist und sich in der Erregungsmaschinerie von Social Media zu tummeln und Zuhause zu fühlen. Sie wird ihre Hassliebe zu den klassischen Medien aufrechterhalten und zugleich einiges investieren, um rund um die Bundestagsfraktion eine Eigenpropaganda mit einem journalistischen Anstrich aufzubauen.

3 Aus der Praxis für die Praxis – vom journalistischen Umgang mit der AfD

Jede verantwortungsbewusste Redaktion wird immer wieder neu erörtern, ob sie in der Berichterstattung die richtigen Schwerpunkte setzt. Das gilt selbstverständlich auch für den journalistischen Umgang mit der AfD.

Da ist zunächst einmal, die Quantität der Beiträge zu kontrollieren. Natürlich gibt es keine feste Grenze zwischen notwendiger Information und übertriebener Aufmerksamkeit, auch müssen jeweils der Charakter der Berichterstattung und die Umstände gewürdigt werden. Sicher geht es nicht darum, Strichlisten zu führen. Dies lehnen – wie den Interviews im Anhang zu entnehmen ist – auch die Verantwortlichen für die *ARD-Tagesschau* und das *ZDF-heute journal* bewusst ab. Zu prüfen ist allerdings schon die Häufigkeit der Berichte und die Frage, ob gleiche oder gleichartige Maßstäbe angelegt werden, wann berichtet oder bewusst darauf verzichtet wird.

Einigen ist z. B. aufgefallen, dass etwa *spiegel-online* mit Blick auf das Datum der Bundestagswahl eine anschwellende Fülle von AfD-Artikel publizierte – mitunter bis zu drei täglich. Dieser Elan brach aber nach der Wahl jäh ab, wie nicht nur Übermedien vom 24. November 2017 bemerkte (Schönauer, www.uebermedien.de, 24.11.2017). Selbst die Provokation eines AfD-MdBs, man müsse „militärisch“ auf die „Invasion“ der Flüchtlinge reagieren, findet plötzlich keine mediale Resonanz mehr. Das hätte wenige Wochen zuvor sicher noch für einen medialen Aufschrei und eine Fülle von Meldungen in Hörfunk und Zeitungen geführt.

Wichtiger aber als die Quantität ist die Frage, ob kontinuierlich berichtet wird oder nur

sprunghaft, ob die journalistischen Formen – etwa Bericht, Interview und Kommentar – wechseln und ob dabei die alte journalistische Grundregel: Erst darlegen, dann auslegen (vgl. Interview mit Michael Köhler/DLF im Anhang) auch eingehalten wird. Und was noch wichtiger ist: Ob in den Redaktionen darüber überhaupt nachgedacht wird? Ob es eine Diskussionskultur gibt oder ob das Gros der alltäglichen Arbeit darin besteht, die Nachrichtensendungen zu füllen, sich dem Diktat der Agenturen zu unterwerfen oder nur Themen hinterher zu hecheln, die in Social Media „durch die Decke gehen“ – wie es dann heißt.

Schon direkt nach der Jahreswende gab es eine Schwerpunktsetzung, die eher einem unüberlegten Reflex folgte als sachlicher Analyse.

3.1 Beatrix von Storch und Wolfgang Gedeon

Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch hatte sich auf Twitter am Silvesterabend über einen Tweet der Kölner Polizei aufgeregt, die Neujahrsgrüße in mehreren Sprachen veröffentlicht hatte, darunter auch auf Arabisch. „Was zur Hölle ist in diesem Land los?“, schrieb von Storch, „Wieso twittert eine offizielle Polizeiseite aus NRW auf Arabisch. Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?“ Twitter sperrte ihren Account daraufhin für zwölf Stunden und die Aufregung war groß. Hunderte – darunter auch die Kölner Polizei – stellten Strafanzeige wegen Volksverhetzung und entsprechend hatte die Staatsanwaltschaft zu ermitteln. Dies

Werden in der Berichterstattung über die AfD die richtigen Schwerpunkte gesetzt

flutete die Nachrichten. Keine Zeitung, keine Hörfunknachrichten ohne diese Meldung. Mal wurde dabei das Vokabular von Storchs zitiert, mal nur charakterisiert. So eine Breitenwirkung hatte die AfD-Politikerin noch nie erzielt. Man hätte denken können, dem Land stünde eine riesige juristische Schlacht bevor. Dabei hätte aber auch Nicht-Juristen schon auffallen können, dass Frau von Storch zwar generelle Resentiments gegen muslimische Männer zu mobilisieren trachtete, ihre Äußerung durch den adjektivischen Gebrauch von „muslimisch“ und „gruppenvergewaltigenden“ Männern und den Bezug zur Silvesternacht 2015 aber vermutlich nicht strafbar war. In diesem Sinne klärte aber lediglich die *Süddeutsche Zeitung* in einem kleinen Interview mit einem Juraprofessor (Janisch, SZ, 4.1.2018) ihre Leserschaft auf. Entsprechend schnell schloss die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsakten bereits am 5. Februar 2018. Und? Es herrschte Ruhe in den Medien. Im *Kölner Stadtanzeiger* gab es eine kleine Notiz, die Kölner Polizei schwieg, der *WDR* meldete nichts. Im April arbeitete der *Tagesspiegel* den Vorgang auf (Müller-Neuhof, Tagesspiegel, 21.4.18).

Nur kurze Zeit nach dem provokativen von Storch-Tweet berichteten die Agenturen von einem anderen Ereignis, das mit einem AfD-Mitglied zu tun hatte. Diesmal ging es aber nicht um Anzeigen und Ermittlungen, sondern um ein Gerichtsurteil: Der Stuttgarter Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon darf Holocaustleugner genannt werden. Das hatte Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, getan und nun vor

dem Berliner Landgericht Recht bekommen. Gedeon darf so genannt werden. Das steht unter dem Schutz der freien Meinungsäußerung. Natürlich hatte sich das Gericht nur mit dieser Frage befasst und keine Entscheidung in der Sache getroffen. Erst am Tag vor Weihnachten hatte das AfD-Landesschiedsgericht in einem zwölfseitigen Urteil Gedeons Verbleib in der AfD gesichert. Der 70-jährige Gedeon, der das Judentum als historischen „inneren Feind“ des Abendlandes betrachtet, der an „einer Versklavung der Menschheit“ arbeite, hat mit seinen kruden Thesen dicke Bücher gefüllt. Nicht direkt als Religion, sondern „im Wesentlichen indirekt, nämlich durch Judaisierung der christlichen Religion und Zionsierung der westlichen Politik“ erlange das Judentum Weltbedeutung. Hierzulande sei der Holocaust Staatsreligion. Aus der Parlamentsfraktion im Landtag wurde Gedeon zwar ausgeschlossen, darf mittlerweile aber wieder an den Arbeitskreisen der AfD-Fraktion teilnehmen und auch auf AfD-Parteitagern kann man ihn als stimmberechtigten Delegierten agieren sehen. Das Urteil, das zumindest bei *dpa*, *ZEIT ONLINE* und *Spiegel Online* vorkam, ist also durchaus relevant. Eine Nachrichtenflut wie im Falle des von Storch-Tweets blieb aber aus.

Eine noch viel spärlichere Informationen gabes in einer anderen Angelegenheit, die aber auch nicht ohne Brisanz ist. Am 7. Juni 2018 fand in Mannheim der 69. *Deutsche Anwaltstag*, die jährliche *Tagung des Deutschen Anwaltsvereins (DAV)* statt. Der DAV vertritt immerhin rund 160.000 Anwälte. In seiner Eröffnungs-

*Ist der „Vogelschiss“
ein „Stöckchen“?*

rede übte Ulrich Schellenberg, der Präsident der Organisation, scharfe Kritik am aktuellen Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestages. Ein ungewöhnlicher Vorgang. Er nannte es „verheerend“, dass dieser im Bundestag den Zustand des Rechtsstaats als „erbärmlich“ bezeichnet hatte. Gemeint war Stephan Brandner, der vormalige thüringische AfD-Spitzenkandidat, der für seine rüde Wortwahl berüchtigt ist. Ist das nicht eine Meldung wert? Dazu entschieden hat sich die Redaktion der FAZ, aber kaum eine andere.

Sein Interview zur mangelnden Strafbarkeit des Tweets von Frau von Storch schließt der Jurist Matthias Janisch mit den Worten: „Indem wir Öffentlichkeit herstellen, springen wir über das Stöckchen, das die AfD hinhält“ (Janisch, SZ, 4.1.2018). *Das Stöckchen-Spiel*, so war auch das erste Kapitel der „Handreichungen“ aus der ersten OBS-Studie zum Thema „AfD und Medien“ überschrieben. Und dass man nicht über jedes Stöckchen springen soll, das einem hingehalten wird, gehört ja auch zum allgemeinen Sprachgebrauch.

Damals war es vor allem als Warnung gedacht, sich als Journalist stets die Kommunikations-Absichten der AfD vor Augen zu führen und nicht in ein simples Reiz-Reaktions-Schema zu verfallen. Ist diese Warnung nun obsolet geworden? Keineswegs. Nur muss auch klar sein, dass die richtige Einlassung, man wolle nicht über das hingehaltene Stöckchen springen, alleine noch nicht viel klärt. Denn es kann ja im Einzelfall durchaus richtig sein, die propagandistische Absicht der AfD zwar zu durchschauen, aber gerade deswegen den-

noch zu berichten, weil die Absicht auch für die Leser durchschaubar gemacht, also erklärt werden soll. Immer häufiger kommt das Wort „Stöckchen“ auch in Kommentaren vor, wenn begründet werden soll, warum sich eine Redaktion entschieden hat, einer bestimmten Aktion oder Äußerung der AfD keine Aufmerksamkeit zu schenken oder zu verschaffen. Immer geht es also um den Einzelfall.

Schauen wir uns einen dieser Einzelfälle besonders an und widmen uns der Frage: Ist der „Vogelschiss“ ein „Stöckchen“?

Der 2. Juni 2018 ist ein Samstag. Im thüringischen Seebach tagt der Bundeskongress der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative (JA)“. Gegen Mittag hält der 77-jährige Alexander Gauland, Vorsitzender der Bundestagsfraktion, auf der Basis handschriftlicher Notizen ein Grußwort. Darin gibt es einen Abschnitt zur deutschen Geschichte. Er bekennt sich zur Verantwortung der Deutschen für die Jahre 1933 bis 1945, erklärt aber sogleich, die „ruhmreiche Geschichte“ der Deutschen habe länger gedauert als „die verdammten zwölf Jahre“. „Hitler und die Nazis“ seien „nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Der Satz löst einen Aufschrei aus. „Für Auschwitz-Überlebende“, so teilt das Auschwitz-Komitee mit, „wirken die kühl kalkulierte und hetzerischen Äußerungen Gaulands nur noch widerlich.“ Die Generalsekretäre der Regierungsparteien, Annegret Kramp-Karrenbauer und Lars Klingbeil, reagieren entsetzt. Der Bundespräsident warnt davor, die NS-Diktatur zu verharmlosen.

Später ergänzt Gauland sein Manuskript aus dem Gedächtnis, damit die Rede auch auf die AfD-Seite gestellt werden kann (Amann, Spiegel, 9.6.2018).

Dass Gauland seine Wortwahl kühl kalkuliert, darf man getrost vermuten. Er ist ein Mann des Schreibtischs. Während seiner Zeit in der Hessischen Staatskanzlei galt er als gebildeter Strippenzieher, der aber nie warm wurde mit dem Wahlvolk. Das hat sich geändert. Seit Gauland nicht mehr zu den Etablierten gehören will, sondern diese verbal heftig angreift, erlebt er, wie es ist, Menschen in Begeisterung zu versetzen. Das genießt er.

So hat er auch die Metapher „Vogelschiss“ wohlbedacht gewählt. Er wusste, dass sie bei der AfD-Jugend prima ankommen, die Öffentlichkeit aber alarmiert aufschrecken würde. „Vogelschiss“, das ist eine Kleinigkeit, ein Klacks, schmutzig zwar, vielleicht sogar ein wenig eklig, aber doch leicht wegzuwischen oder zu reinigen. Im Gegenbild von der „ruhreichen“ tausendjährigen Geschichte wird das „1.000-jährige Reich“ bewusst kontrastierend aufgenommen.

Wie nun darauf reagieren? Gar nichts melden oder die Empörung schildern? Gaulands Äußerungen und die Kritik daran sachlich referieren oder doch lieber kritisch kommentieren?

Eine Verbreitung seiner Äußerung werde doch nur Gaulands Reputation an der Parteibasis und in der AfD-Wählerschaft fördern, argumentieren diejenigen, die für Zurückhaltung plädieren. Das kann *ein* Kriterium für journalistische Entscheidungen sein, aber sicher kann das „Cui bono?“ *allein nicht ausschlaggebend*

sein. Denn es ist ja auch möglich, diese Wirkung zu benennen. Das hat Melanie Amann in *Spiegel* (s.o.) ebenso gemacht wie die *Süddeutsche Zeitung*.

Es spricht dagegen, die Gauland-Rede mehr oder weniger vorüberziehen zu lassen, ohne ihr größere Beachtung zu schenken, dass die „Vogelschiss“-Äußerung kein Zufall, keine individuelle Marotte, sondern so gravierend und zugleich so typisch für die AfD ist. Das Spiel mit geschichts-revisionistischen Positionen gehört zur DNA der AfD. Gauland spitzt nur weiter zu, was er auch schon zuvor gesagt hatte. So forderte er, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Er will wieder einen „Nationalstolz“ empfinden wie „jeder Engländer, jeder Franzose“, was hier aber als unsagbar gelte, denn „Hitler“ habe „den Deutschen das Rückgrat gebrochen, weitgehend“ (Ulrich, ZEIT, 28.4.2016). Das war im Jahr 2016 und auch im März 2017 stellte sich Gauland ausdrücklich hinter Björn Höcke, der dem *Wall Street Journal* gesagt hatte: „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt. Wir wissen aber natürlich, dass es in der Geschichte kein Schwarz und kein Weiß gibt“ (Fiedler, Tagesspiegel, 9.3.2017).

Die AfD behauptet zwar immer, sie wolle von einer Fixierung auf die Jahre des Nationalsozialismus weg, praktiziert aber fast manisch das Gegenteil. Warum ist das so? Weil der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus so außerordentlich und tiefgreifend ist, dass keine politische Formation daran vorbeikommt, sich damit auseinanderzusetzen.

Typisch AfD –
Revision der Geschichte

Das Spezifikum einer konservativ-nationalistischen Politik in der deutschen Geschichte ist es gleichzeitig, dass es diese nicht in Abgrenzung oder Widerstand zu Hitler gab, sondern auf ihn hinführte. Weil sie „Steigbügelhalter“ war, Hitler in den Sattel zu hieven, ist sie in demokratischer Form so wenig denkbar. Statt also den Versuch einer Neuformulierung wirklich in Angriff zu nehmen, klebt die deutsche Vergangenheit an der AfD wie der Honig an der Wabe.

Also setzten sofort die Solidarisierungen mit Gauland ein. Es werde böswillig ein falsches Bild von ihm gezeichnet, Sätze würden aus dem Zusammenhang gerissen und: „Schalten sie mal einen dieser öffentlich-rechtlichen Kanäle ein, da läuft unter Garantie gerade eine Nazi-Doku“, tönt der sächsische AfD-Abgeordnete Ulrich Oehme (Amann, Spiegel, 9.6.2018). Denn die Forderung Björn Höckes nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ teilen im Prinzip alle. Nur der AfD-MdB Uwe Witt postete auf Facebook: „Als Politiker der AfD entschuldige ich mich bei allen jüdischen Mitbürgern und den Opfern des Naziregimes sowie deren Familien für die unglaubliche Bagatellisierung durch unseren Parteivorsitzenden“ (Wollschied, FAZ, 4.6.2018). Der will allerdings auch unbedingt für die AfD in den Beirat des Kuratoriums für das Holocaust-Mahnmal einziehen.

Folglich wäre es sicher ein Eingehen auf die Taktik der AfD gewesen, hätte man nun Gau-

land zum Interview gebeten und ihm erneut viel Raum für weitere Erklärungen und Auslegungen eingeräumt. Denn dass „Vogelschiss“ doch eine äußerst Hitler-kritische Äußerung sei, für die sein Vater damals „im KZ gelandet“ wäre, hatte Gauland schon kundgetan (Amann, Spiegel, 9.6.2018). Immerhin aber ließ er sich von seiner Partei drängen, „die entstandene Wirkung“ zu bedauern. Auf dem nächsten Parteitag in Augsburg nannte er seine Wortwahl „ungeschickt“.

Den „Vogelschiss“ zu ignorieren, ist aber auch keine sinnvolle journalistische Option, eben weil er in der Sache wie in der Methode so typisch für die AfD und damit aufschlussreich ist. Nun muss es keinen Empörungreflex, aber es darf gerne einen aufklärerischen Impuls geben.

Man kann es so machen wie die *Süddeutsche Zeitung*: knapp und klar. Hier schrieb der Chefredakteur Kurt Kister einen gerade einmal 34 Zeilen langen Kommentar. Er empfiehlt, 200 Stunden gemeinnützig in einer KZ-Gedenkstätte zu arbeiten, da könne man lernen, dass „der Weg zum Verbrechen oft mit... unmenschlichem Geschwätz“ beginne (Kister, SZ, 4.6.2018).

Oder man lässt sich – wie es der *Tagespiegel* tat – etwas Besonderes einfallen. Am 4. Juni 2018 erschien das Berliner Blatt mit einer ungewöhnlichen Titelseite: Gaulands Zitat wird konfrontiert mit dreizehn eindrücklichen Schwarz-Weiß-Fotos, die Anne Frank ebenso zeigen wie das Vernichtungswerk der Nazis.

3.2 Hohes Haus oder Quasselbude?

Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag markiert einen Einschnitt: Erstmals seit 1990 hat es eine neue Partei in den Bundestag geschafft und erstmals ist dies einer Partei gelungen, die sich rechts vom bisherigen Parteienspektrum formiert hat. Dies hat nicht nur den traditionellen politischen Akteuren und schon bislang im Bundestag vertretenen Fraktionen einiges abverlangt, sondern bedurfte selbstverständlich auch der besonderen journalistischen Beobachtung. Und beide – Abgeordnete der schon bisher im Parlament vertretenen Parteien und Journalisten – taten sich damit anfangs etwas schwer. Wann und wie sollte man auf Redebeiträge und Zwischenrufe der Neu-Parlamentarier reagieren? Wie mit ihnen umgehen? Wann und wie sollte man über sie berichten? Wie normale Umgangsformen von Medien und Politik herbeiführen?

So verzichteten viele Medien darauf, die „Jungfern-Rede“, also den ersten größeren Auftritt der Ko-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel im Bundestag, gesondert zu erwähnen oder gar speziell zu würdigen. Es gab relativ viel Unsicherheit in den Redaktionen und auch Erstaunen. Überrascht waren einige der alteingesessenen Hauptstadtkorrespondenten darüber, wie sehr die AfD-Fraktion darauf achtete, stets geschlossen aufzutreten und nur ja vollzählig im Plenum des Bundestags anwesend zu sein und dies auch zugleich der eigenen Anhängerschaft zu dokumentieren. Sie waren auch überrascht, wie schnell die eigenen Auftritte von der AfD jeweils publiziert wurden und

es dabei überhaupt keine Rolle spielte, ob der Auftritt einigermaßen gelungen war oder von den Anwesenden eher als peinlich empfunden wurde. Dass die AfD schnell ihre eigene Öffentlichkeit aufbaut, war für viele politische Journalisten, die regelmäßig vom Politbetrieb aus der Hauptstadt berichten, ungewohnt. Viele fragten sich anfangs auch – halb bang, halb gespannt –, ob die AfD im Parlament vor allem zu pöbeln gedenke und ständig mit Spruchbändern und symbolischen Aktionen aufmarschieren werde oder doch eher mit Akten, Anträgen und Redemanuskripten.

Es dauerte etwas, bis alle Berichtersteller begriffen, was Kenner längst schon studiert und auch publiziert (Schroeder/Weßels 2017) hatten: Die AfD will nicht unbedingt den ganzen Betrieb stören, aber sie hat ein völlig anderes Verständnis von der Arbeit im Parlament als die anderen Fraktionen. Diesen geht es darum, ihre Positionen öffentlichkeitswirksam vorzutragen, sich in Plenumsdebatten argumentativ zu behaupten und dann in einen Arbeitsprozess einzutreten, um auszuloten, was durchzusetzen ist, wo Kompromisse möglich und welche Lösungen gesellschaftlich tragfähig sind und wie sie gleichzeitig parlamentarische Mehrheiten bekommen können. Die AfD hat ein ganz anderes Ziel. Sie ist isoliert und wird keine Partner finden. Sie kann eigentlich nichts durchsetzen. Also geht es ihr darum, auf sich aufmerksam zu machen, der eigenen Anhängerschaft immer wieder zu signalisieren, wie großartig sie sich schlägt, das Parlament als Tribüne zu nutzen, die eigene provokante Wortwahl rasch zu kommunizieren

*Neulinge im Bundestag
– Wie wurde und wie
sollte darüber berichtet
werden?*

und die Wählerschaft so zu festigen. Die anderen Fraktionen tun sich deswegen zunächst schwer. Soll man die AfDler ignorieren oder sich empören? Soll man sie attackieren oder lieber gewähren lassen? Soll man die von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten für das Bundestagspräsidium und die Ausschüsse wählen oder lieber durchfallen lassen? Man möchte ja auch nicht, dass die AfD sich einen Opfer-Mythos zulegen kann. Das führt zunächst einmal sowohl in der politischen Auseinandersetzung wie in der journalistischen Berichterstattung dazu, dass Einzelheiten – einzelne Vorgänge, einzelne Redebeiträge – im Zentrum stehen. Begünstigt wird das auch durch den zähen Beginn der Legislaturperiode. Die langen Koalitionsverhandlungen sind interessanter als die Konstituierung des Parlaments.

Schon im November 2017 bringt die *Süddeutsche Zeitung* einen ersten zusammenfassenden Artikel (Bauchmüller/Ludwig, SZ, 25./26.11.2017), der in detail nachweist, wie freizügig AfD-Abgeordnete in ihren Redebeiträgen mit Tatsachen umgehen. Den Durchbruch zu einer umfassenderen Berichterstattung, die nicht nur von Ereignis zu Ereignis springt, bringt dann am 16. Januar eine große Ausarbeitung von Evelyn Roll für die Seite 3 der *Süddeutschen Zeitung* (Roll, SZ, 16.1.2018). Sie stellt die vielen Redner vor, „die mutig, intelligent und gebildet genug sind zum schnellen, scharfen, sachlichen Reagieren, Abgeordnete, die aus den üblichen Talkshows eher nicht bekannt sind“ und nennt Britta Haßelmann und Manuel Sarrazin von den Grünen oder Michael Stübgen von der CDU. Sie resümiert ihre Beobachtun-

gen: „Wer es gegen die AfD mit moralischer Selbstüberhöhung, mit Geschmacksurteilen, Nazi raus-Rufen und Geschäftsordnungstricks versucht, verliert“ (ebd.).

Diese Gesamtschau von Evelyn Roll hat die Berichterstattung verändert. Andere Publikationen folgten. Auch Maria Fiedler überlegt im *Tagesspiegel* (Fiedler, Tagesspiegel, 28.1.2018), wo die Chancen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien in der Auseinandersetzung liegen könnten: „Es hilft eigentlich nur: weiter machen, vorbereitet sein, Details kennen, mehr wissen – und dagegenhalten“ (ebd.). Und man dürfe nicht müde werden, den Behauptungen der AfD zu widersprechen, wenn sie falsch sind. „Die Souveränität kühler Gelassenheit“, fordert auch Jens Schneider in einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* zum gleichen Thema (Schneider, SZ, 25.1.2018), was Friedhard Teufel im Mai noch einmal bekräftigt: „Jetzt kommt doch mal runter“ (Teufel, Tagesspiegel, 19.5.2018). Ähnlich detaillierte Beobachtungen wie bei Evelyn Roll sind einen Monat später auch in der *ZEIT* zu lesen: „Die Dinge erklären, Zusammenhänge darstellen, den einfachen Gewissheiten Genauigkeit entgegensetzen“ – dieses Credo breitet Peter Dausend aus (Dausend, ZEIT, 22.2.2018). Es gibt also viele kluge Ratschläge der klugen Publikationen zur Auseinandersetzung mit der AfD, die dann prompt missachtet werden, sobald wieder „etwas los“ ist. Als der durchaus gelassene Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble im Mai zur Glocke greift und Alice Weidel einen Ordnungsruf erteilt, weil diese alle Frauen diskriminiert habe, die

Kopftuch tragen, als sie Thilo Sarrazins böses Wort von den „Kopftuchmädchen“ übernahm, titelten viele Zeitungen – wie auch der *Weser Kurier* am 17. Mai 2018 – „Eklat im Bundestag“.

Ein Auftritt aber elektrisierte alle Medien: Die emotionale Brandrede Cem Özdemirs, in der er nichts tut als die Begriffe Heimat, Stolz und Deutschland kraftvoll gegen die AfD ins Feld zu führen. „Auf sie mit Gebrüll“ überschreibt die *FAZ* ihren Artikel (Wehner, *FAZ*, 24.2.2018), in dem sie zugleich den jungen CDU-Abgeordneten Philipp Anthon als rhetorische Alternative bekanntmacht. Aber es ist wie so oft: Den meisten Medien liegt das Reißerische mehr. Die präzisesten Gegenreden und humorvollsten Auseinandersetzungen mit der AfD im Bundestag wurden in vielen Publikationen allenfalls am Rande erwähnt. Als die AfD per Antrag die deutsche Sprache ins Grundgesetz aufgenommen sehen wollte, konterte der aus Ostfriesland stammende SPD-Abgeordnete Johann Saathoff auf Plattdeutsch. Das wurde im Internet sogar noch einigermaßen häufig angeklickt. Aber fast noch eleganter, aber leider weitgehend unbemerkt blieb der Auftritt der CDU-Abgeordneten Gitta Connemann. Im Stile einer strengen Gymnasiallehrerin unterzog sie den AfD-Antrag zur Sprache einer sprachkritischen Kontrolle: Bandwurmsätze, Fremdwörter, deklamatorisch. Ihr Abschlusszeugnis: „Sie nutzen die Sprache, um zu enthemmen, um auszugrenzen, um zu spalten.“ Man musste schon die *FAS* lesen, um das mitzubekommen (Pergande, *FAS*, 18.3.2018).

Hinter den Kulissen und mit einigen Querelen baut die AfD derweil ihren Apparat

auf, der zu einem recht großen Teil – was niemanden verblüffen sollte – ein Propaganda-Apparat ist. Denn Leute mit einschlägiger politischer Erfahrung, die schnell mal ein paar Sätze und Videoschnipsel online stellen können, sind ihr natürlich wichtiger als anerkannte Fachleute für emissionsarme Verkehrspolitik, Kenner der Sozialgesetzgebung oder unabhängige Rentenexperten. Hier sind viele Journalisten recherchefreudig und schnell (Vgl. Biermann et al., *www.zeit.de*, 21.3.2018). Werden zunächst vor allem diejenige Abgeordneten vorgestellt, die als „heikle Kandidaten“ (Fiedler, *Spiegel*, 25.1.2018) von der AfD als Vorsitzende von Ausschüssen zur Wahl vorgeschlagen werden, wie der „Goldjunge“ (Bender, *FAZ*, 24.1.2018) Peter Boehringer, gerät bald auch das „Netzwerk AfD“ im Bundestag und damit die „neuen Allianzen“, die sich insbesondere in die neu-rechte Szene hinein entwickeln, in den Blick. Die *taz* hat dazu ein Rechercheteam gebildet, das unter anderem unterstützt von der Otto Brenner Stiftung, ein Arbeitspapier verfasst hat (Gürgen u. a. 2018) und einen Überblick über die Vernetzung der Bundestagsmitarbeiter gibt. Mindestens 48 Mitarbeiter haben Verbindungen zu Organisationen der extremen oder der Neuen Rechten. Isoliert von der bürgerlichen Mitte sei die Fraktion dadurch aber nicht, sie habe vielmehr eine „Scharnierfunktion“ (am Orde, *taz*, 14./15.4.2018) inne. Motherboard hat sich in den sozialen Netzwerken umgeschaut und Indizien dafür gesammelt, dass sich etwa jeder dritte AfD-Abgeordnete in Facebook-Gruppen tummelt oder solchen folgt, die offen rassistisch sind (Meineck, *www.motherboard.vice.*

Die Fraktion als Scharnier zwischen bürgerlicher Mitte und neu-rechter Szene

com, 26.3.2018). Was den Mitarbeiterstab angeht, hat auch die Welt – allerdings auf schmalerer Datenbasis – schon vor der taz Ähnliches festgestellt. Die AfD-Abgeordneten mögen es gar nicht, wenn man sich die Namensschilder der Mitarbeiter an den Bürotüren genauer anschaut, denn viele seien als „radikale Einflüsterer“ bekannt (Hock, Welt, 21.3.2018).

Enthüllungen über das Personal, die auch mit einigem Aufwand betrieben wurden, gab es also (vgl. auch Biermann et.al., www.zeit.de, 21.3.2018). Sehr viel schlechter kommt das Gros der Publikationen über das Wirken der AfD weg, wenn es darum ging, Kontexte zu erklären oder aktuelle Entwicklungen vor historischem Hintergrund zu erklären. Ein solche, über die Berichterstattung der Vorgänge und Ereignisse hinausgreifende Erklärungsfunktion wächst den Medien aber immer stärker zu, wenn vor allem noch Events und Überschriften die erste Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Alle Journalisten und Redaktionen sind deswegen gehalten, sich immer wieder selbstkritisch zu befragen: Erklären wir genug?

Ein Fall, bei dem mehr Kontext hilfreich gewesen wäre, waren die Wahlen zum Parlamentspräsidium, in dem normalerweise alle Fraktionen vertreten sind, sowie die Wahlen zum Parlamentarischem Kontrollgremium (PKGr) und zu den Vorsitzenden für drei Ausschüsse. Zu Letzteren nominierte die AfD unter anderem Sebastin Münzenmaier, der frü-

her Mitglied der Partei „Die Freiheit“ war und obendrein noch in erster Instanz wegen einer Hooligan-Prügelei verurteilt worden war. Was geschah nun? Die drei Vorsitzenden für die Ausschüsse – darunter mit dem Rechtsanwalt Stephan Brandner ein ausgesprochener Scharfmacher – wurden gewählt, der ehemalige CDU-Politiker Albrecht Glaser fiel wegen seiner diskriminierenden Rechtsauffassung zum Islam als Bundestagsvizepräsident durch und ins Parlamentarische Kontrollgremium ließ man die AfD auch nicht hinein. Wer sollte das verstehen oder zumindest als nicht widersprüchlich empfinden? Die Grünen zogen 1983 erstmals in den Bundestag ein, aber es dauerte bis 1994, bis sie mit Antje Vollmer erstmals eine Vizepräsidentin stellen durften. Erst 2002 durfte Hans-Christian Ströbele in das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) einziehen. Solches Wissen darf nicht vorausgesetzt werden, sondern muss immer wieder referiert werden, wenn darüber berichtet wird, dass nicht alle Begehren der AfD sofort erfüllt wurden. Die *Süddeutsche Zeitung* hat dies am 26. Januar 2018 auf einer ganzen Seite als „Thema des Tages“ getan. Lößliches hat auch Justus Bender geleistet, der in der *FAZ* darlegte, dass die gängige These gar nicht stimmt, Albrecht Glaser vertrete zum Islam ja nur, was die AfD ohnehin meine (Bender, *FAZ*, 28.10.17). Im Programm steht nämlich nur, dass „ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert ... mit dem GG nicht vereinbar“ sei. Dass dies für jeden Islam notwendigerweise gelte – wie es sowohl Albrecht Glaser wie Alice Weidel behaupten – steht dort nicht. Also ist

Glaser schon einer, der die Religionsfreiheit besonders rigoros beschneiden will.

Über einzelne Auftritte, Vorschläge, Anträge und politische Initiativen berichten im ersten halben Jahr des Wirkens der AfD im Bundestag immer wieder verschiedene Medien. Manche betonen besonders die Kuriositäten – so haben fünf Abgeordnete aus verschiedenen Bundesländern nach einem Parlamentariertreffen in Potsdam erklärt, sie forderten ein Verbot „der Antifa“ (was auch immer das sein soll) als terroristische Vereinigung. Berichtet wird, wenn die AfD anderen Parteien Angebote unterbreitet, so als sie hofft, gemeinsam mit der FDP für einen BAMF-Untersuchungsausschuss stimmen zu können, was sich natürlich zerschlägt. Ausführlich berichtet sogar *tagesschau.de* im Mai von einer Enquete-Kommission zum Linksextremismus, die der Landtag in Sachsen-Anhalt unter dem Vorsitz von André Poggenburg (AfD) einrichtete. Sie verfolgt offiziell das Ziel, „Handlungsempfehlungen für die erfolgreiche Bekämpfung des Linksextremismus“ zu erarbeiten. Ein erster parlamentarischer Erfolg der AfD in einem Landtag. Im Mai macht es Schlagzeilen, dass AfD-Politiker von der russischen Regierung 2017 ein Privatflugzeug gestellt bekommen hatten, um die Moskauer Stadtregierung zu besuchen (Bender/Freidel, FAZ, 22.5.2018). Im April waren fünf Bundestagsabgeordnete zu einem „Yalta Economic Forum“ auf die annektierte Halbinsel Krim gereist, und im März hatte eine angeblich „privat“ reisende Gruppe um Christian Blix und Armin-Paul Hampel Syrien besucht, um das Land hinterher zum „sicheren Herkunftsland“ zu erklären. Als der Bundestag sich mit dem in der Türkei inhaftierten Journalis-

ten Deniz Yücel solidarisiert, nennt die AfD ihn einen „ausgewiesenen Deutschland- und Deutschen-Hasser“, der „volksverhetzende Äußerungen“ getätigt habe. Außerdem überschüttet die AfD die Regierung mit einer Fülle kleiner Anfragen (Jaeger, FAZ, 19.7.2018).

Zwei Aktionen aber werden zurecht von den meisten Medien hervorgehoben:

Da ist zunächst einmal die Klage der AfD gegen die *Flüchtlingspolitik* der Bundesregierung als *Normenkontrollantrag* vor dem Bundesverfassungsgericht. Ausgerechnet der neue Vorsitzende des Rechtsausschusses, Stephan Brandner, stellt die vom Staatsrechtler Ulrich Vosgerau verfasste Klageschrift der Presse vor. „Konspiration und Staatsstreich“ sind die wesentlichen Vorwürfe. Da neue Parteien nicht ohne weiteres in Entscheidungen eingreifen können, die vor deren Existenz gefallen sind, verfügt die AfD vermutlich im konkreten Fall überhaupt nicht über das Recht auf eine Organklage. Das ficht sie allerdings wenig an, denn natürlich erwartet sie keine Durchsetzung ihres Klagebegehrens, sondern nur ein wenig PR. Medien sollten deswegen darauf achten, wie ausführlich sie von der Klage berichten, wenn sie diesen Hintergrund nicht mit beleuchten. Das haben die meisten allerdings getan, schon weil sie sich häufig auf entsprechende Vor- und Hintergrundberichte der Agentur dpa gestützt haben.

Kurze Zeit zuvor bekundete selbst die *BILD-Zeitung* „Entsetzen“, und achtzehn Sozialverbände aus ganz Deutschland taten sich zusammen, um eine Anzeige zu schalten. In einer Kleinen Anfrage vom 23. März wollten AfD-Abgeordnete wissen, wie sich die Zahl der

Menschen mit Behinderung entwickelt habe und zwar „insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen“. Woran sich die Frage anschloss, wie viele dieser Fälle denn einen Migrationshintergrund hätten. Auf die Anzeige der Sozialverbände reagiert die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst mit der Drohung, ihnen die Bundesmittel streichen zu lassen. „Die AfD meint es ernst“, bemerkt Friederike Haupt, „sie fragt nach dem, was sie interessiert“ (Haupt, FAS, 29.4.2018). Sie wolle nicht helfen, sondern ausgrenzen. Denn mit der Anfrage zu den Behinderten habe sie eine weitere gestellt. Darin will die AfD wissen, welche Krankheiten durch die „massenhafte“ Einwanderung „eingeschleppt“ worden und welche Kosten dadurch für die deutschen Krankenkassen entstanden seien. Das Inhumane gehört zum Wesenskern dieser Partei. Das darf und muss berichtet werden.

Allerdings gilt auch, was Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in einem großen Interview gegenüber der *taz* erklärte: „Meine Überzeugung ist: Radikale und extreme Strömungen bekämpft man nicht erfolgreich, indem man versucht, sie verbal zu übertrumpfen.“ (am Orde, *taz*, 8.6.2018) Diese Einsicht setzte sich im Laufe des ersten Halbjahres 2018 auch zunehmend in der Publizistik durch. „Wer trickst, um die AfD zu bekämpfen, schadet ihr nicht, sondern hilft ihr“, schreibt Paul Middelhoff in der *ZEIT* und schließt: „Wer sich an die Regeln hält, fair spielt und der Partei mit offenem Visier begegnet, der hat auch eine gute Chance, die Auseinandersetzung zu gewinnen“ (Middelhoff, *ZEIT*, 1.3.2018). Die Einsicht, man

dürfe nicht über jedes Stöckchen springen, das die AfD hinhält, sei ja richtig, meint auch Thomas Schmid in der *Welt*, in entscheidenden Fragen aber müssten Demokraten mit den besseren Argumenten antworten. „Die liberale Demokratie muss schon an sich selbst und ihre Methoden glauben,“ appelliert der ehemalige Herausgeber dieser Zeitung (Schmid, *Welt*, 13.6.2018).

Ein Aspekt ist in der Berichterstattung allerdings häufig etwas unterbelichtet. Einigen Berichterstellern fiel auf, dass die AfD nach einiger Zeit das anfangs selbst auferlegte Ziel, stets vollzählig im Plenum anwesend zu sein und so die anderen Fraktionen vorzuführen, auf Dauer nicht erfüllen konnte. Man muss etwas tun und nicht nur herumsitzen. Der Bundestag ist eben doch ein arbeitendes Parlament. Dies ist aber nur ein Symbol für ein tieferliegendes Dilemma, in dem die AfD-Fraktion steckt. Einfach gesagt lautet es: Mitmachen und damit unter der Hand auch die Regeln des Meinungskampfes grundsätzlich anerkennen oder sich als Außenseiter isolieren und in fundamentaler Staatsferne zu verharren. Justus Bender hat diese Zwickmühle schon früh beobachtet und gönnt der AfD „den Aufenthalt“ im „Abklingbecken der Demokratie“ (Bender, *FAZ*, 25.1.2018). Im Stolz, mit dem etwa Beatrix von Storch Bilder ihres schicken neuen Bürocomputers twittert oder die hessische Abgeordnete Mariana Harder-Kühnel zum „persönlichen Highlight der Woche“ erklärt, wie sie vorne sitzen und „die Bundestagsvizepräsidentin bei der Versammlungsleitung unterstützen durfte“, erkennt Bender „den heimlichen Re-

*Fair play statt
verbales Übertrumpfen*

spekt der Respektlosen“ vor dem Deutschen Bundestag (Bender, FAS, 3.12.2017). Im Gegensatz zu aller öffentlich bekundeten Grundsatzzopposition zur Euro-Rettung votierten schon im Dezember 2017 auch die Vertreter der AfD im Hauptausschuss des Bundestages dafür, das Darlehensvolumen und die Kapitalausstattung für den europäischen Rettungsschirm ESM im bisherigen Umfang zu verlängern. Vor möglichen wirtschaftlichen Folgen eines konträren Votums war ihnen wohl doch ein wenig bang. Nur wenigen Medien – der *Spiegel* gehörte dazu – ist das aufgefallen.

Dazugehören oder draußen bleiben – diese Frage wird aber alles parlamentarische Agieren der AfD unweigerlich begleiten. Darum war die Eingangsfrage von Claus Kleber, als er Alice Weidel interviewte (vgl. Abschnitt 3.5), gut gewählt, und viele Organisationen und Institutionen tun gut daran, sich ihrerseits auf diese Frage nach Integration oder Ausgrenzung einzustellen.

3.3 Integration oder Ausschluss?

Kennen Sie Siegmund Ehrmann aus Moers? Nicht? Er war von 2002 bis 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag und da zuletzt Vorsitzender des Kulturausschusses. Aufregung hat er nicht verursacht, berühmt geworden ist er auch nicht. Ehrmann ist ein Mann der SPD.

Im Januar 2018 aber gab es viel Aufregung. Es ging das Gerücht um, die AfD greife nach dem Vorsitz des Kulturausschusses und werde dafür womöglich Marc Jongen nominieren. Der gilt als eine Art „Chefideologe“ und hatte im

Gespräch mit Michael Köhler (siehe Anhang) im Deutschlandfunk zur Erinnerungskultur gesagt, zu KZ-Besuchen würden Schüler zu „Hunderttausenden“ „hingebracht“, was diese „über sich ergehen“ ließen, aber „als Gewaltakt“ empfänden. Plötzlich war der Posten etwas ganz Wichtiges. Am Ende wollte die AfD dann doch nicht.

Jeder Fraktion im Bundestag steht je angefangene hundert Mitglieder ein Sitz im Kuratorium der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, also des Holocaust-Mahnmals in der Mitte Berlins, zu. Der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke, Exponent des so genannten „Flügels“, hatte dies schon – sprachlich bewusst doppeldeutig – als „Denkmal der Schande“ gebrandmarkt. Lea Rosh, stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums, die das Mahnmal zurecht als ihr Lebenswerk betrachtet, reagierte umgehend empört, nannte das Begehren der AfD „unverfroren“ und forderte den Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble auf, juristisch klären zu lassen, ob der Einzug der AfD in das Kuratorium zu verhindern sei. So wollte sie ihren energischen Widerstand demonstrieren.

Auf die Höcke-Rede hatte auch das Vorstandsmitglied des Fußballvereins Eintracht Frankfurt Axel Hellmann reagiert: „Politische Neutralität hört auf, wo Satzungsthemen, die bei uns verankert sind, verletzt werden. Wenn sich ein Funktionär der AfD öffentlich sehr nahe an die Relativierung des Holocaust bewegt“, müsse sein Klub Haltung zeigen. „Es kann niemand bei uns Mitglied sein, der die AfD wählt“, hatte kurz darauf der Eintracht-Präsident Peter

*Mitmachen lassen
oder ausgrenzen?*

*... vom Kuratorium
Holocaust-Denkmal*

Fischer erklärt, freilich ohne zu erklären, ob und wie er das überprüfen wolle (zit. nach Ruf, Weser Kurier, 2.2.2018). Es war wohl auch eher als Positionsbestimmung und Warnhinweis gedacht. Etwas realistischer antwortete der Präsident des Bundesligisten SV Werder Bremen, eines Vereins, der auch für seine vielfältigen sozialen Initiativen und Integrationsbemühungen bekannt ist: „Der SV Werder Bremen setzt sich aktiv gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung ein ... Wir können und wollen nicht das Wahlverhalten unserer Mitglieder kontrollieren, aber wir sprechen unsere Mitglieder aktiv auf eine etwaige Verletzung unserer Werte an und fordern eine Änderung ihres Verhaltens ein oder legen ihnen einen Austritt aus dem Verein nahe“ (ebd.).

Allenthalben steht also die Grundfrage im Raum: Soll man die AfD mitmachen lassen oder sie lieber ausschließen? Eine allgemeingültige Patentantwort darauf gibt es wohl nicht. So entschied der Veranstalter der alljährlichen Christopher Street Parade in Berlin kurzerhand und einstimmig, dass die AfD unerwünscht sei. Die Veranstalter hatten den begründeten Eindruck, die AfD habe mitnichten die Absicht, die politischen Ziele der Veranstaltung zu unterstützen, sondern verstehe ihr Begehren zur CSD-Teilnahme nur als einen flüchtigen PR-Gag.

Ganz anders verhielt sich der FC Bundestag. Das ist auch ein Verein, und es gibt keineswegs irgendwelche Rechtsansprüche, dort für die Fußballmannschaft des Deutschen Bundestags als Abgeordneter mit aufzulaufen zu dürfen. Interessanterweise wurde der FC Bundestag und seine Haltung zu Kickern aus

den Reihen der AfD aber ein publizistisches Thema. Warum ist das ausgerechnet bei diesem Thema so? Weil es genau im Schnittpunkt von Alltag (Vereinsleben) und Fragen der politischen Repräsentation (Bundestag) liegt. „Über allem schwebt die Furcht, der AfD Steilvorlagen zu liefern, sich als Opfer zu stilisieren“, schreibt Javier Cáceres (Cáceres, SZ, 5./6./7.11.2018). Auch der FC Bundestag hat sich einen Wertekodex gegeben, zu dem „Toleranz, Respekt und Fairness“ gehören. Großes Interesse an Fußball äußert in der AfD nun ausgerechnet der Abgeordnete Sebastian Münzenmeier, der in erster Instanz wegen gefährlicher Körperverletzung bei einer Hooligan-Schlägerei für schuldig gesprochen wurde, wogegen er aber Berufung eingelegt hat. Kann man Einzelnen das Mitspielen verwehren und der Fraktion sagen, sie möge doch einen anderen ins Team schicken? Man könne ja vor einem Banner posieren, das die Aufschrift „Für Flüchtlingshilfe und gegen Rassismus“ trage, schlug der Grünen-Kicker Dieter Janecek im Deutschlandfunk vor. Außerdem soll ohnehin gegen Flüchtlingsmannschaften aus den Wahlkreisen der Bundestags-Kicker gespielt werden. Würde Münzenmeier da mitmachen wollen? Wenn so eine Mannschaft zu achtzig Prozent aus abgelehnten Asylbewerbern bestehe – dann nicht, beschied dieser. Der FC Bundestag fühlt sich schon als Repräsentant des Parlaments, dient den Mitgliedern aber auch als echte gemeinsame Freizeitbeschäftigung und damit eben auch dem fraktionsübergreifenden menschlichen Miteinander. André Hahn zum Beispiel, den Politiker der Linken,

... über den Christopher Street Day

... bis hin zum FC Bundestag

haben hier einige Mitspieler als Kumpel kennengelernt. Das färbt ab auf die politische Streitkultur. Im Juni 2018 erscheint dann im *ZEIT-Magazin* eine Langzeitbeobachtung aus der Nähe (Burger, *ZEIT-Magazin*, 14.6.2018). Sie zeigt, wie differenziert der FC Bundestag mit dem Problem der AfD-Kicker umgeht. Der Abgeordnete Müller wird wegen seiner Hetze gegen Flüchtlinge nicht aufgenommen, zwei andere aber doch, Münzenmeier hat keine Lust mehr. Auf dem Rasen hat nie einer der AfDler gestanden. Damit rechnet auch keiner mehr. Auch im niedersächsischen Landtag kicken Abgeordnete gemeinsam. Sie haben in ihren Kodex ein Zitat aus den Statuten des Deutschen Fußball Bundes (DFB) übernommen, dass man keine Diskriminierung dulde und Vielfalt fördern wolle. Ob mit Vielfalt auch Messerstecher gemeint seien, fragten zwei fußballaffine AfDler und weigerten sich den Passus zu unterschreiben. So manövrierten sie sich selbst ins Abseits.

Manches erledigt eben die Praxis, aber selten von selbst. Immer wenn die Frage steht „Mitmachen lassen oder nicht?“, ist dies nicht durch Routine zu beantworten. Die Mitglieder von Vereinen, Kuratorien, Initiativen, Veranstaltungen müssen sich Mühe geben. Es ist immer ein Stresstest für beide Seiten. Darum war der Einwurf von Lea Rosh, man möge die Möglichkeit prüfen, den Einzug der AfD ins Stiftungskuratorium juristisch zu verhindern, zwar verständlich, aber nicht klug. Denn dass die Mitglieder des Kuratoriums in der Lage sind, ihre erinnerungspolitischen Positionen auch gegen mögliche Einwände oder gar Attacken

der AfD diskursiv zu behaupten, sollte doch angenommen werden.

Ausgesprochen klug dagegen hat Volkhard Knigge, der Leiter der Gedenkstätte KZ Buchenwald agiert, als sich der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner zum Besuch ansagte. Er hat ihm einen Katalog klarer Fragen geschickt, die doch zu Beginn des Gesprächs geklärt werden sollten, bevor man über Details der Gedenkstättenarbeit sprechen könne. Brandner fragt zurück, warum „Linksextremisten“ wie der Chef der thüringischen Staatskanzlei, Benjamin-Immanuel Hoff, in Buchenwald Vorträge halten könnten und lehnte es ab, Gauland und Höcke zu interpretieren. Statt über die Gedenkstättenarbeit zu sprechen, sei er einer „Gesinnungsprüfung“ unterzogen worden, sagte er später etwas beleidigt, während Knigge der *Süddeutschen Zeitung* erläuterte, worum es ihm ging: Die AfD vernebele gerne, in welcher übler und gefährlicher Tradition sie stehe (Dirr, *SZ*, 10.8.2018).

Nur einmal hat sich ein führender Vertreter der deutschen Wirtschaft ähnlich geäußert. Nachdem Alice Weidel im Bundestag von „Kopftuch-Mädchen“ und „Messermännern“ geredet hatte, entgegnete Siemens-Chef Joe Kaeser auf Twitter: „Lieber ‚Kopftuch-Mädel‘ als ‚Bund Deutscher Mädel‘. Frau Weidel schadet mit ihrem Nationalismus dem Ansehen unseres Landes in der Welt. Da, wo die Haupt-Quelle des deutschen Wohlstands liegt.“ Kaesers Onkel wurde in Dachau ermordet, weil er sich weigerte, zur Hitlerjugend zu gehen. Er hat Chefs anderer Dax-Unternehmen auf eine gemeinsame Initiative angesprochen, erhielt aber nur

*Die deutsche Wirtschaft
schweigt*

Absagen – auch vom Weltkonzern adidas. Vermutlich will niemand potenzielle Kunden verprellen. Hier hat bisher kein Journalist Genaueres recherchiert.

Die Frage nach der Integration ist also, wie gesagt, immer ein Stresstest für beide Seiten. Immer wieder wird so die AfD vor die Frage gestellt, welche Werte und Normen sie denn zu akzeptieren gedenkt. Es liegt also auch eine Chance darin, sie zu einer Abkehr von extremistischen Positionen zu bewegen. Natürlich dürfen die entsprechenden Initiativen, Vereine, Organisationen sie dann auch auf die Probe stellen, ob sie die eigenen Bekenntnisse auch ernst nimmt.

Und was heißt das für den Journalismus? Berichten – und zwar möglichst präzise und zugleich einordnend. Vor Ort gehen, sich die Satzungen und Sitzungen anschauen und die Akteure – möglichst unabhängig von der jeweiligen politischen Konjunktur – beobachten und beschreiben.

Dabei sind die Sachverhalte natürlich von unterschiedlichem Gewicht. Der FC Bundestag ist weniger bedeutsam als das Kuratorium zum Holocaust-Mahnmal. Deswegen darf der Journalismus auch rote Linien ziehen, wenn er dies zu begründen weiß.

So ist unsere Erinnerungskultur eine große Errungenschaft, wenn sie klug vermittelt wird. Dann ist sie post-heroisch, weil sie das Selbstbewusstsein der Bürger herauslöst aus der nationalen Egozentrik einer vor allem auf Stolz und Ehre gegründeten nationalen Kontinuität. Man sollte diese natürlich in den Grundzügen kennen. Sie ist dann auch nicht moralinsauer,

kennt aber einen ethischen Imperativ: Nie wieder! Sie darf weder ethnisiert werden – also macht auch das türkischstämmige Mädchen mit bei der Klassenreise nach Buchenwald – noch ist sie das Projekt einer Generation – also gehört die Vermittlung entsprechender Kenntnisse und Didaktiken auch in die heutige Lehrerbildung. An beides darf auch der Journalismus erinnern.

Viele Initiativen, unbedingt mitmachen zu dürfen oder beteiligt zu sein, ergreift die AfD nur deshalb, um die Reaktionen darauf auszuschlachten. Darauf müssen alle Beteiligten gefasst sein. Immer wieder versetzt diese Frage aber auch die AfD selbst in eine echte Zerreißprobe – denn am liebsten sieht sie sich ja in der Rolle der fundamentalen Alternative, der Außenseiter, die alles anders machen wollen als die als „Altparteien“ gescholtenen Formationen. Deshalb lohnt es sich, genau hinzuschauen, bei welchen Themen der Drang zum Mitmachen besonders ausgeprägt ist.

3.4 Wenn's um Geld geht – 'ran an die Töpfe!

Zum Standardrepertoire von Populisten aller Couleur gehört der Vorwurf an die „Altparteien“, diese nutzten den Staat nur zur Selbstbedienung, wirtschafteten in die eigenen Taschen und demonstrierten so, wie marode das ganze System der Schein-Demokratie sei. Dieser Standards bedienen sich auch die Funktionäre und Redner der AfD gerne.

In seiner Eingangsrede zum AfD-Parteitag in Augsburg erklärte der AfD-Fraktionschef

Alexander Gauland, er fühle sich an die letzten Monate der untergehenden DDR erinnert und insinuierte eine Parallele zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Erich Honecker. Die AfD-Abgeordneten würden die „gesamte Demokratie-Simulation“ im Bundestag infrage stellen. Der gesamte Apparat, ein ganzes System müsse weg.

Als furchtbare Ausgeburt dieses Systems und Ausdruck der Selbstbedienungsmentalität der alten politischen Eliten wird am liebsten das System zur Parteienfinanzierung gescholten. Deswegen rühmt sich die AfD diesbezüglich gerne ein wenig der eigenen Cleverness, die ihr allerdings noch selbst auf die Füße fallen kann.

Im Jahr 2013 will die AfD schon 1,5 Millionen Euro durch Mitgliedsbeiträge eingenommen haben, ein Jahr später sollen sie auf 2,5 Millionen Euro angewachsen sein, zu denen – nach eigenen Angaben – noch Spenden in Höhe von 2 Millionen Euro hinzukommen. Sie nennt die ersten Großspender, darunter mit Hans Wall den König der Außenreklame, der 15.000 Euro gegeben habe. Für jede Wählerstimme gibt es die gesetzlich vorgesehenen staatlichen Zuschüsse und die AfD beginnt noch unter dem Vorsitzenden Bernd Lucke mit der kurios wirkenden Idee, Goldmünzen zu verkaufen, um eigene Einnahmen zu erwirtschaften. Denn ohne diese Einnahmen müsste die Partei auf Steuergelder verzichten.

Viel bedeutender aber ist ein Unterstützer-Verein, der den umständlichen Namen „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ trägt. Ein-

getragen ist er seit September 2016 mit dem Sitz in Stuttgart-Degerloch. Die Gründungsversammlung leitete Rolf Schlierer, ein alter Bekannter aus der rechten Szene, der sich bei den Republikanern einen Namen machte und eng mit dem „Studienzentrum Weikersheim“ verbunden ist. Dieser Verein will die „demokratische Debattenkultur“ fördern und soll „bewusst parteipolitisch ungebunden“ sein. Vorsitzender ist David Bendels, der wiederum bestens verdrahtet ist mit der Werbeagentur Goal des SVP-Politikers Alexander Segert in der Schweiz (vgl. Correctiv.org 2017).

Ohne die Unterstützung dieser Vereinigung, die offiziell angibt, völlig selbständig und unabhängig von der AfD zu handeln, hätte sich die AfD nie ihre aufwändigen Wahlkämpfe leisten können. Sie finanzierte die halbseitigen Anzeigen, mit denen Erika Steinbach ihre Unterstützung für die AfD bekundete, sie sorgte in den Landtagswahlkämpfen in Baden-Württemberg, dem Saarland und in NRW dafür, dass ein „Extrablatt“ in Millionenaufgabe erscheinen konnte, sie klebte in Bayern das Plakat mit der Behauptung, Franz-Josef Strauß würde heute AfD wählen. Die Funktionäre der AfD behaupteten, den Verein gar nicht zu kennen, fragten nach, wie der noch einmal heiße, und erklärten mit den handelnden Personen nichts zu tun zu haben. Dabei gab es Filmaufnahmen, die herzliche Begrüßungen dokumentierten, und der hessische Landesvorstand hatte David Bendels als Wahlkampfredner geladen. AfD-Chef Jörg Meuthen musste bald auch zugeben, dass die Werbeagentur Goal seine Homepage gestaltet hatte. Inzwischen wurden E-Mails bekannt, in

Illegale Parteienfinanzierung?

denen der AfD-Kreisverband aus dem bayerischen Rosenheim aktiv Materialien zur Wahlkampfunterstützung bei David Bendels bestellt hat.

Alles das ist äußerst brisant, denn es könnte sich um illegale Wahlkampffinanzierung handeln. Der AfD würden dann Strafzahlungen in Millionenhöhe drohen. Die Bundestagsverwaltung prüft die Vorwürfe.

Nach langem Zögern hat die AfD reagiert und der Bundeskasse 5.352,25 Euro überwiesen. Das soll der Gegenwert für die Homepage, Wahlplakate und Anzeigen für Jörg Meuthen sein. Weitere Prüfungen laufen. Seitdem bemüht sich die AfD um Distanz zu den treuen Unterstützern. Die Anwaltskanzlei Höcker empfiehlt der AfD eine Unterlassungsklage.

Ob Paul Middelhoff in der *ZEIT*, Sven Röbel und Melanie Amann im *Spiegel*, der Rechercheverbund von *Süddeutscher Zeitung*, *WDR* und *NDR* oder *frontal 21* – bei diesem Thema bleiben investigative Journalisten am Ball. Schließlich geht es darum, zu überprüfen, ob die für alle geltenden Regeln und Gesetze auch von der AfD eingehalten werden. Der Verdacht der Doppelmoral steht im Raum – die Saubermänner als Trickser, wenn es um Finanzen geht.

Interessanterweise wirken bei diesem Thema Journalisten bissiger als es die politischen Konkurrenten der AfD sind. Der Druck, sich nur ja inhaltlich auseinanderzusetzen und auf keinen Fall in den Verdacht zu geraten, der AfD mit juristischen Kniffen oder Formalien begegnen zu wollen, ist mittlerweile so hoch, dass viele Politiker von CDU, SPD, Grünen oder Linken sich kaum noch trauen, auf die dubiose Finan-

zierung der AfD hinzuweisen. Nur der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor bildet eine Ausnahme. Ganz bewusst begeben sich die AfD in eine Grauzone der Parteienfinanzierung, die Distanzierung von den finanzstarken Unterstützern sei „fadenscheinig“ und wenig glaubwürdig“ (Pittelkow u.a., *SZ*, 10.8.2018).

Die selbsternannten Außenseiter sind besonders schnell mittendrin statt nur dabei, wenn es um Geld geht. Zum Augsburger Parteitag, der die Einrichtung einer parteinahen Stiftung beschlossen hatte, lauteten dann auch die markanten Zeilen der Presseberichte entsprechend: „Gegen das System oder mittendrin?“, so der *Tagesspiegel* in der Unterzeile (Fiedler, *Tagesspiegel*, 2.7.2018). „Anders sein, aber lieber erst später“ überschreibt Jens Schneider seinen Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* und kommentiert bissig: „Ran an die Töpfe“ (Schneider, *SZ*, 2.7.2018).

Um nicht weniger als 70 Millionen Euro soll es gehen. Darum hatte die AfD einige Eile, eine eigene, parteinahe Stiftung ins Leben zu rufen. Denn die Erfahrung der anderen Parteien zeigt, dass es einige Jahre dauern kann, bis die Stiftung anerkannt ist und die Geldströme fließen. 581 Millionen Euro werden jährlich ausgeschüttet. Möglichst bald, aber spätestens ab dem Jahr 2022 will auch die AfD davon profitieren. Wie schaffte sie auf ihrem Augsburger Parteitag die Kehrtwende von der totalen Ablehnung dieses Systems, das als korrupt denunziert wird, zum fröhlichen Mitmachen? Man habe doch – daran erinnerten einige Redner in der Debatte – 2013 die AfD gegründet, weil man ganz anders sein wolle. Kurzerhand

wird die „Abschaffung des Stiftungssystems“ zum „politischen Endziel“ erklärt, an dem man nun erst einmal teilhaben müsse, um es besser bekämpfen zu können – schon aus Gründen der Chancengleichheit. Die Partei, die den anderen vorwirft, sich beim Staat zu bedienen, ist also besonders schnell und ungeniert mit von der Partie. Das ist wohl beides: Heuchelei und Anpassung.

Der Frage danach muss sich aber jedes AfD-Mitglied stellen. Sie kann für die AfD zu einer Zerreißprobe werden, denn am liebsten sieht sie sich ja in der Rolle einer fundamentalen Alternative, als Außenseiter, die alles anders machen wollen als die als „Altparteien“ gescholtenen Formationen. Aber wenn es ums Geld geht, heißt es eben: „Ran an die Töpfe!“

Relativ ausführlich berichtet wurde in der Presse über die inneren Streitigkeiten in der AfD, welche Stiftung denn nun den Zuschlag als „parteinah“ bekommen solle und mit welchem Personal. Einige verbliebene Wirtschaftsliberale in der AfD hätten wohl gerne die Hayek-Gesellschaft für sich vereinnahmt, die zwar ein Scharnier zwischen AfD und bürgerlicher Mitte bildet, aber in erster Linie als wirtschaftspolitischer Ideengeber agieren möchte. Alexander Gauland hätte für die AfD gerne den Namen des ehemaligen Reichsaußenministers Gustav Stresemann reklamiert, der für seine Politik des Ausgleichs berühmt wurde. Wichtig war der AfD auch das Personal. Erika Steinbach, die ehemalige Vertriebenen-Präsidentin und mittlerweile abtrünnige Rechtsauslegerin der Unionsfraktion, sollte als Aushängeschild gewonnen werden. Gauland kennt sie noch aus

der hessischen CDU. Nicht alle AfDler zogen da einfach mit. Zwischenzeitlich kursierte das Gerücht, sie trete vom Vorsitz der geplanten Stiftung zurück. Melanie Amann vom *Spiegel* verbreitete es und musste sich schnell korrigieren. „Absolute Falschmeldung!!“, hatte Erika Steinbach getwittert. Amann bedauerte, falschen Informationen aufgesessen zu sein. Das ist ein journalistisch sauberes Verhalten.

Was über Stiftungsstreit und Personalquerelen in der Öffentlichkeit weitgehend verlorenging, war eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen der Stiftung und den Namenspatronen. Wieder einmal bildete hier die *FAZ* die löbliche Ausnahme. Nachdem dort bereits im Januar der konservative Historiker Andreas Rödder „Stresemanns liberales Erbe“ (Rödder, *FAZ*, 26.1.2018) beschworen hatte, veröffentlichte sie am Samstag, dem 30. Juni 2018 – also pünktlich vor dem Augsburger Parteitag der AfD – auf der Seite 14 zwei große Aufsätze. Andreas Wirsching, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, erklärt gegen die „skandalöse Geschichtsklitterung“ der AfD das Wirken Gustav Stresemanns, der ein leidenschaftlicher Parlamentarier war. Die politische Vernunft sei für ihn eine zentrale Kategorie gewesen. Darum habe er es geschafft, dass Deutschland 1926 in den Völkerbund aufgenommen wurde. Als er den Friedensnobelpreis bekam, habe er sich endgültig die Feindschaft der nationalistischen Rechten zugezogen. 1929 habe er sich der völkischen Agitation gegen den Young-Plan entgegengestemmt und so der völkischen Rechten die Stirn geboten (Wirsching, *FAZ*, 30.6.2018).

*Gustav Stresemann –
Politiker der Vernunft
und des Ausgleichs*

Auf der gleichen Seite erklärt Nicolette Mout, die niederländische Historikerin, die sich führend der Herausgabe der Schriften des großen Humanisten Erasmus von Rotterdam widmet, dessen besondere Bedeutung als „zentrale Figur des frühneuzeitlichen Humanismus“. Dieser „Anwalt des freien Wortes“, der „über den Parteien seiner Zeit stand“, verstand „Toleranz“ vor allem als „religiöse Duldsamkeit“. Eiferer aller Art und Richtungen habe er abgelehnt. „Sein Vaterland war ganz Europa, sein Arbeitsfeld die Welt. Und für Patriotismus hatte er kein Gespür“, resümiert die Autorin (Mout, FAZ, 30.6.2018).

Wunderbar – und die AfD beschließt trotzdem, ihre von Erika Steinbach geführte Stiftung nach Desiderius Erasmus zu benennen. Über der Seite der FAZ mit den beiden zitierten Aufsätzen steht: „Eine Unverfrorenheit!“.

3.5 Gute Fragen, schlechte Fragen

Zu den schönsten journalistischen Formen gehört *das Interview*. Hier ist unmittelbare menschliche Kommunikation zu erleben. Die Rollen sind klar verteilt: Einer fragt, der andere hat zu antworten. Im Idealfall entwickelt sich ein flüssiges Gespräch. Es kann aber auch zäh sein wie ein alter Kaugummi und trotzdem gut, weil gerade diese Zähigkeit aussagekräftig ist. Hier ist jedes Gespräch in exakt diesem Ablauf einmalig. Und weil alle Menschen anders sind, sind Interviews auch so vielfältig. Ein Journalist kann sich gut vorbereiten, mögliche Antworten antizipieren, den Ablauf klug vorbereiten – und dann kommt es dennoch ganz anders. Eingeschrie-

ben in das Interview ist immer auch ein Wettbewerb zwischen Fragendem und Befragten. Ein Interview ist etwas Sportives. Darum sollte es so sein wie ein Sendungstitel, der zuspitzt: *hart, aber fair*. Interviews können besonders erhellend sein, denn es geht in der Regel um die Güte und Logik des Arguments. Gleichzeitig fühlen sich Zuschauer oder Zuhörer von Live-Interviews in die Rolle des Verhaltensforschers versetzt. Studien zu Reaktion und Schlagfertigkeit, zu Selbstbewusstsein und Charisma sind möglich. Deswegen können Interviews auch gleichzeitig besonders verschleiern. Nicht allein auf das Frage-und-Antwort-Spiel kommt es an, sondern auf das gesamte Setting. Das gilt natürlich alles nur für das Live-Interview.

Das gedruckte Interview ist eine völlig andere, selbständige Gattung. Natürlich liegt ihm auch ein Gespräch zugrunde. Es hat stattgefunden – so oder so ähnlich. Anklänge an die mündliche Form bleiben erhalten. Bis zum Druck hat es aber eine neue Formgebung erfahren. Das ist der Sinn der so genannten „Autorisierung“. Manche Publikationen – etwa die *taz* – mögen das nicht. Das Authentische gehe verloren. Nun kann das Formvollendete gegenüber dem Authentischen aber auch Vorteile haben: Klarheit statt Missverständnis, Strenge statt Schleifen, Verbindliches statt Gerede. Wer schon erlebt hat, was aus seinen Aussagen gemacht worden ist, wie sehr Journalisten sie nur einpassen in das, was sie ohnehin schreiben wollten, kann dieser Form durchaus etwas abgewinnen. Aber tatsächlich ist die „Autorisierung“ in der Regel ein Aushandeln: Wer will was unbedingt kommuniziert wissen?

*Von Kleber bis Walde
– Interviews als vergebliche Mühe und oder
wilder Tanz?*

Die Königsdisziplin bleibt aber das Live-Interview. Hier taten sich viele Journalisten anfangs schwer. Einige schafften es kaum, ihre Fragen loszuwerden, sondern ließen sich umstandslos auf das Terrain der AfD locken, also ging es nur noch um Flüchtlinge oder die Interpretation einzelner provokativer Zitate und Aussagen.

Legendär ist das Beispiel der bekannten Moderatorin Sabine Heinrich, die auf *WDR 2* am Tag nach der Wahl am 25.9.2017 den damaligen Fraktionsvorsitzenden der AfD im Düsseldorfer Landtag, Marcus Pretzell, zu interviewen hatte. Zu einem normalen Gespräch aber kam es kaum, nachdem sie gefragt hatte, was er tue, um sich von völkischen Positionen abzugrenzen. Er beharrte darauf, zunächst über das Gehalt des WDR-Intendanten Tom Buhrow sprechen zu wollen, bevor er weitere Fragen der Moderatorin beantworte. Die setzte ihre Befragung fort. Es entstand ein wildes Hin und Her. Der Moderatorin war keineswegs wohl zu Mute. Das Interview brach eher ab als dass es zu einem Ende kam. Entsprechend erntete sie auch bald einen lautstarken Shitstorm von AfD-Sympathisierenden. Es gab aber auch einige Hörer jenseits dieser kleinen Gruppe, die ihrem hartnäckigen Gesprächsversuch Respekt zollten.

Manchmal sind Interviews auch schief gegangen, weil die Interviewer zu unpräzise waren, sich zu sehr an einzelnen Vokabeln festbissen oder unbegründet ihre eigenen Urteile oder Unterstellungen walten ließen. Einige glaubten zum Beispiel, sie hätten Alice Weidel bei einem ungeheuerlichen Widerspruch erwischt, weil diese lesbisch lebt und dennoch

nicht progressiv ist, was doch eigentlich zusammengehöre. Gelegentlich ist es auch so, dass sich Interviewer einfach zu viel vornehmen. Am liebsten würden sie innerhalb von fünf Minuten die gesamte AfD in Grund und Boden entlarven, was natürlich scheitern muss. Wenn es in unserer ersten Studie hieß, dass kein spezieller Journalismus für die AfD nötig sei, sehr wohl aber eine Re-Formation der klassischen journalistischen Tugenden, dann gilt dies besonders für Interviews. Was eigentlich Standard sein sollte, bemerkt in der Konfrontation mit AfD-Politikern jeder Journalist: Man sollte gut vorbereitet sein. Man sollte auch damit rechnen, dass plötzlich Zahlen oder Fakten genannt werden könnten, die keineswegs gesichert sind.

Zur Glaubwürdigkeit des Interviewers gehört es, gleiche Standards anzuwenden. Natürlich liegt der Reiz von Interviews auch darin, dass sie so verschieden sind wie die Menschen selbst. Darum sind sie auch so wenig standardisierbar. Das Vorgehen, der Plan, die Fragen können von Interview zu Interview variieren. Was aber nicht sein darf: Mal den Pitbull geben und dann nur schmuse.

Und ein guter Journalist weiß, dass er nie ganz zufrieden sein darf. Auch am Interview, das gut gelaufen ist, gibt es noch etwas zu verbessern. Gute Interviews zu führen, ist ein ständiger Lernprozess.

Aus diesem Grund schauen wir uns im Folgenden einige Beispiele gelungener und misslungener Interviews an. In der Regel sind sie in den Mediatheken oder auf YouTube noch vorhanden, so dass sich jeder selbst ein Bild

Pitbull oder Schmusekatze?

machen kann. Die Wertung ist natürlich immer abhängig von der Zielstellung des Interviews und dem Kontext der Sendung. Damit kein Missverständnis aufkommt: Ein Urteil ist keine Verurteilung, auch gute Journalisten können schlechte Interviews führen. Nur andersrum geht es eher nicht.

Als Muster eines starken Interviews galt lange Zeit das denkwürdige Interview, in dem die BBC-Legende Tim Sebastian für die Sendung Conflict Zone der englischsprachigen *Deutschen Welle* kurz vor Ostern 2016 die damalige AfD-Chefin Frauke Petry mit harten Bandagen anging. Eine knappe halbe Stunde lang stellt er beharrlich harte, wohl vorbereitete Fragen. Oft attackiert er sie. Das Gespräch ist ertragreich. Einige feierten ein „grandioses Interview“, das sie in dieser Härte von deutschen Medien nicht gewohnt waren. Die AfD-Chefin sei „demontiert, auseinandergenommen und entlarvt“ worden (Jacobsen, www.meedia.de, 28.3.2016). Sebastian habe sie „zusammengefaltet“. Und tatsächlich lohnt es sich, dieses Interview genau zu studieren (Sebastian, Conflict Zone, www.youtube.com, 23.3.2016).

Denn bemerkenswert ist auch, wie wenig Frauke Petry die Contenance verliert und in einem ziemlich perfekten Englisch mal geduldig, mal etwas schnippisch antwortet. Und das ist der Einwand, den man gegen dieses Interview erheben kann. Es liest sich gedruckt besser als es anzuschauen ist. Denn das „Setting“ wirkt problematisch: Da rumpelt ein Bulldozer auf ein zartes Persönchen zu, das sich zu wehren weiß.

Weniger sportiv, bedeutend stärker von der Absicht geprägt, etwas zu erfahren als

zu entlarven, ist das ausführliche Gespräch, das der Dokumentarfilmer Stephan Lamby für seinen Film „Nervöse Republik“ mit Frauke Petry geführt hat (Lamby, *Nervöse Republik*, Ausschnitt: Interview mit Frauke Petry, www.daserste.de, 19.4.2017).

Hier ist die AfD-Chefin gelassener, weniger auf der Hut und erklärt ausführlich ihr Verständnis von Medien, diesen „Filter“ zwischen Politikern und den Menschen, den sie durch Social Media zu umgehen trachtet. Ohne Umschweife räumt sie ein, dass sie die Zuspitzung, ja Überspitzung, die Provokation, die „pointierte Darstellung“, wie sie es nennt, als „Stilmittel“ zum Generieren von Aufmerksamkeit gezielt einsetzt. Einen Bericht über einen AfD-Parteitag findet sie nur dann als angemessen und „neutral“, wenn er die Kriterien eines Protokolls erfülle. Sie lese die *BILD-Zeitung*, um zu erfahren, was die Leute denken und *Spiegel Online*, um mitzubekommen, was die Journalisten denken. Wer das Interview heute noch einmal anschaut, bemerkt auch schon, dass es Hinweise darauf gibt, dass sie gerne politisch mitspielen und nicht im Abseits verharren will. Ertragreich ist das Interview wahrscheinlich auch deswegen, weil seine Ausstrahlung in dieser Form nie geplant war, sondern lediglich als Material für den großen Dokumentarfilm dienen sollte.

Am 31. Januar 2018 berichten die ARD-Tagesthemen zunächst, dass drei Ausschüsse des Bundestags AfD-Politiker als Vorsitzende bekommen werden. Diese werden in einem kurzen Film vorgestellt. Der endet eigenartig: im Bundestag dürfe man „in gewissem Rahmen“

poltern, wenn man denn hinter verschlossenen Türen vertrauensvoll zusammenarbeite, so das Fazit. Im Anschluss daran spricht der anchorman Ingo Zamperoni mit der Ko-Fraktionschefin Alice Weidel (Zamperoni, www.youtube.com, Tagesthemen vom 31.1.2018).

Das Interview läuft in glatter Eleganz flüssig dahin, bringt allerdings auch nicht viele Erkenntnisse. Warum? Vom Einspielfilm ließ sich Zamperoni zu seiner Einstiegsfrage verlocken: „Hat die Partei nichts Besseres zu bieten?“, fragte er zu den gewählten Ausschussvorsitzenden. Weidel hob deren außerordentliche fachliche Qualifikation hervor, die Zamperoni ausdrücklich nicht in Frage stellte. Es gehe doch um „Anstand“, lautete sein Einwand und die anderen Parteien hätten durch die knappe Wahl einen „Misstrauensvorschuss“ abgegeben. So tue die AfD „den eigenen Leuten doch keinen Gefallen.“ Wieder betont Weidel deren fachliche Qualifikation und erklärte, dass ein „Misstrauensvorschuss“ durch andere Parteien ja nichts Neues, sondern geradezu typisch sei. Dass der Deutsche Anwaltsverein gerade eine scharfe Kritik an Stephan Brandner, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, wegen dessen Angriffen auf den Rechtsstaat geübt hat, murmelt Zamperoni mehr dahin als es der Fraktionschefin vorzuhalten. Von bösen Worten des Parteifreundes distanziert diese sich artig. Dann fragt Zamperoni noch zum „Hass“, vor dem im Bundestag die Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch am gleichen Tag im Bundestag gewarnt hatte. Mit „Hass“ will Alice Weidel selbstverständlich nichts zu tun haben. Auf Wiedersehen.

„Poltern“, „Anstand“, „Hass“ das sind die Schlüsselvokabeln. Man merkt, dass sie sich alle auf Formen beziehen, aber nicht mit konkreten Inhalten verbunden sind. Zamperoni fragt eigentlich immer nur, ob sich die AfDler auch ordentlich benehmen werden. Und Weidel – man mag es ihr glauben oder nicht – beteuert, die Partei werde selbstverständlich an ihren Überzeugungen festhalten, aber artig sein. Das ist auch der Grund, warum das Interview so blutleer wirkt: Als befrage der gutgekleidete Vertreter eines Benimm-Kurses gewollt streng eine recht biedere Kandidatin.

Zwar weniger flüssig, ja sogar mit einem richtigen Stolperer mittendrin, hat dagegen Claus Kleber dieselbe Dame zum Tanz gebeten: Am 24. Oktober 2017, also am Tag, als sie erstmals offiziell als Abgeordnete des Deutschen Bundestages agierte (Kleber, www.youtube.com, heute-journal vom 24.10.2017). Schon die erste Frage ist clever formuliert: „Wie haben Sie den Tag erlebt, als aufgenommen oder als ausgegrenzt?“ Das klingt freundlich und harmlos und zielt doch gleich mitten auf das AfD-Dilemma: Was soll sie sagen? Mit der Dialektik, dass auch das Dagegensein ein Mitmachen ist, kann sie ja schlecht kommen. „Konstruktiv“ sei es gewesen, antwortet sie. Dann kommen ein paar Fragen zum Poltern und zum Stil der Arbeit, wie sie auch Zamperoni vier Monate später ähnlich stellt. Und doch gibt es einen Unterschied. Kleber wird konkreter und fragt, warum der AfD-Fraktionsgeschäftsführer einen Vergleich zu Hermann Göring gezogen habe, der zudem sachlich gar nicht stimme. Dann geht es um den Kan-

Ein guter Einstieg?

didaten für den Vizepräsidenten des Bundestags, der ein „Islamkritiker“ sei und mit dem AfD-Programm übereinstimme. Der Islam fuße auf der Sharia und diese sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Kleber hat parat, dass sich der Zentralrat der Muslime schon vor 14 Jahren zum Grundgesetz bekannt habe. Von Muslimen eine Distanzierung von der Sharia zu fordern sei doch, als wolle man Christen den Katechismus nehmen, fragt er. Dann kommt der Stolperer. Der Vergleich scheint ihm doch zu gewagt und schnell schiebt er ein: „Ohne den Katechismus mit der Sharia vergleichen zu wollen“, obwohl er genau das gerade getan hat. Aber Kleber bringt so Weidel dazu, die ebenso abstruse wie grundgesetzwidrige Forderung zu erheben, dann solle doch jeder Muslim einen Eid auf das Grundgesetz schwören. „Nur der Muslim?“, hakt Kleber nach. „Richtig“, antwortet Weidel kraftvoll. Schon weil es gelungen ist, ihr dies zu entlocken, hat sich das Interview gelohnt. Kleber fragt dann noch zu den Ausschüssen und zur Fraktion. Woran liege denn der niedrige Frauenanteil von gerade einmal zehn Prozent? Das „lag an den Bewerberzahlen“ ist Weidels nicht gerade tiefeschürfende Antwort. Kein perfektes, aber ein gutes Interview. So kann man es machen.

Wirklich überfordert war dagegen Jana Pareigis, Moderatorin im ZDF Morgenmagazin, als sie Alexander Gauland zum umstrittenen Tweet von Beatrix von Storch (siehe Abschnitt 3.1) vernehmen wollte. Sie hatte sich wohl vorgenommen, streng und hartnäckig nachzufragen (<https://www.youtube.com/watch?v=GkmGkus7hDk>: leider ist das Video aktuell nicht

mehr verfügbar). „Volksverhetzung“, sagt sie immer wieder energisch, hat genau vorbereitet, um welche Paragraphen es geht und will Gauland zur Distanzierung zwingen. Der tut etwas verdattert, als wisse er nicht recht, worüber diese Dame überhaupt sprechen will. „Ich sehe keine Volksverhetzung“, sagt er nur immer wieder und erklärt das rechtsstaatliche Prinzip, dass für solche Urteile doch wohl „deutsche Richter“ zuständig seien. Es ist als würde mit verteilten Rollen Schnick-Schnack-Schnuck gespielt, mit Jana Pareigis als Schere und Gauland als Stein. Die eine wird bald stumpf, der andere bleibt ungerührt wie ein Fels.

Im *Mittagsmagazin* will der Moderator Sascha Hingst es offenbar ganz anders machen (Hingst, www.ardmediathek.de, *Mittagsmagazin* vom 4.1.2018). Wie ein flotter Quizmaster wirft er dem etwas langsameren älteren Herren Fragebälle zu, die etwa lauten: „Was ist für Sie rechts?“ Und Gauland erklärt das dann geduldig. Rechts ist zunächst ein Begriff der „politischen Gesäßordnung“, erläutert er, nehme man ihn aber ernst, bedeute er, dass politische Leitlinie vor allem die Freiheit sei, während es bei „linker Politik“ immer vorrangig um die Gleichheit gehe. Er sehe sich auch eher als Vertreter der freiheitlichen Politik. Ähnlich erläutert er noch die Begriffe „national“ und „konservativ“. Das Interview, das stehend absolviert wird, ist kurz, das Tempo schnittig, aber die Gesprächsführung eröffnet nur einen Raum für die Selbstdarstellung des Politikers. So geht es nicht.

Einen großen Fragenkatalog hat auch der WDR-Journalist Philipp Menn mitgebracht und

auch er zeigt in seiner Gesprächsführung, dass er gewillt ist, ihn zügig abzuarbeiten. Dennoch ist sein Gespräch mit Alice Weidel, die er am 13. Juni 2018 in das halbstündige Format *Eins zu eins* des WDR an den Tisch gebeten hat, von ganz anderem Kaliber. Menn moralisiert nämlich nicht, sondern zeigt sich tatsächlich interessiert an der Politik der AfD und an der Person Alice Weidel. Im Gespräch gibt es immer wieder Tempowechsel: ruhigere Phasen und schnellen Schlagabtausch. Wie es sich gehört, ist der Interviewer gut vorbereitet. Er kennt nicht nur das Programm der Partei, sondern auch alle Details der so genannten „Schnittchen-Affäre“ der Fraktion. Er weiß, dass bereits von fünf Abgeordneten die Immunität aufgehoben wurde und ist präzise. Als sie bejaht, dass sie dem Wort ihres in erster Instanz verurteilten Fraktionskollegen Sebastian Münzenmaier glauben würde, selbst wenn dieser verurteilt würde, beharrt Philipp Menn nicht darauf, sondern gibt ihr die Chance, dann zu relativieren, dies sei ja ohnehin eine hypothetische Frage. So funktioniert es: hart, aber fair. Ausdrücklich will Menn das Gespräch nicht auf Flüchtlingsthemen und Nationalsozialismus-Analogien verengen. Aber Weidel will unbedingt loswerden, alles sei eine „Rufmordkampagne“ gegen Gauland. Als Weidel behauptet, Gauland habe sich für die „Vogelschiss“-Äußerung längst entschuldigt, korrigiert er, das habe sich nur auf die Wirkung bezogen. Wir erfahren, dass Maggi Thatcher Weidels politisches Vorbild ist, sie an Jesus Christus glaubt und Probleme hat, der Fußballnationalmannschaft zu applaudieren, „solan-

ge man Gündogan und Özil zulässt“. Interessant wird es, wenn sie längere Erklärungen abgeben darf, etwa zum G-7-Gipfel. „Warum nicht G-8?“, fragt sie, „Russland gehört dazu“ und Deutschland solle ein „neutraler Mittler“ sein. Trump habe doch eine umfassende Freihandelszone vorgeschlagen, worauf keiner eingegangen sei. Überhaupt Trump. Weil der Interviewer ihr den Raum lässt, kommt Alice Weidel regelrecht ins Schwärmen: „Ich bin mit Donald Trump sehr zufrieden“. Er würde „Frieden stiften“ und zugleich „die Sicherung der Außengrenzen“ ernst nehmen. Er habe es geschafft, „gegen das gesamte mediale Establishment“ das „ganze Gefüge auf den Kopf zu stellen“. In den Wortgefechten mit Hillary Clinton – die habe sie oft sogar zweimal studiert, um daraus zu lernen –, sei Trump „sehr sachlich“ gewesen. Einige politische Sachprobleme werden dann stichwortartig durchgegangen. Mindestlohn? Wichtig sei Steuerentlastung. Pendlerpauschale? „Ganz ehrlich: nicht nötig.“ Bürgerversicherung? Erstmal habe man verschiedene Rentenkonzepte, gegen Höckes Pläne habe sie einen „Finanzierungsvorbehalt“. Freier Zugang zu Schusswaffen? „Keine Haltung“. Doch, sagt Menn, im Programm werde dieser gefordert. Dann kommen einige, aber nicht indiskrete Fragen zum Privatleben und am Ende wird es noch einmal heftig. Der Interviewer verliert eine E-Mail, die von Weidels account stammen soll, in der die Regierungsmitglieder als „Schweine“ und „Marionetten der Siegermächte“ bezeichnet werden und Deutschland als „nicht souverän“. Weidel will sich dazu nicht äußern. Alles sei gesagt.

*Alice Weidel
zufrieden mit Trump*

Menn beharrt aber auf Auskunft, was jedoch nicht verboht wirkt, weil er Alice Weidel vorher so viel Raum gelassen hat. Ein klares Format, ein gutes Interview – in Themensetzung und Timing.

Ein ähnliches Konzept wie Menn verfolgt auch Thomas Walde, Moderator aus dem ZDF-Hauptstadtstudio, der in der Reihe Sommerinterview den Fraktionschef Alexander Gauland am Seeufer in dessen Wohnort Potsdam befragte (Walde, www.youtube.com, Sommerinterview vom 12.8.2018).

Viel wurde anschließend darüber geschrieben. „Das war wunderbar entlarvend, weil Waldes Befragung zeigte, wie alt die AfD aussieht, wenn es nicht um Zuwanderung und Integration geht, sondern um viele weitere zentrale Themen“, schrieb der Mediendienst *DWDL*, dem Walde lapidar beschied: „Ich wollte Herrn Gauland mal nach etwas anderem befragen.“ „Da kann ich Ihnen im Moment keine Antwort darauf geben“, sagte Gauland gleich mehrfach. Mit dem Klimawandel ging es los: „Ich glaube nicht, dass es gegen den Klimawandel irgendetwas gibt, was wir Menschen machen können.“ Den Rest fasste der Medienkritiker Stefan Niggemeier so zusammen:



Ähnlich sieht es der Journalist Hanning Voigts und twittert:



Hinterher hat sich Alexander Gauland beschwert, dass er zu hart befragt worden sei, was besonders kleinmütig wirkt. „Journalismus“, kontert Walde und hat Recht. Auch seine Sommerinterviews mit den Parteichefs Christian Lindner oder Bernd Riexinger sind nicht anders. Nur wirkten diese Gesprächspartner nicht so eigenartig lasch wie Alexander Gauland. Die mögliche politische Wirkung kommentiert Detlev Esslinger realistisch: Gauland vermittele „den Eindruck, zu all diesen Themen aus exakt einem Grund nichts sagen zu können: weil er sich nie damit beschäftigt hat. Eigentlich ist dies unfassbare Arroganz. ... Eigentlich. Doch wer mit dieser Hoffnung (die Leute kapieren, wer ihr Sachwalter ist) den nächsten Umfragen entgegensieht, wird wohl eine Enttäuschung erleben“ (Esslinger, *SZ*, 14.8.2018). Das stimmt. Aber auch guter Journalismus kann nur diejenigen zur Meinungsbildung anregen, die das auch wollen.

Die Datenjournalisten von *einfacherdienst* haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Themensetzung von Walde für die Sommerinterviews untypisch war. Ausgerechnet mit der AfD hatte dieser kaum über die „Flüchtlingskrise“, also „deren“ Thema gesprochen, während es ansonsten die Sommerinterviews dominierte (www.einfacherdienst.de).

Das ZDF-Sommerinterview mit Alexander Gauland

Generell ist es richtig und durchaus im Interesse der Wähler, die AfD nicht vor allen Dingen zu „ihren Themen“ zu befragen, sondern als Kraft ernst zu nehmen, die zu vielen politischen Feldern Alternativen anzubieten gedenkt. Falsch wäre aber, die AfD in Zukunft ausschließlich zu Klima, Rente, Digitalisierung oder Wohnungsbau zu befragen.

Wie es sein kann, wenn man mit deren Vertretern durchaus auch über Nation, nationale Identität, deutsche Kultur und Geschichte streitbar spricht, hat Michael Köhler im *Deutschlandfunk* in zwei langen Interviews mit Marc Jongen vorgemacht (Leider sind beide im Audioarchiv nicht mehr nachhörbar.). Wer sich darauf aber einlässt, sollte beispielsweise wissen, dass die Bürger zum Hambacher Fest 1832 nicht nur die schwarz-rot-goldene Fahne als Zeichen ihres Willens zur nationalen Einheit, sondern als Zeichen der Freiheit auch die französische Trikolore mitgeführt haben. Und wenn es um die deutsche Gegenwartskultur geht, darf man die AfD ruhig nach Feridun Zaimoglu oder Fatih Akin fragen.

Auch die Talkshows sind wegen ihrer immer wieder festzustellenden Fixierung auf das Themenfeld Migration und Flüchtlinge schon oft kritisiert worden. Das ist kein „Einschlagen“ auf das Format, wie Anne Will vermutet, sondern nur die Reaktion der Kritiker auf die überzogene Bedeutung, die die Programmverantwortlichen dieser einen Form des politischen Journalismus zubilligen. Auch die Frage nach dem „Framing“ – also der Suggestion von Kontexten – wird zurecht gestellt. Es ist das Verdienst von Elisabeth Wehling dafür sensi-

bilisiert zu haben. Wenn immer wieder gefragt wird, ob und was die „Flüchtlingswelle“ mit Kriminalität zu tun habe, dann liest der Zuschauer das Fragezeichen auf Dauer einfach nicht mehr mit.

Einen bemerkenswerten Umgang mit seinem Gast von der AfD legte der *Hart, aber fair*-Moderator Frank Plasberg am 28.8.2017 an den Tag. Eigentlich sollte es um Außenpolitik gehen. Geladen waren neben Alexander Gauland von der AfD auch Jürgen Trittin (Grüne), Norbert Röttgen (CDU) und die ARD-Korrespondentin Ina Ruck. Da aber Alexander Gauland kurz zuvor geäußert hatte, er wolle die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, „in Anatolien entsorgen“, wollte er nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. 28 Minuten lang schwang sich der Moderator zum Ankläger auf und gab Alexander Gauland so hinreichend Gelegenheit, sich umständlich zu rechtfertigen. Die anderen Gäste, die doch zum Thema durchaus etwas hätten sagen können, blieben zum Schweigen verurteilt. Als Gauland dann mit seiner „Vogelschiss“-Äußerung erneut ausfällig wurde, war es Plasberg, der sofort erklärte, ihn nun nicht mehr in seine Talkshow einzuladen. Das ist eine Demonstration, wie es nicht gemacht werden sollte: Erst die große Bühne bereiten und dann den Vorhang zuziehen. Gerade den Talkshows fehlt es oft an innerer Balance.

Generell aber gilt für die Sendungen mit Vertretern der AfD: Nach anfänglicher Unsicherheit gibt es inzwischen einige Erfahrungen, vor allem, wenn es um Interviews geht. Das ist eine Normalisierung, die aber auf keinen

Fall zu Schematismus führen darf. Dem unterliegen die Talkshows häufig. Das Interview bleibt eine besonders schöne Form, eben weil da zwei Menschen in klar definierten Rollen interagieren. Aus dieser Reibung können Funken schlagen.

3.6 Wer seid Ihr? Und wenn ja, wie viele? Portraits und Berichte

Was immer interessieren wird – so trösten sich Journalisten aller Gattungen –, sind Geschichten über Menschen. Das Handeln und die Verantwortung des Einzelnen sind die Basis aller Politik. Darum ist es auch kein Wunder, dass sich auch in der Demokratie die Bürger sehr dafür interessieren, wie Politiker als Menschen sind. Das muss kein unterwürfiger Blick nach oben sein, obwohl auch Politiker heute in Boulevard-Medien oft als „Promis“ wie Schlagersänger oder Fußballstars gehandelt werden. Das muss auch nicht immer allein eine Personalisierung politischer Konflikte sein. Was einen Menschen antreibt, was ihn prägt, wie er sich äußert – das möchten viele gerne wissen.

Das gilt auch für die Politiker der AfD. Was sind das für Menschen, die sich da engagieren, nach Ämtern und vielleicht auch nach Macht streben, die sich als Stimme des Volkes verstehen, aber gewiss doch auch eigene Ambitionen verfolgen?

Das Portrait ist das journalistische Genre, das auch in der Berichterstattung über die AfD immer wieder gerne, wenn nicht sogar am häufigsten anzutreffen ist. Auf jeden Fall kann je-

der, der gerne mehr über die Menschen wüsste, die in der AfD etwas zu sagen haben, sich ausführlich informieren.

Ende August noch hat Maria Fiedler auch ein Nicht-AfD-Mitglied portraitiert, das „Hirn der Bewegung“, den Verleger Götz Kubitschek, der sich gerne als intellektuelles Zentrum im Netz der Neuen Rechten vorstellen lässt (Fiedler, Tagesspiegel, 28.8.2018). Melanie Amann hat sich im *Spiegel* viele Gedanken darüber gemacht, wie ausgerechnet der saturierte Konservative Alexander Gauland zur agitierenden Integrationsfigur des „gärenden Haufens“ AfD werden konnte. „Die AfD“, erklärt sie, „ist das Vehikel von Gaulands später Popularität, die Partei gibt ihm jene Anerkennung, die ihm die Merkel-CDU verweigerte“ (Amann, Spiegel, 7.4.2018). Gerne würde er heute erzählen, so weiß die *Süddeutsche Zeitung*, wie er von seinem damaligen Mentor Walter Wallmann zu hören bekam, „dass ihm zum Politiker der ersten Reihe das Talent fehle, er nicht mit einfachen Leuten könne“ (Schneider u. a., SZ, 2./3.10.2017).

Schräge Typen werden portraitiert, wie Arthur Wagner, der zum Islam konvertierte (Metzner, Tagesspiegel, 1.2.2018), oder „der smarte Anton“ und der „wilde Waldemar“, die Russland-Deutschen Anton Friesen und Waldemar Herdt (Wehner, FAZ, 31.3.2018), sowie der fundamental-oppositionelle „kleine, dicke Anwalt“ Jürgen Pohl. Oder solche, bei denen die AfD-Mitgliedschaft auf den ersten Blick verwundert, wie Harald Weyel, der „einzige farbige Politiker der AfD“ (Lau, ZEIT, 16.11.2017). Portraits gibt es auch, wenn sich einer der Abge-

ordneten als besonders krawallig hervortut wie Jens Maier, der den Sohn von Boris Becker via Twitter als „kleinen Halbner“ beschimpfte. „Der Richter und seine Henker“, nannten Justus Bender und Markus Wehner ihren aus diesem Anlass erfolgten Blick hinter die AfD-Kulissen und spielten damit auf Maiers berufliche Tätigkeit als Richter am Landgericht Dresden an (Bender/Wehner, FAZ, 5.1.2018).

Es gibt Portraits von Markus Frohnmaier und Hans-Thomas Tillschneider, von Stephan Brandner und Gottfried Curio, dem schärfsten Redner der AfD im Bundestag, der gerne eingängig formuliert. „Masseneinwanderung heißt auch Messereinwanderung“ – das ist von ihm. Als die AfD ihren Ausschussvorsitzenden Peter Boehringer als fachlich hoch kompetenten Wirtschaftswissenschaftler vorstellt, beschreibt die FAZ die dubiosen Goldgeschäfte des „Goldjungen“ (Bender, FAZ, 24.1.2018).

Und schon sehr früh hat die im *Tagesspiegel* für die AfD-Berichterstattung zuständige Redakteurin Maria Fiedler in Thüringen der ungebrochenen Popularität des Nationalisten Björn Höcke nachgespürt (Fiedler, *Tagesspiegel*, 29.11.2017). Er sei gar kein so gewiefter Machtstratege, vermeide es auch, auf der nationalen Ebene für Ämter zu kandidieren, weil er da verlieren könne, was seinem Nimbus schaden würde. Seine unbestrittene Führungsrolle beruhe vor allem auf der Bewunderung seiner Anhänger. Im Unterricht – so berichten ehemalige Schüler – habe er immer ganz fasziniert von der Massentheorie Gustave Le Bons erzählt, heute beharrt er darauf, dass die AfD

eine „Bewegungspartei“ bleiben müsse, was von den Pegida-Leuten oft begeisterter aufgenommen werde als von der eigenen Parteiführung. Vor allem aber denkt Höcke immer einen Schritt weiter als die anderen. Jetzt will er mit Forderungen nach höheren Renten und mehr sozialer Gerechtigkeit, die allerdings nur für Deutsche gelten soll, die AfD in Ostdeutschland zu einer national-sozialen Volkspartei machen. Er ist ein Stratege. Als er in Augsburg beantragte, den nächsten Parteitag ausschließlich zu sozialen Themen zu veranstalten und unbedingt in Ostdeutschland tagen zu lassen, wusste ihm keiner etwas entgegenzusetzen.

Viel mediale Beachtung fand, dass das Landesschiedsgericht seiner Partei ein Ausschlussverfahren niederschlug, das der Bundesvorstand noch unter der Ägide von Frauke Petry in Gang gesetzt hatte. Oft herrschte in diesen Berichten ein Duktus der Empörung. Völlig entgegengesetzt und mit nüchterner Klarheit kommentierte Christian Bommarius den Vorgang für die *Süddeutsche Zeitung*: „Die Antwort hat das Schiedsgericht in lobenswerter Klarheit gegeben: Höcke habe mit seinen Äußerungen – unter anderen hatte er das Holocaust-Mahnmal in Berlin als ‚Mahnmal der Schande‘ verhöhnt – nicht gegen die Grundsätze der Partei verstoßen. Das ist nur allzu wahr“ (Bommarius, SZ, 12./13.5.2018).

Was die Portraits angeht, ist die Berichterstattung über die AfD mindestens ausreichend und auch überaus kompetent. Das mag auch daran liegen, dass es zwar nicht einfach ist, gute Portraits zu schreiben, die Recherche aber nicht übermäßig kompliziert ausfällt. Man be-

*Wenig ausgeleuchtet:
Das AfD-Umfeld*

obachtet, man notiert, man liest alles über den zu Portraitierenden und spricht mit ihm.

Bedeutend schwieriger ist es da schon, Hintergründe heraus zu bekommen und z. B. die Szene der Rat- und Ideengeber für die AfD auszuleuchten. Was war genau los in den Gesprächen, die der ehemalige oberste Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen mit Frauke Petry und Alexander Gauland führte? Ist der Dresdener Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt, der auch als Festredner bei den Burschenschaften auftritt und seit Jahren die Union mahnt, ihre „Repräsentationslücke“ auf dem rechten Flügel zu schließen, wirklich nur ein AfD-Versteher oder reicht sein Einfluss nicht doch weit hinein in den so genannten realpolitischen Flügel dieser Partei? Wer berät noch die AfD? Wie weit sind die Kontakte zur Landtagsfraktion der CDU in Sachsen und Sachsen-Anhalt gediehen? Hier fehlt es an journalistischen Spürnasen.

Und noch ein Mangel ist zu beklagen, dabei wäre der ohne besonderen Aufwand zu bewältigen: Es gibt einfach zu wenige, anschauliche Berichte von vor Ort.

Das ist eigentlich die Chance für die regionalen Zeitungen. Das will der Leser doch wissen: Wie sieht es aus auf einer AfD-Veranstaltung? Wie treten die örtlichen Kandidaten dieser Partei auf? Was versprechen sie, was werden sie gefragt? Wie berichten die gewiefteren AfD-Leute aus dem Bundestag? Welche Leute gehen da überhaupt hin?

Einschätzungen gibt es genug. Immer wieder gibt es auch in der überregionalen Presse Überblicks-Geschichten zur Lage in Bayern. Kritisch wird diskutiert, ob oder wie sehr die

Taktik der CSU der AfD in die Hände spielt, wie diese immer selbstbewusster wird, weil die AfD behaupten kann, sie werde halten, was die CSU nur verspreche.

Aber der einfache, aber genaue Bericht aus der Nussschale, der fehlt oft. Mustergültig springt die überregionale FAZ in diese Lücke, die die regionale Presse lässt. Aus dem kleinen Ort Mittelherwigsdorf in der Oberlausitz berichtet der Reporter Stefan Locke von einer Veranstaltung namens „Bundestagsfraktion vor Ort“ (Locke, FAZ, 23.6.2018). Im Gasthof „Zum Gütchen“ haben sich rund hundert Leute, meist Männer jenseits der fünfzig, versammelt, und auf dem Podium sitzen gleich vier Bundestagsabgeordnete der AfD, die anekdotenreich erzählen, wie man sich ein Politikerleben in der Hauptstadt vorzustellen habe. „Wir sind die beliebteste Partei im Bundestag“, sagt der Malermeister Tino Chrupalla, der dem CDU-Wahlkreisinhaber Michael Kretschmer das Direktmandat weggeschnappt hatte, „alle beschäftigen sich ständig mit uns, und das ist richtig gut.“ Jens Maier vergleicht unter Beifall Angela Merkel mit Walter Ulbricht, und gleich in der ersten Frage aus dem Publikum geht es um das Thema Asyl. Es gebe da einen Plan, Deutschland mit Flüchtlingen zu fluten, um es einzuhegen, heißt es raunend in der Antwort, die dann schnell wieder bei dem Diktum landet, dass auf jeden Fall Merkel die größte Gefahr sei und unbedingt weg müsse. Die Redner genießen ihren Heimvorteil. Hier bekam die AfD bei der Bundestagswahl mehr als vierzig Prozent.

Auch im hessischen Bad Homburg, einer der reichsten Kommunen Deutschlands, spricht

MdB Christian Wirth vor allem zu Gleichgesinnten, die sich im Bürgerhaus Kirdorf versammelt haben. Es ist eine Einladung des AfD-Kreisverbandes. „Der meistgehasste Mann auf der Welt ist der deutsche Mann. Der weiße Mann“, ruft er seiner Zuhörerschaft zu. Die „Menschenflut“ habe begonnen, so referiert er, als Deutschland „zwei Millionen muslimischen Glaubens importierte“. Eine „Umvolkung“ sei das, um „die Nationalstaaten zu zerstören“. Wenn Deutschland nicht aufpasse, werde es zu einem Dritte-Welt-Land. Er fürchte um die Sicherheit seiner Töchter. „Der Fisch stinkt vom Kopf an“, formuliert er etwas eigensinnig und meint: Schuld an allem sei die Bundeskanzlerin. Er habe auch ausländische Freunde, sagt Wirth. Gegen die habe man ja nichts, aber die Muslime: „Das liegt in deren Religion. Die werden sich hier nicht integrieren.“ Das ist der normale Ton der AfD. „Man könnte es geistige Brandstiftung nennen“, resümiert der Reporter (Staib, FAZ, 2.8.18).

Solche Berichte sind wichtig, um sich tatsächlich ein Bild machen zu können von der alltäglichen Politik in jenen rechten Teilen des Landes, die dem urbanen Großstädter in der Regel verborgen bleiben.

3.7 Entgrenzung, rechter Rand und rote Linien. Von der Kraft der Gegenrede

Die AfD ist keine neonazistische Partei. Sie ist auch keine NPD mit Hundeschlipsis. Aber auch die Charakterisierung allein als „Chamäleon-Partei“ ist nicht präzise. Sie besagt ja nicht, zwischen welchen Farben sie changiert. Die

AfD ist rechts, sie ist nationalistisch und in Inhalt und Stilistik populistisch. Laut Programm ist sie für das Asylrecht. Auch wenn die Repräsentanten der Partei regelmäßig das Gegenteil suggerieren, im Programm steht nicht, dass der Islam notwendigerweise integrationsfeindlich sei oder mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. An mehreren Stellen steht im Programm die weichere der denkbaren Versionen. Nun kann man dies als Heuchelei abtun, aber die ständige Berufung auf das Grundgesetz und den Rechtsstaat trägt auch dem Bestreben Rechnung, in die bürgerliche Mitte hineinzuwirken.

Dem entspricht auch die Mitgliedschaft. Auf den Parteiversammlungen trifft man auf pensionierte Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmensberater, Steuerberater, kleine Selbständige mit oft recht kargen Einkünften und auf einige Polizeibeamte – Männer zumeist, viele etwas älter. Auch wer gegen die „Umvolkung“ wettet oder den „Gender-Wahn“ anprangert, toleriert farbige Abgeordnete in den eigenen Reihen und bejubelt das Outing von Alice Weidel, die ihre harten Attacken auf den Islam persönlich mit ihrer lesbischen Lebensweise motiviert. Es gibt AfD-Mitglieder, die früher in der CDU, der SPD oder der FDP waren. Einig sind sie sich meist darin, jedes Argument gegen die AfD als Diffamierung zurückzuweisen. Auch wenn sie sich individuell schon einmal von „Ausrutschern“, einzelnen Aussagen, von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit distanzieren, verteidigen sie meist, dass so etwas doch ruhig einmal gesagt werden dürfe und stehen als Partei unbedingt zusammen. AfD-Mitglieder fühlen sich unter einem Meinungsdruck von außen,

weswegen jede Entgrenzung im Inneren der Partei als Freiheit toleriert wird.

Das ist das Fenster der Gelegenheit für alle rechtsextremistischen Positionen und erfahrenen Kader aus der Szene der Neuen Rechten. In der AfD bewegen sie sich wie der Fisch im Wasser. Wer immer für irgendein Amt bei der AfD kandidiert, muss seine Mitgliedsbeiträge bezahlt haben und beichten, welcher Organisation er noch angehört oder früher angehört hat. Benennt dann ein Kandidat etwa die NPD, hat er keine Chance, zur Kandidatur zugelassen zu werden. Die AfD achtet sehr darauf, diese Fassade aufrecht zu erhalten. Aber schon in der zweiten Reihe, bei den Mitarbeitern und Mitarbeitern, bei den Referenten und im Apparat der Bundestagsfraktion sieht das ganz anders aus (Gürgen u. a. 2018).

Entgrenzung nach Rechtsaußen schafft Mobilisierungserfolge?

So gerne die AfD sich als „konservativ“ bezeichnet, so sehr einige der Mitglieder das auch glauben mögen, treffender als Charakteristikum der AfD ist doch das Doppelleben von Biedermann und Brandstifter. Es ist stets eine Einheit: Erst kommt die Provokation, dann wird eine relativierende Erklärung nachgeschoben, erst kommt die Unverschämtheit, dann folgt die Entschuldigung.

Nicht nur der so genannte „Flügel“ ist rechts-nationalistisch. Das ist auch das AfD-Programm. Der „Flügel“ aber und sein Exponent Björn Höcke verbinden diese Position mit einer offenen Entgrenzung hin zum Rechtsextremismus. Wenn er das Holocaust-Mahnmal in bewusster Doppelbödigkeit als „Denkmal der Schande“ angreift und eine „180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik“ fordert, dann öffnet

er die AfD hin zum Rechtsextremismus. Aus sich selbst heraus ist die AfD weder willig noch fähig, hier klare Grenzen zu ziehen. Der Grund ist einfach: Nicht wert-konservative etablierte Bürger, sondern die wilden Wutbürger sorgen für Mobilisierungserfolge. Nicht trotz, sondern wegen der Entgrenzung nach Rechtsaußen rekrutiert die AfD eine Anhängerschaft, die sich auch engagiert. Der Aktivismus ist rechtsaußen angesiedelt. Nur diese Leute bringen die AfD auf die Straße. Nur sie demonstrieren Kraft und Dynamik. Das sieht man auch auf den Parteitagen, wo besonnene Kräfte kaum argumentative Chancen gegen die Radikalen haben. Oft ist deren einziges Argument die Außenwirkung.

Alexander Gauland weiß um die Kräfteverteilung in seiner Partei. Er ist auf Björn Höcke und die Seinen angewiesen, die er gleichzeitig „füttert“ und domestizieren will. Deswegen legt er seine schützende Hand über den „Flügel“, der die AfD in Bewegung hält. Höcke versteht die AfD als „Bewegungspartei“ mit Pegida als außerparlamentarischem Arm. Alle Abgrenzungsbeschlüsse sind deswegen auch Schall und Rauch. So prägt der „Flügel“ die Partei, auch wenn er nicht unbedingt fähig ist, Mehrheiten zu erringen. Björn Höcke ist vor allem ein Ideologe, der nicht unbedingt auf Funktionen innerhalb der AfD angewiesen ist. Anders sein Weggefährte André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt: Er ist eher der Typus des Politikers. Ernsthaft verfolgt er das Ziel, erster Ministerpräsident der AfD zu werden. Darum hat er sich inzwischen offiziell vom „Flügel“ verabschiedet.

Warum ist dieser Blick ins Innere der AfD notwendig? Um zu verstehen, dass rechtsradikale Reden, geschichtsrevisionistische Provokationen oder rassistische Tweets keine „Ausrutscher“ sind, sondern zum Wesenskern der AfD gehören.

Es gehört zu ihrem Wirken als „Alternative“, das bisher Unsagbare auszusprechen und so hoffähig zu machen, die deutsche Erinnerungskultur (siehe Kap. 1.3 und besonders Abschnitt 5.2) grundsätzlich zu erschüttern, Toleranz als Schwäche erscheinen zu lassen, das Fremde als Bedrohung und die Gleichberechtigung der Geschlechter als „Wahn“. Diese Alternative liegt außerhalb des bisherigen Konsenses der Demokraten. Es ist also zu kurz gegriffen, auf Höcke-Reden oder Gaulands „Vogelschiss“-Metapher mit Empörung zu reagieren – so als gehörten diese „Auswüchse“ eigentlich nicht zur AfD. Höcke gehört passgenau hinein in diese Partei, und Gauland sorgt dafür, dass er Raum bekommt, sich zu entfalten.

Wann genau aber sind rote Linien überschritten, auf die auch ein Journalist nicht mehr ausschließlich diskursiv reagieren kann, sondern notfalls auch mit Interventionen antworten muss?

Die Antwort ist so schwer nicht:

Erstens: Wenn der Grundsatz infrage gestellt wird, dass alle Menschen gleich wertvoll und gleichberechtigt sind und ihre Würde unteilbar ist. Solch eine Infragestellung kann rassistisch begründet sein („Die afrikanischen Flüchtlinge benehmen sich bei

uns in Bayern als wären sie im Urwald.“; „Frau Özoguz muss in Anatolien entsorgt werden.“) oder ethnopluralistisch („Es gibt viele Kulturen, aber nur eine Zivilisation.“).

Zweitens: Wenn geäußert wird, dass der deutsche Nationalsozialismus mit seiner industriellen Massenvernichtung und dem Völkermord an den europäischen Juden ein tiefer Zivilisationsbruch war. Diese Einsicht ist elementar für jede Demokratie nach Auschwitz. Es geht nicht um unterstellten „Sündenstolz“ oder gar eine Reduzierung der deutschen Geschichte auf die verhängnisvollen 12 Jahre der nationalsozialistischen Diktatur. Aber es geht darum, diesem Abgrund ins Auge zu sehen, ihn in aller Tiefe und Bedeutung zu begreifen und das „Nie wieder!“ als ethische Norm anzuerkennen.

Was bedeutet das für Journalisten? „Ich darf mich nicht zum (unfreiwilligen) PR-Agenten des Interviewpartners machen“, antwortet Michael Köhler auf die Frage, was ihm beim Interview mit Marc Jongen durch den Kopf gegangen sei, „und ich gehe dann intervenierend ‚rein‘, wenn verfassungsfeindliche oder volksverhetzende Parolen fallen“ (siehe Anhang). In diesem Sinne hat Christian Bommarius kommentiert, dass es zum Charakter der AfD passt, Björn Höcke nicht auszuschließen. Deswegen hat Kurt Kister kurz und klar die „Vogelschiss“-Metapher von Gauland beantwortet (Kister, SZ, 4.6.2018).

Auch wenn es so ist, dass die AfD kurzfristig dadurch an Mobilisierungsfähigkeit und so-

*Die Kooperation mit
Rechtsextremisten ist
die Achillesferse der AfD*

gar an Zustimmung gewinnt, langfristig ist die Kooperation mit Rechtsextremisten, die mangelnde Abgrenzung von ihnen und das aktive Verwischen von Grenzen zu ihnen, die Achillesferse der AfD. Gerade weil es in der Weimarer Demokratie keine demokratische Rechte gab, sondern alle nationalistischen Kräfte letztlich zum Steigbügelhalter der Nationalsozialisten wurden, ist die Abgrenzung nach Rechtsaußen für jede Partei elementar, die in der bürgerlichen Mitte einflussreich sein will.

In der Benennung dieses Problems muss jeder Journalist präzise sein, woran er eine Entgrenzung der AfD festmacht. Wenn Gauland als Oppositionsanspruch der AfD in Richtung Regierung trötet: „Wir werden sie jagen“, dann mag das eine heftige Wortwahl sein, aber es ist dennoch keine Aufforderung zur Gewalt. Wenn Frau von Storch etwas gegen messerstechende Männerhorden hat, dann will sie damit Ressentiments schüren, aber wer könnte schon dafür sein?

Eine ähnliche Präzision empfiehlt sich auch, wenn Vorschläge der AfD charakterisiert werden. Björn Höcke will bekanntlich die AfD im Osten zur Volkspartei machen und setzt dabei auf Sozialpolitik. Einen Rentensatz von 50 Prozent will er garantieren. Dazu soll das Umlagesystem verändert werden. Die Rente soll vor allem durch Steuern finanziert werden. Bis zu 150 Milliarden Euro jährlich würde das wohl kosten. Deutsche sollen einen Bonus bekommen. Auf dem Augsburger Parteitag hat er sein Konzept umrissen. *dpa* und in der Folge fast alle anderen Parteitagsberichte sprachen von einem „linken“ Rentenkonzept. Auch

wenn heute umstritten ist, was eigentlich noch „links“ ist, kennzeichnend dafür ist nicht in erster Linie die Finanzierung durch den Staat, sondern der theoretische Bezug auf Klassen als wesentliche Kategorie der Gesellschaft. Das aber ist das glatte Gegenteil von Höckes Ideen. Er orientiert sich an der Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“. Götz Aly hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch im Nationalsozialismus sozial-integrative Maßnahmen gab, die geradezu notwendig einhergingen mit der Exklusion derjenigen, die als nicht zum Volk gehörig, als „Volksfeinde“ oder Kranke am gesunden Volkskörper definiert wurden. Höckes Rentenidee ist also nicht „links“ oder gar „sozialistisch“, sondern allenfalls national und sozialistisch.

Die Forderung gilt auch in die andere Richtung: Zu den Ausschreitungen und Demonstrationen in Chemnitz im August und September 2018 hieß es in fast allen Medien, dass es „rechte“ und „linke“ Demonstrationen gab. Völlig zu Recht moniert Steffen Grimberg diese Beschreibung in der *taz*: „Wenn in der medialen Berichterstattung in solchen Zusammenhängen simplizistisch von „Rechten“ und „Linken“ die Rede ist, ist das keine Zuspitzung mehr, sondern schlicht falsch“ (Grimberg, *taz*, 28.8.2018). Ist jeder, der sich gegen rechte Hetze positioniert, dadurch ein „Linker“? Ist dies nicht generell eine zivilgesellschaftliche Aufgabe? Wo bleibt denn die ansonsten so viel zitierte „Mitte der Gesellschaft“?

Durchaus präzise zitiert Detlef Esslinger in der *Süddeutschen Zeitung* am 28. August 2018 nach den Ausschreitungen in Chemnitz:

„Der Bundestagsabgeordnete Frohnmaier: ‚Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende ‚Messermigration‘ zu stoppen!‘ Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Blex: ‚Das deutsche Wahlvieh zum Schlachten freigeben und tadeln, wenn es sich wehrt ...‘ Dessen Berliner Kollege Laatsch, dort Mitglied des Abgeordnetenhauses, legt seine Schlussfolgerungen offen. Er sagt, es werde nicht genügen, Wahlen zu gewinnen, wenn Justiz und Verwaltung, von der Vorgänger-Regierung implementiert, die neue Regierung torpedieren‘. Sein Kollege Weiß, ebenfalls dort Abgeordneter: In der Justiz werde ‚die AfD später aufräumen müssen‘.“ Esslinger fragt: „Alles unmaßgebliche Stimmen aus hinteren Reihen? Die AfD-Spitzenpolitiker Gauland und Weidel sprechen von ‚vermeintlichen‘ Hetzjagden; ein Bundestagsabgeordneter sagt über die Äußerung seines Kollegen Frohnmaier, ‚nicht besonders glücklich‘ zu sein. Wer das für eine Distanzierung hält, der glaubt auch, dass Brandbeschleuniger zur Grundausrüstung der Feuerwehr gehören,“ und er schlussfolgert: „Die AfD ist durchsetzt von rechtsradikalen Feinden der Demokratie“ (Esslinger, SZ, 28.8.2018).

Wird Esslingers Kommentar die AfD erschüttern oder wenigstens einige ihrer Mitglieder nachdenklich machen? Vermutlich kaum. Und dennoch ist er richtig. Denn es geht nicht anders, als jeden Bürger als voll verantwortlich für sein Reden und Handeln zu betrachten, ja sogar für sein Schweigen. Gerade aus der deut-

schen Geschichte ist die verheerende Wirkung der stillen Mitläufer bekannt.

„Ich bin gegen jedes Ausblenden von Themen, nur weil es jemandem ‚nutzen‘ könnte,“ erklärt auch die langjährige WDR-Chefredakteurin Sonia S. Mikich, „nur: Es gibt keine Ausgewogenheit in Sachen Menschenrechte, Frauenverachtung oder Klimawandel. Es gibt rote Linien, die man nicht übertreten darf“ (Mikich, FAZ, 31.8.2018).

Politiker können behaupten, man müsse doch die Sorgen der Bürger ernst nehmen, um sie von den rechten Hetzern zu separieren und sie können glauben, die Bürger von der AfD abzuhalten, indem sie soziale Nöte lindern oder das „Gefühl, abgehängt zu sein“, besänftigen. Pädagogen mögen dafür plädieren, jeden dort abzuholen, wo er steht. Die erste Pflicht des Journalisten ist es aber – so steht es als Zitat aus einem Leitartikel Rudolf Augsteins in die Wand gemeißelt im Gebäude des *Spiegel* – zu „sagen, was ist.“

Damit ist allerdings nicht die Beschränkung auf triviale Beschreibungen gemeint. Es darf auch gerne um die richtigen Begriffe gestritten werden.

„When they go low, we go high“, hatte Michelle Obama auf die unsäglichen Angriffe aus der Trump-Kampagne geantwortet. Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit der AfD. Nur eins dürfen weder Journalisten noch Politiker jemals tun: zurück pöbeln. Stattdessen sind kulturelle Errungenschaften zu verteidigen und dazu gehört auch eine demokratische Diskussionskultur. Journalisten tragen zu dieser durch ihre Berichterstattung bei. Aber

*Eine demokratische
Diskussionskultur
verteidigen*

auch das Einmischen in Debatten und Diskurse gehört zu den ureigenen Aufgaben des Journalismus. Die Demokratie wird man nur mit den Methoden der Demokratie verteidigen können, und das wichtigste Instrument dazu ist die Kraft der Gegenrede. Wenn Journalisten in einem solchen Diskurs darauf hinweisen, dass das Machtmonopol des Staates besteht und zu verteidigen ist, und für Straftaten das Strafgesetz anzuwenden ist, dann sind sie keine opportunistischen Mitläufer der Etablierten, sondern Verteidiger der Demokratie. Das ist schon deswegen ein ureigenes Anliegen des Journalismus, weil die Pressefreiheit substantieller Bestandteil jedes demokratischen Gemeinwesens ist.

Nach den Ausschreitungen in Chemnitz postete die AfD Hochtaunus: „Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Pressehäuser gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken“. Diese antidemokratische Machtphantasie wurde bald gelöscht. Der hessische Landesvorsitzende erklärte, dass dieser Post „als Hinweis und nicht als Drohung gemeint war.“

Wenig später formuliert Alexander Gauland: „Diejenigen, die die Politik Merkels mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben. Das kann man eine friedliche Revolution nennen“ (Bender, FAZ, 5.9.18).

Das ist die gleiche politische Absicht, etwas geschmeidiger formuliert.

3.8 „Ich“ sagen kann jeder

Im Jahr 1967 erschien in der edition suhrkamp ein kleines blaues Bändchen. Wolfgang Fritz Haug schrieb über den „hilflosen Antifaschismus“ (Haug 1967). Mehr als ein halbes Jahrhundert später gibt es einen weit verbreiteten hilflosen „Anti-AfDismus“. Gemeint ist damit nicht eine grundsätzliche Unsicherheit, weil es keine Rezepte gibt, die bei zügiger Anwendung das hochgekochte und überhitzte Soufflé der AfD-Erfolge in sich zusammenstürzen lassen. Gemeint ist nicht die Ratlosigkeit, weil es so schwer ist, Sympathisanten der nationalistischen Ideen aus ihrer Wagenburg und Selbstabschottung herauszuholen und für rationale Diskurse zugänglich zu machen. Da kann jeder einmal verzweifeln, weil zu spüren ist, wie angreifbar eine offene Gesellschaft für ihre Feinde ist.

Gemeint ist etwas anderes – eine Tendenz im aktuellen Journalismus, die etwas mit der Lebens- und Sichtweise vieler zu tun hat, die es in den Journalismus drängt. Das ist eine Generation, die es gewohnt ist „Ich“ zu sagen, die in Social Media zu Hause ist, wo die überwiegende Mehrheit der Beiträge der Selbstpräsentation dient. „Be yourself!“ – das ist der Ruf, der den heutigen entgegenschallt. Gegen alle Unsicherheit sollen sie sich auf sich selbst besinnen, auf ihre Talente und Besonderheiten. Die Selbstvergewisserung ist der Anker in unruhigen Zeiten. Gepaart ist diese Sicht mit einer ausgeprägten und in dieser Form historisch neuen Sensibilität. Achtsamkeit gilt als eine der größten Tugenden. Niemand darf beleidigt oder gar verletzt werden. Ausgeprägt ist ein

genauer Blick auf die kleinen Differenzen. Man betont das eigene Sein als junge Mutter, Veganer, Hipster, Tierschützer, Influencer, Gamer, Start-up-Entrepreneur oder Angehöriger der LGBTQ-Gemeinde. Toleranz ist selbstverständlich, ebenso wie die Forderung nach Gleichberechtigung für alle Gruppen und Identitäten. Nun gehört es sicher zur liberalen Ordnung, dass es jedem erlaubt sein soll, nach seiner Façon selig zu werden. Und es ist wunderbar, wenn es zu einem produktiven Miteinander ohne Vorurteile kommt.

Aber es gibt eben auch Übertreibungen. Wer immer nur das Besondere der jeweiligen Identität im Auge hat, ist leicht verleitet vor allem nach Herkunft zu fragen und wissen zu wollen, warum wer wie geworden ist, also nach hinten zu blicken statt nach vorne. Man muss nicht so weit gehen, wie Robert Pfaller, der die neuen „Mimosen“ als „Komplizen der neoliberalen Heuschrecken“ (Pfaller 2017: S. 51) angreift, aber selbstverständlich hat der neue Individualismus etwas mit der post-industriellen Produktions- und Lebensweise zu tun. Andreas Reckwitz macht auf den Zusammenhang mit Ökonomie und Technologie aufmerksam. Mit der digitalen Revolution ist erstmals eine Technologie leitend, „die nicht mehr standardisiert, sondern in erster Linie singularisiert“ (Reckwitz 2018: S. 16). Man denke nur an all die „personalisierten Angebote“, die das Netz bietet, bis hin zur Informationsvorauswahl. Diese Technik hat den Charakter einer „Kulturmaschine“, weil primär Bilder, Narrative und sogar Spiele gefertigt und rezipiert werden. Deswegen erscheine – so Reckwitz – vielen

Zeitgenossen die gegenwärtige Gesellschaft „zutiefst widersprüchlich“ (ebd.: S. 21). Auf der einen Seite gibt es die Welt der „Kreativen“, ausgestattet mit ästhetischen Designobjekten, Auslandsreisen, YouTube-Hits. Gearbeitet wird in Projekten, gelebt in Szene-Vierteln, organisiert werden „Events“. Auf der anderen Seite sieht Reckwitz „Überforderungserkrankungen“, neue soziale Unterklassen, anfällig für Populismus aller Couleur (ebd.: S. 21).

Die daraus resultierende politische Problematik haben die Demokraten in den USA bitter erfahren müssen. Die so genannte „Regenbogen-Koalition“ ist noch kein tragfähiges Konzept für eine Idee von der Gesellschaft. Aus der bloßen Addition von Minder- und Besonderheiten lässt sich als übergeordneter Gedanke zwar die Forderung nach „Respekt“ und „Toleranz“ destillieren, aber letztlich bleibt so doch nur jeder in seinem eigenen Vorgärtchen.

Eine pure Radikalisierung des Singularitätsgefühls und des daraus resultierenden Respekts vor den vielfältigen Identitäten führt erst recht in die Irre. Dann kommt es nämlich leicht zu der Annahme, die heute schon häufig Medienerzählungen prägt: Wer sich verletzt fühle, habe auch recht. Oder gar: Der Schwache sei immer der Gute, obwohl die Realität immer wieder das Gegenteil beweist. Nicht selten sind Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dort besonders virulent, wo Schwache auf die noch Schwächeren zielen.

„Wenn der Empfindung von Verletzung oder Beleidigung“, schreibt Robert Pfaller, „Priorität eingeräumt wird über jegliche objektive Klärung des Sachverhaltes, dann geht der ge-

Eine Regenbogen-Koalition ist noch keine Gesellschaft

samte Raum einer Gesellschaft verloren“ (Pfalzer 2017: S. 54). Man könnte auch mit Richard Sennett feststellen: Ausgeblendet wird gerade das, was Zivilisation ausmacht. Schon 1974 erschien seine „Tyrannei der Intimität“ mit der Definition: „Unzivilisiert ist es, andere mit dem eigenen Selbst zu belasten.“ Oder wie Theodor W. Adorno gerne sagte: „Ich‘ sagen kann jeder.“ Dazu braucht es weder besondere Kenntnisse noch Qualifikation.

Heute scheinen es viele geradezu anders herum zu empfinden: Eine Zumutung ist es, die eigene Empfindlichkeit, die Besonderheit der eigenen Identität hintanzustellen zugunsten einer sachlichen Argumentation oder verallgemeinerbarer Begriffe. Das verlangt Abstraktion. Was ist nun die bedeutendste Abstraktion in der Demokratie? Der Bürger! Darauf solle sich der Stolz des Einzelnen richten, hatte Barack Obama in seiner Abschlussrede gemahnt. Auch um den Einzelnen ging es also, aber eben nicht um den Einzelnen als das Einzige.

Es bedarf der allgemeinen Begriffe, der sachlichen Beschreibung, der theoretischen Reflexion, um Gesellschaft zu erfassen und sich mit den Gegnern einer offenen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Heute ist der *Subjektivismus Ausdruck des hilflosen Anti-AfDismus* im Journalismus. Er unterstellt in der Regel, dass Mitgefühl das wichtigste Bollwerk gegen Rassismus sei und das markanteste Zeichen einer Diktatur, fanatisch Minderheiten zu unterdrücken. Wer schwul sei, müsse doch per se für Toleranz und also gegen rechts sein, wird dann unterstellt, lesbisch sein und AfD-Mitglied, das sei doch ein Wider-

spruch in sich. Tatsächlich lassen Diktaturen keine oppositionellen Parteien zu und grenzen Sündenböcke aus der imaginären Volksgemeinschaft aus. Sie schüren die großen Differenzen – Klassenhass oder Rassenhass – um die kleinen Unterschiede einzugemeinden. Wer nur die kleinen Unterschiede in den Blick nehmen will, bleibt kurzsichtig gegenüber den totalitären Herausforderungen.

Der Subjektivismus ist heute besonders verbreitet, weil es eine ausgeprägte Individualisierung, eine Differenz der Lebensstile und „eine Gesellschaft der Singularitäten“ (Reckwitz 2018) gibt. Scheinbar wächst dem Einzelnen dadurch Bedeutung zu. Wer durch sieben Matratzen die Erbse spürt, glaubt leicht, schon dadurch Prinzessin zu sein. Einer Gesellschaft, die in Minderheiten zerfällt, entspricht ein Journalismus, der in erster Linie nur noch gezielt partikuläre Öffentlichkeiten bedient.

Schon deswegen, weil totalitäre Ideen immer aufs Ganze gehen, steht die „Rekonstruktion des Allgemeinen“ (Reckwitz 2018: S. 440) auch im Zentrum dessen, was Politik ist, also auch dessen, was politischer Journalismus sein sollte: verbindliches Argument statt persönlichen Bekenntnissen, Begriff statt Gefühl.

Um zu veranschaulichen, was mit dem hilflosen Anti-AfDismus im Journalismus gemeint ist, soll ein Prototyp einer solchen subjektivistischen Berichterstattung noch einmal genauer untersucht werden. „Was sind das wirklich für Menschen, die sich in der Partei engagieren? Was treibt sie an? Unsere Reporterin Franziska Hessberger will sie kennenlernen und macht sich auf den Weg zur Basis der AfD – im Wes-

Nicht nur die kleinen Unterschiede beachten

ten“, so lautete die Ankündigung für einen halbstündigen Film, den der *WDR* am 14. März 2016 um 22.10 Uhr ausstrahlte. Betitelt war er passend: „Ich und die AfD“.

Von Beginn an ist die Reporterin bemüht, den Zuschauern nicht etwa in ihrer Rolle entgegenzutreten, sondern unbedingt individualisiert, als private Person. „Und das bin ich, Franziska“, heißt es schon nach zehn Sekunden. „Ich habe keine Angst vor Überfremdung und Identitätsverlust, aber davor, wie die AfD das Land spaltet“, bekennt sie. Daraus folgt: „Ich will die AfD kennenlernen“ und bangt sie: „Können wir überhaupt miteinander reden?“ Sie habe sich vorgenommen, zunächst einmal zuzuhören, sagt sie und hat beste Absichten: „Meine Vorurteile muss ich überwinden,“ nimmt sie sich vor.

Laufend ist die Reporterin im Bild, wie sie zuhört, wie sie am Steuer sitzt, um ins Sauerland zu fahren, wie sie mit dem AfD-Mann von der Basis, den sie kennenlernen will, nebst Hund durch den Wald spaziert, wie sie an einer Vorstandssitzung teilnimmt. Nur zuhören will sie zunächst. „Aber was ist, wenn fremdenfeindliche Parolen fallen?“ Soll sie sich selbst dann untreu werden? Im Gespräch argumentiert ein Kölner AfDler, mit der steigenden Weltbevölkerung werde auch die Migration sprunghaft ansteigen. Franziska hält tapfer dagegen: „Wie die Zukunft in 15 Jahren aussieht, weiß ich auch nicht“, sagt sie, „aber mir macht das auch keine Angst.“

Auf einer AfD-Veranstaltung im Sauerland ist ein syrischer Christ zu Gast. Der warnt energisch vor dem Islam. „Ich will nicht, dass mei-

ne Enkelin mit Kopftuch rumläuft“, erklärt ein AfDler der Reporterin. Im Auto hinterm Steuer sinniert Franziska: „Eine Pauschalisierung, die ich nicht teile.“ Die AfD-Führung halte sich an demokratische Werte, erklärt ihr der AfD-Mann aus dem Sauerland. Franziska sagt dazu nur, dass sie nicht glaube, dass unsere Werte und unsere Kultur in Gefahr seien. „Ich habe da irgendwie überhaupt keine Angst vor,“ bekennt sie optimistisch.

Die langen Gespräche seien anstrengend, sagt sie den Zuschauern, „trotzdem fühlt es sich gut an, offen zu reden.“ Sie will weiterreden, „gerade dann, wenn es schwierig ist.“ „Die Angst vor den Fremden kann ich nicht nachvollziehen,“ sagt Franziska, „aber die Mitglieder im Sauerland haben sich mir geöffnet.“ Ihr Kölner AfD-Gesprächspartner ist sogar für Patchwork-Familien und das Adoptionsrecht für Schwule und gegen den Spruch, der Koran sei ein Handbuch zur Weltvernichtung. Franziska sagt auch, warum sie dieser Satz stört: „Ich habe total viele muslimische Freunde. Das ist Hetze.“ Was wäre, wenn sie keine muslimischen Freunde hätte?

„In den letzten Monaten habe ich so viel über Politik diskutiert, wie selten in meinem Leben,“ bekennt Franziska am Ende des Films, „die Ängste der Menschen, die ich getroffen habe, teile ich nicht.“ Aber die Diskussionen hätten sich gelohnt. „Zuhören, Differenzen aushalten, Position beziehen. Für mich ist das der Weg, sich mit der AfD auseinanderzusetzen,“ resümiert Franziska zufrieden.

Das Problem des Films? Im Kern ging es immer nur um Verfahrensweisen und Haltungen.

Und darum, dass Franziska, die sich dem Zuschauer in allerlei Situationen zeigt, zuhörend und hinterm Steuer, fragend und sinnierend, die Welt einfach anders sieht als die AfD. In den knapp dreißig Minuten gab es gar kein Streiten um Fakten und die treffenden Begriffe zur Beurteilung der Lage. Es ging um Gefühle, um Ängste, die nachvollziehbar sind oder nicht – letztlich um Bekenntnisse, die Franziska den AfD-Ängsten entgegenhielt. Sie ist in Sorge vor der Spaltung der Gesellschaft, die sie durch Reden wieder kitten will.

Das ist das Grundmuster jeder Soap: Hätten wir doch nur miteinander geredet, dann wäre alles gut. Das ist auch sehr katholisch: *Communicatio stiftet communio*. Das ist auch sehr naiv: Denn die Gegensätze zwischen Nationalismus und einem universellen Humanismus sind ja real. Und es ist ein wenig eitel: Denn am Ende kreist der Film eben doch vor allem um Franziska. Die AfD kann damit sicherlich gut leben.

3.9 Fazit – Was bedeutet das alles für das journalistische Handwerk?

Für unsere bisherige Analyse ist keine quantitative Erhebung durchgeführt worden, und auch keine „Experten“ haben ihre Meinung diktiert. Es ist nur eine Systematisierung der Beobachtungen des Autors. Kontinuierlich wurde verfolgt, wie Medien aller Art mit dem Phänomen des Populismus im Allgemeinen und der Partei AfD im Besonderen umgehen. Das Fazit lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Stärker als noch zu Beginn des Auftretens der AfD ist den meisten Journalisten be-

wusst, dass sie sich nicht zum „unfreiwilligen PR-Agenten“ dieser Partei machen lassen dürfen. Die Maxime: „Behandle die AfD wie eine normale Partei, solange das irgend möglich ist“ (Rosen, FAZ, 1.9.2018), hat sich insgesamt einigermaßen durchgesetzt, reicht aber nicht aus. Immer noch gibt es die Tendenz, sich noch zu simpel in ein Reiz-Reaktions-Schema zu begeben. Dabei ist das Bewusstsein dafür gestiegen, dass die AfD bewusst provoziert, um Aufmerksamkeit zu generieren. Es wird ihr nicht mehr so bereitwillig wie noch vor einem Jahr jede gewollte Bühne bereitet. Dennoch lassen sich insbesondere aktuelle Nachrichtenredaktionen – etwa im Hörfunk – zu sehr von dem treiben, was gerade im Netz häufig geklickt wird oder für Erregung sorgt. Für das journalistische Handwerk ist die wichtigste Schlussfolgerung, in den Redaktionen eine *Diskussionskultur* zu etablieren. Die Frage lautet nicht: Wir kriegen wir die Seiten voll? Oder: Womit bestücken wir die Stundenuhr? Sondern: Setzen wir in der Berichterstattung die richtigen Schwerpunkte? Machen wir transparent, warum wir so entscheiden?

Weitgehend durchgesetzt hat sich auch die Idee, dass die eigene *Empörung nicht* unbedingt *der beste Ratgeber* ist. Es gilt das alte und bewährte journalistische Konzept: Erst darlegen, dann auslegen. Beides gehört zum Journalismus: die coole, distanzierte Beschreibung und der feurige, meinungsstarke Kommentar. Beides kann in einem Spannungsverhältnis zu einander stehen. Was nicht geht: Nur kräftig zu kommentieren, aber kaum zu berichten. Das wirkt bevormundend. Im Laufe

der ersten Monate der AfD im Bundestag hat die politische Konkurrenz viel dazugelernt. Sie hat sich um eine innere Balance zwischen dem weiterzuführenden klassischen parlamentarischen Geschäft und der Auseinandersetzung mit der AfD bemüht. Parallel dazu ist auch der Journalismus besser geworden. Gab es am Anfang noch viel sprunghaftes Hüpfen von einem Ereignis zum nächsten, wurden später mehr Überblicksartikel und bessere Erklärungen zu einzelnen Abläufen publiziert – etwa zur Wahl oder Nichtwahl von AfDlern in bestimmte Funktionen. Hier waren historische Vergleiche meist hilfreich. Die Leitfrage in den Redaktionen muss hier lauten: Erklären wir genug? Nur so kann über alle Fragen, die um das Thema „Mitmachen oder Ausgrenzen“ kreisen, kompetent berichtet werden. Hier waren Langzeit- oder Detailbeobachtungen – etwa zum FC Bundestag – in der Regel erhellend. Wenn über die politische Auseinandersetzung im Parlament berichtet wird, drängt aber – trotz gegenteiliger Vorsätze – meist noch das Laute (Cem Özdemir) gegenüber den leiseren Tönen (Gitta Connemann) in den Vordergrund.

Es gibt sehr viel Fleiß, das AfD-Personal bis hinein in die zweite und dritte Reihe zu entschlüsseln und Vernetzungen nach Rechtsaußen zu belegen. Auch über dubiose Wahlkampfhilfe und Finanzen wird berichtet. Es ist richtig, dass hier die Sorge einiger Journalisten, der AfD nur ja keine Opferrolle zuzugestehen, nicht greift. Gesetze und Regeln müssen *für alle gleichermaßen* gelten. Nur das kann der Maßstab für „Enthüllungen“ sein, an der auch die AfD zu messen ist. Obwohl solche Enthüllungen einen

großen Aufwand – wie Rechercheteams – erfordern, sind sie oft besser als die gründliche Darstellung und Auseinandersetzung mit Programm und Inhalten der AfD. Da wird oft zu viel vorausgesetzt und zu wenig argumentiert.

Die *Live-Interviews* mit Politikern der AfD sind insgesamt besser geworden. Diese werden seltener lexikalisch abgefragt (Hingst). Ihnen wird seltener lediglich eine Bühne zur Selbsterklärung geboten. Die Interviews sind sportiver und inhaltsreicher geworden (Kleber, Menn). „Dass Alexander Gauland im ZDF-Sommerinterview am 12. August nicht zum Thema Flüchtlinge befragt wurde, über das er gewiss sehr gerne gesprochen hätte, ist ein kluger Ansatz“ (Rosen, FAZ, 1.9.2018). Das stimmt. Walde hat gezeigt, wie man es *auch* machen kann. Das darf aber jetzt nicht zu neuem Schematismus führen oder gar dazu, AfDler nicht auch zu den Themen Nation, Volk oder Identität kritisch zu befragen. Sehr klug war die FAZ, als sie pünktlich zur AfD-Entscheidung über eine parteinahe Stiftung ganzseitig kompetent erklären ließ, worin eigentlich das Vermächtnis der potentiellen Namensgeber Erasmus und Stresemann besteht. Bei den Interviews gibt es also Fortschritte, während die politischen Talkshows noch nicht so wirken, als hätten sie tatsächlich eine innere Balance im Umgang mit der AfD gefunden.

Der Journalismus kann nicht „objektiv“ sein, aber sich das Ziel setzen, wahrhaftig zu berichten und umsichtig zu urteilen. Dazu gehört immer auch das Prinzip: „Audiatur et altera pars“, also nicht parteiisch oder einseitig zu werden. Gleichzeitig aber gehört

Rote Linien

es zum Journalismus, sich um seine eigenen Existenzbedingungen zu sorgen, also Demokratie und Pressefreiheit aktiv zu verteidigen. Darum gibt es *rote Linien*. Es gibt *keine Ausgewogenheit*, wenn der Grundsatz infrage gestellt wird, dass alle Menschen gleich wertvoll und gleichberechtigt sind und ihre Würde unteilbar ist. Gerade in Deutschland gehört es darüber hinaus zur Substanz demokratischen Bewusstseins, die eigene Geschichte nicht zu leugnen, sondern dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus eine Ethik des „Nie wieder!“ entgegenzusetzen. Die Demokratie ist nur so stark wie sie von aktiven Demokraten getragen wird. Der Journalismus ist da nur ein Teil größerer gesellschaftlicher Bemühungen. Er darf nie inflationär Verdächtigungen in die Welt setzen, er muss präzise in seinen Begriffen sein, aber er darf auch nicht darauf verzichten, aus Rücksicht auf Stimmungen die oben genannten „roten Linien“ zu benennen. Den daraus resultierenden Debatten muss er sich aussetzen.

Als eine aktuell zwar verbreitete, aber dennoch *unzureichende Form* journalistischer Berichterstattung wurde der *Subjektivismus* kritisiert. Wie geht es den Flüchtlingen? Das ist eine journalistische Frage. Heute wird stattdessen oft beschrieben: Wie geht es mir, wenn ich die Flüchtlinge begleite? Journalistische Fragen können sein: Wer sind die AfDler? Was tun die AfDler? Welche politischen Initiativen starten sie? Welche Argumente bringen sie vor? Was motiviert sie? Dann in erster Linie zu berichten, wie ich mich fühle, wenn ich der AfD begegne, ist ein arg begrenzter

journalistischer Anspruch. Die Welt schrumpft auf Bauchnabelgröße. Wer nur Sanftheit fordert, Toleranz für Minderheiten und nette Umgangsformen, wird der AfD nicht beikommen. Er wird ihren Wesenskern verfehlen. Wer nur moralisiert und die eigene Identität ins Feld führt, wird den Identitären, die eine ganze Gesellschaft formieren wollen, unterlegen bleiben. Subjektivismus ist der hilflose Anti-AfDismus von heute. Auch der Journalismus kann dem Zerfall der Gesellschaft entgegen treten, indem er sich bemüht, so etwas wie eine allgemeine Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Dazu gehört Mut zum Allgemeinen. Bezugsgröße eines solchen Journalismus ist nicht eine spezifische „Zielgruppe“, sondern der Bürger.

Gut ist es, wenn die Auseinandersetzung mit der AfD in diesem Sinne zu einer Rückbesinnung auf das klassische journalistische Handwerk führt, wenn in den Redaktionen diskutiert wird, ob die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden, ob genügend erklärt wird und wie Kontinuität in der Berichterstattung gesichert wird.

Im folgenden Kapitel wird diesen Fragen weiter nachgegangen, diesmal nicht anhand von Beobachtungen, sondern durch die vollständige Auswertung der AfD-Berichterstattung eines Vierteljahres von zwei wichtigen regionalen Abo-Zeitungen, den *Nürnberger Nachrichten* und der *Oberhessischen Presse*. Im Einzugsgebiet beider Zeitungen fanden im Oktober 2018 Landtagswahlen statt – für die einzigen Parlamente, in denen die AfD bisher noch nicht vertreten war.

Mut zum Allgemeinen

4 Vor den Landtagswahlen – Oberhessische Presse und Nürnberger Nachrichten

Das Manuskript zu dieser Studie ist am 8. September 2018 abgeschlossen worden. Die Leser werden zum Zeitpunkt der Lektüre klüger sein, denn dann werden die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern (14. Oktober 2018) und Hessen (14 Tage später am 28. Oktober 2018) feststehen. Zur Zeit des Verfassens dieser Studie stellt sich die Lage so dar:

Die Prognosen für die AfD liegen jeweils bei über zehn Prozent. Für Bayern hat die AfD das Ziel ausgegeben, die absolute Mehrheit der CSU zu brechen und zweitstärkste Partei zu werden, also besser abzuschneiden als SPD und Grüne. Sie rechnet mit etwa 27 Mandaten im Landtag. In Hessen ist die Zielsetzung nicht ganz so klar, auf jeden Fall will die AfD stärkste Oppositionspartei im Hessischen Landtag werden.

Interessant ist, dass die jeweiligen Regierungsparteien der AfD mit völlig entgegengesetzter Taktik begegnen. In Bayern will die CSU mit Ministerpräsident Markus Söder an der Spitze und flankiert von den Aktionen des Bundesinnenministers und Parteivorsitzenden Horst Seehofer der AfD deren Themen entwinden. Die Agitation der AfD soll als sachlich überflüssig erscheinen, da sich die CSU längst für eine rigidere Flüchtlingspolitik und konsequente Abschiebep Praxis entschieden habe. Zugleich wird die AfD als „unbayerisch“, ja sogar als „Schmutz“ bekämpft. Der AfD die Themen entwinden plus harte Attacke – so lautet die Doppelstrategie, mit der die CSU gleichzeitig die AfD kleinhalten und deren Wähler gewinnen will. Für die AfD selbst ist das alles nur ein

Beweis dafür, wie ernst die CSU sie als Konkurrenten nimmt. Unter dem Generalslogan „Bayern, aber sicher“ tritt sie an und freut sich, dass die CSU so stark das Thema der Flüchtlingspolitik bespielt. Als „Heiße-Luft-Horst“ oder „Umfaller-Markus“ wird die CSU dann gleichzeitig attackiert. Mit viel Folklore – Plakate zeigen ein volkstanzendes Trachtenpaar – und der Behauptung, dass Franz-Josef Strauß AfD wählen würde, kontern sie den Angriff. Die AfD halte ein, was die CSU nur verspreche. Im Programm fordert die AfD allerings u. a., der Freistaat Bayern solle die katholischen Bischöfe nicht mehr finanzieren. Das spielt aber im Wahlkampf kaum eine Rolle. Auch nicht die Tatsache, dass die AfD ohne Spitzenkandidaten für Bayern antritt, sondern von mehreren oder gar sieben (für jeden Wahlbezirk einen) spricht. Sie hofft, ohne besondere Konkretion auf Personen und Programm eine allgemeine Stimmung der Unsicherheit, Ängste und Sorgen in Wählerstimmen ummünzen zu können.

In Hessen profiliert sich CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier – ganz anders als die CSU in Bayern – in der Flüchtlingsfrage als treuer Anhänger von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er vermeidet scharfe Töne und betont stattdessen, wie verlässlich und reibungslos die Zusammenarbeit mit den Grünen als Koalitionspartner in der Landesregierung funktioniert. Weniger als wortmächtiger Wahlkämpfer, sondern eher als moderierender Landesvater präsentiert er sich persönlich. Dabei bedauert er, dass man die AfD nicht „richtig stellen“ könne. Deren Protestwähler aber will auch er zurückgewinnen, ohne allerdings AfD-Rhetorik

zu imitieren oder deren Themen aufzuwerten. Bedrückt zeigt er sich über den Tod der 14-jährigen Susanna F., die in Wiesbaden von einem Asylbewerber getötet wurde. Die AfD betont durch ihren Landessprecher Robert Lambrou zwar immerhin, sie wolle diesen Fall nicht für den Wahlkampf instrumentalisieren, hofft aber heimlich doch, dass er ihr in die Karten spielt. Die Grünen verweisen darauf, dass ihre Anhängerschaft weitgehend immun sei gegen die Einflüsse der AfD. Sie sind stolz darauf, bewiesen zu haben, dass sie auch mit der CDU erfolgreich regieren können, ohne die ökologischen und liberalen Anliegen ihrer urbanen Klientel verleugnen zu müssen. Langjährige Konflikte – z. B. um ein mögliches Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen – haben sie durch Kompromisse befriedet. Dennoch ist höchst unklar, ob es nach der Wahl möglich sein wird, ein schwarz-grünes Regierungsbündnis fortzuführen. Vielleicht wird gar keine Zwei-Parteien-Koalition mehr zur Regierungsbildung in der Lage sein. Auf dem Land dürfte die AfD insbesondere für die CDU eine Herausforderung sein, in einigen hessischen Großstädten dagegen eher für die SPD. Noch ist die AfD in Hessen nicht so präsent wie in Bayern, das verabschiedete Wahlprogramm spielt keine große Rolle ebenso wenig wie das Personal, obwohl die beiden Parteisprecher kandidieren. Stolz ist die hessische AfD darauf, dass gleich drei Polizisten unter den ersten 15 Kandidaten auf der Landesliste sind. Eine Besonderheit ist auch, dass auf Platz 5 der Liste mit Andreas Lichert aus Groß-Karben ein Aktivist der neurechten Szene mit engem Kontakt zur „Identitären Bewe-

gung“ anzutreffen ist, dessen Kandidatur die AfD aber vehement verteidigt.

In den beiden Bundesländern Bayern und Hessen gehen die politischen Konkurrenten – vor allem die Regierungsparteien – sehr unterschiedlich mit der AfD um. Man kann dies auch als einen länderübergreifenden Wettbewerb um das bessere Konzept für die Auseinandersetzung mit dem Populismus deuten.

4.1 Warum diese Zeitungen? Die Bedeutung von „Nürnberger Nachrichten“ und „Oberhessischer Presse“

Auch deswegen ist es interessant zu beobachten, wie die publizistische Begleitung der jeweiligen Landtagswahlkämpfe aussieht, wie also landestypische Medien über die AfD berichten. Für die detailliertere Analyse wurden bewusst nicht Medien mit bundesweiter Ausstrahlung und Bedeutung ausgewählt, sondern regionale Abo-Zeitungen, die in der Region wirken und dort auch einen guten Ruf haben. Sie sollten nicht provinziell sein, aber auch nicht aus der jeweiligen Landeshauptstadt stammen. Sie sollten noch von einem eigenständigen Verlag herausgegeben werden und nicht Teil eines großen Medienkonzerns sein.

Der Typus der regionalen Abo-Zeitung kann als das Rückgrat der bundesrepublikanischen Zeitungslandschaft angesehen werden. Der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV), der inklusive Wochen- und Sonntagszeitungen für das Jahr 2017 auf eine tägliche Auflagenzahl von 19 Millionen Zeitungen kommt, rechnet davon 14,7 Millionen den Ta-

geszeitungen zu. Die großen überregionalen Qualitätszeitungen schaffen es zusammen nicht einmal auf eine Million. Die Masse der Zeitungsläser informiert sich also nach wie vor aus ihrer regionalen Zeitung, deren hauptsächliche Vertriebsform das Abonnement ist. Was die tragende Säule der deutschen Zeitungslandschaft ist, ist zugleich das größte Problem. Denn bei der Auflagenzahl zeigt die Kurve nahezu flächendeckend und stetig nach unten. Noch im Jahr 1991 gingen täglich 27,5 Millionen Exemplare der Tageszeitungen in die Haushalte, 1999 waren es noch 24,1 Millionen (www.statista.de) Die 14,7 Millionen Exemplare aus dem Jahr 2017 zeigen also einen Schrumpfungsprozess auf fast die Hälfte der Auflage innerhalb von nicht einmal 30 Jahren.

Auch an den für unsere Studie exemplarisch ausgesuchten regionalen Abo-Zeitungen geht diese Entwicklung nicht vorbei. Die *Nürnberger Nachrichten (NN)* waren ursprünglich zwar eine lokale Tageszeitung hauptsächlich für Nürnberg, die aber auch die Nachbarstädte Fürth und Erlangen redaktionell abdeckte, hat sich aber längst zu einer regionalen Tageszeitung für Mittelfranken, Teile Oberfrankens und der Oberpfalz mit regionalen Teilausgaben entwickelt. Seit 1959 kooperierte der inzwischen verstorbene Verleger und Herausgeber Bruno Schell mit anderen lokalen Zeitungsverlagen: Zum gemeinsamen Mantelteil tragen die lokalen Redaktionen aus verschiedenen nordbayerischen Städten wie z. B. Ansbach, Erlangen, Rothenburg ob der Tauber, Lauf oder Treuchtlingen dann eigene Lokalteile bei. Die *Nürnberger Nachrichten* erhielten nach dem

Zweiten Weltkrieg schon sehr früh eine Lizenz der amerikanischen Militärregierung, sodass die Zeitung schon im Oktober 1945 erscheinen konnte. So wie man in Hamburg bewusst das Gebäude der ehemaligen NSDAP-Gauleitung zum „Pressehaus“ umwidmete und dort die neue freie Presse unterbrachte, bezogen auch die *Nürnberger Nachrichten* im Herbst 1949 das ehemalige Gauhaus der NSDAP, um den neuen demokratischen Geist zu symbolisieren. Noch heute wird diese Zeitung vom Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. herausgegeben, gehört also nicht zu einem größeren Medienhaus. Dem langjährigen Verleger und Herausgeber Bruno Schnell wurde im Jahr 2014 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg verliehen. Zum Besitz der Familie und des Verlags der *Nürnberger Nachrichten* gehört auch der in Nürnberg ansässige Olympia-Verlag, der besonders als Herausgeber der Fußballmagazins „Kicker“ bekannt ist. Zur Besonderheit der publizistischen Konstruktion in Nürnberg gehört darüber hinaus, dass es die *Nürnberger Nachrichten* mit der *Nürnberger Zeitung* als Konkurrenten zu tun haben. Tatsächlich sind beide Zeitungen auch redaktionell unterschiedlich ausgerichtet. Die *NN* verorten sich selbst als eher „links der Mitte“, gelten in der Öffentlichkeit als linke Zeitung, die die Kommunalpolitik des seit 2002 amtierenden populären Nürnberger SPD-Oberbürgermeisters Ulrich Maly stützt und über die CSU eher kritisch schreibt, während die deutlich kleinere *Nürnberger Zeitung* eher konservativ ist. Bundesweit bekannt wurde sie, weil Daniela Schadt, die Lebensgefährtin

des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, dort als Politikredakteurin beschäftigt war. Beide Zeitungen gehören allerdings zum selben Verlag, der so das gesamte politische Spektrum publizistisch abdeckt. Online ist das Konglomerat rund um die *Nürnberger Nachrichten* mit dem gemeinsamen Portal *nordbayern.de* vertreten. Zusammen bringt es der Verlag im ersten Quartal 2018 noch auf eine verkaufte Druckauflage von 233.967 Exemplaren. Damit gehören die *Nürnberger Nachrichten* zu den größten Regionalzeitungen bundesweit. Zwar sind das auch minus 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Süden ist der Zeitungsrückgang aber insgesamt etwas gebremster als im Norden und Osten Deutschlands. Seit 1998 allerdings ist auch hier die verkaufte Auflage um 28,9 Prozent gesunken. Die Zahl der Abos liegt bei über 92 Prozent. Chefredakteur ist Alexander Jungkuntz, der für sein Blatt auch immer wieder kommentierend in Erscheinung tritt.

Eine ähnliche Quote gilt für die *Oberhessische Presse (OP)*, die in der mittelhessischen Universitätsstadt Marburg und im umliegenden Kreis Marburg-Biedenkopf die dominierende regionale Tageszeitung ist. Im Jahr 1951 entstand sie aus einem Zusammenschluss der *Oberhessischen Zeitung* und der *Marburger Presse*. Im Jahr 2016 feierte sie allerdings ihr 150-jähriges Bestehen, weil die Wurzeln bis in den deutschen Vormärz reichen. Sie hat seit 1998 einen Rückgang der verkauften Auflage um 26,9 Prozent zu verzeichnen, ist aber mit 23.371 Exemplaren, die im Durchschnitt werktäglich verkauft werden, immer noch führend im Vertriebsgebiet. Noch um die Jahrtausend-

wende waren es regelmäßig mehr als 30.000 Exemplare. Der Anteil der Abos an der Auflage liegt bei mehr als 95 Prozent. Bemerkenswert ist auch hier, dass die Zeitung einem kleinen ortsansässigen Verlag gehört, der Hitzeroth Druck und Medien GmbH und Co. KG, die auch den *Gießener Anzeiger* in der Nachbarstadt verlegt. Im Jahr 2002 allerdings hat deren Chef Wolfram Hitzeroth 51 Prozent an die in Hannover ansässige Verlagsgesellschaft Madsack verkauft. Er selbst blieb mit 49 Prozent Minderheitsgesellschafter. Zum 1. Januar 2015 kaufte er die Madsack-Anteile zurück, nachdem Madsack in der Zwischenzeit für einen Sanierungskurs gesorgt hatte. Vereinbart wurde, dass weiterhin Dienstleistungen von Madsack bezogen werden, worauf später noch zurückzukommen ist. Die Belegschaft wurde auf etwa Zweidrittel ihrer ursprünglichen Größe reduziert und der Vertrieb mit angestellten Zeitungszustellern ausgegliedert. Fast 13 Jahre lang gab es einen Chefredakteur, Christoph Linne, von dem sich der Verleger im März 2017 überraschend trennte. Im November 2017 ging dieser zur Nordsee-Zeitung nach Bremerhaven. Seit Oktober 2017 trägt Jan Schmitz, der vom *Westfälischen Anzeiger* aus Hamm kam, diese Amtsbezeichnung, ist aber vor allem für den digitalen Wandel des Verlages und alle Publikationen jenseits der *Oberhessischen Presse* zuständig. Die lokal machtvolle Gestalt eines Verlegers, Herausgebers und Chefredakteurs in Personalunion ist der mittlerweile über 80-jährige Dr. Wolfram Hitzeroth, dessen Ehefrau inzwischen mit sechs Prozent am Verlag beteiligt ist.

Der Wert der Abonnenten

Welche Berichterstattung ist von solchen regionalen Zeitungen zu erwarten, die für ihre Stammler oft die ersten und bevorzugten Informationsquellen sind? Wegen ihrer geringeren personellen Stärke und den knapperen redaktionellen Ressourcen werden sie in der journalistischen Qualität kaum mit *FAZ* oder *Süddeutscher Zeitung* mithalten können. Sie werden nicht daran zu messen sein, ob es ihnen gelingt große Enthüllungen zu veröffentlichen oder erschütternde journalistische Coups zu landen. Was man allerdings erwarten darf, ist, dass sie ihre Ortskenntnis ausspielen, Berichte aus dem Wahlkampf bringen, zeigen, wie sich die Parteien den Wählern präsentieren, von Veranstaltungen und Versammlungen berichten, Porträts der örtlichen Kandidaten bringen und sicher auch gelegentlich die politische Gesamtkonstellation oder das Auftreten einzelner Parteien kommentieren. Das sind realistische Maßstäbe auch für die Beurteilung des journalistischen Umgangs der *Nürnberger Nachrichten* und der *Oberhessischen Presse* mit der AfD, die sich während der Arbeit an dieser Publikation anschickt, erstmals in die jeweiligen Landtage einzurücken.

4.2 Die AfD-Berichterstattung der „Nürnberger Nachrichten“

Beide Regionalzeitungen wurden jeweils drei Monate (Mai, Juni, Juli) lang komplett quantitativ und qualitativ ausgewertet. Alle Artikel, in denen die AfD vorkam – egal ob zentral oder marginal – wurden codiert und bewertet. Hilfreich war dabei die Bachelorarbeit von Kevin Gallant, der

beide Zeitungen für zwei Monate (Mai und Juni) im Rahmen eines größeren Zeitungsvergleichs untersucht hat (vgl. Gallant 2018).

In den *Nürnberger Nachrichten* sind in den drei untersuchten Monaten 97 Artikel zu verzeichnen, in denen das Schlagwort AfD gefallen ist. Man kann also grob sagen, dass die AfD nahezu täglich in der Zeitung vorkommt. Das ist gewiss nicht eine zu geringe quantitative Berücksichtigung. Unterscheidet man allerdings zwischen jenen Artikel, in denen die AfD nur kurz erwähnt oder ein AfD-Politiker kurz zitiert wurde, von jenen, in denen die AfD auch der zentrale Berichtsgegenstand ist, dann ergibt sich – selbst wenn man diese Kategorie sehr großzügig fasst – schon ein ganz anderes Bild:

- 54 Artikel, in denen die AfD nur beiläufig erwähnt oder zitiert wird.
- 43 Artikel, in denen die AfD eine zentrale Rolle spielt.

Man sieht also, dass die AfD zwar recht häufig in den *Nürnberger Nachrichten* vorkommt, aber nur sehr selten auch zentraler Berichtsgegenstand ist. Oder andersherum: Überproportional häufig spielt die AfD in der Berichterstattung der *Nürnberger Nachrichten* nur eine untergeordnete Rolle.

Schauen wir uns die Artikel im Einzelnen an. Vor dem Untersuchungszeitraum, am 27. März, gab es einmal ein ausführliches Interview mit dem Landesvorsitzenden der AfD, dem Bundestagsabgeordneten Martinichert. Genau einen Monat später gab es in der im gleichen Verlag erscheinenden *Nürnberger Zeitung* ein weiteres Gespräch mit der ehemaligen

AfD-Chefin Frauke Petry („Traurig, was aus der AfD geworden ist“). Ansonsten waren markante Artikel zur AfD im Mai:



- Höcke darf in AfD bleiben (10.5.)
- CSU über AfD: „Brauner Schmutz“ und „Feinde Bayerns“ (12.5.)
- Gauland kommt ohne Strafe davon (17.5.)
- „Zu viel Coolness“ (17.5.)
- FDP und AfD drängen auf BAMF-Untersuchungsausschuss (21.5.)
- Äthiopischer Student: Erst Auszeichnung, dann Abschiebung (22.5.)
- AfD zahlt Teilnehmern 50 Euro für Demo (24.5.)
- Anhänger von Union und AfD haben besonders wenig gemeinsam (25.5.)
- Proteste gegen AfD-Demo in Berlin erwartet (27.5.)
- Tausende Menschen demonstrieren gegen AfD in Berlin (27.5.)
- „Stoppt den Hass! Stoppt AfD!“: Bunter Protest gegen AfD-Demo (28.5.)
- Asyl-Affäre: Seehofer und Cordt vor Innenausschuss (29.5.)
- Flüchtlinge: Seehofer löst Spitzenbeamten ab (31.5.)

Das Gros dieser Artikel behandelt bundespolitische Entwicklungen. Zu Höcke und Gauland gibt es Kurzmeldungen, der erste richtige Artikel analysiert ein Strategiepapier der CSU, andere Artikel handeln von einer AfD-Demonstration in Berlin und den Protesten dagegen oder der Affäre um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die *Nürnberger*

Nachrichten kommen also ihrer allgemeinen Informationspflicht nach, man sieht aber auch sofort, auf welche Ressourcen sich die Zeitung stützt. Allesamt sind dies nämlich *dpa*-Artikel. Die Zeitung ist in ihrer politischen Information – jedenfalls sofern diese die AfD betrifft – absolut agenturgetrieben.

Im Mai gibt es nur zwei bemerkenswerte Ausnahmen:

Die Redakteurin Claudine Stauber aus der Nürnberger Lokalredaktion beschreibt einen konkreten örtlichen Fall, in dem sich die Problematik der Flüchtlingskrise bündelt. Ein äthiopischer Student, 34 Jahre alt, der schon vom Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly ausgezeichnet wurde und als vorbildlich integriert gilt, sollte abgeschoben werden. Er war schon auf dem Flughafen in Frankfurt, als die Abschiebung gestoppt wurde. Die Journalistin zitiert dann den Anwalt des Äthiopiens, der glaubt, die geplante Abschiebung habe mit der bevorstehenden Landtagswahl zu tun. Mit dem Aktionismus wolle die bayerische Politik den AfD-Wählern demonstrieren, dass sie etwas tut.

Der zweite Artikel vom 17.5. hat einen Sonderstatus: Denn mit „Zu viel Coolness“ ist ein Kommentar des Chefredakteurs Alexander Jungkuntz überschrieben. Er kann als programmatisch für den Umgang der *Nürnberger Nachrichten* mit der AfD gelten. Jungkuntz bezieht sich auf das berühmte „Stöckchen, das die AfD dem Parlament und auch der Öffentlichkeit sowie uns Medien“ hinhalte. Der Chefredakteur erklärt, dass es stets der „Hauptgrund solcher Grenzüberschreitungen“, wie sie die AfD be-

gehe, sei, „in den Abendnachrichten und den Schlagzeilen“ aufzutauchen. Dann referiert er die von ihm als „Methode Merkel“ benannte Taktik: Wer Provokateure, wozu auch die AfD zähle, auflaufen lasse oder gar mit Nicht-Beachtung strafe, treffe diese mehr als jene, die über das „Empörungsstöckchen“ springen würden.

Der Chefredakteur legt also dar, dass er sich mit seiner Publikation auf keinen Fall von der AfD instrumentalisieren lassen will und deswegen im Zweifelsfalle auch eher auf Nicht-Beachtung setzt, denn auf Empörung.

Ein ähnliches Bild wie im Mai zeigt sich auch im Juni. Hier sind folgende markante Artikel zur AfD zu verzeichnen:



AfD-Nachwuchsorganisation: EU soll abgeschafft werden (1.6.)

Aufregung über „Vogelschiss“-Skandal nutzt der AfD (4.6.)

Gauland schiebt AfD immer weiter nach rechts (4.6.)

Bündnis ruft zur Demo gegen AfD-Parteitag in Nürnberg auf (5.6.)

ARD-Talker Plasberg will Gauland nicht mehr als Gast (6.6.)

Protest und Polizei: Heute AfD-Parteitag in Nürnberg (8.6.)

AfD in Nürnberg: Gaulands Eingeständnis, friedliche Demos (9.6.)

Farbbeutel-Anschlag auf AfD-Büro trifft Fahrschule (9.6.)

Landtagswahlkampf: AfD in Bayern ohne Spitzenkandidat (11.6.)

Schäuble maßregelt AfD wegen Schweigeaktion zu Susanna (13.6.)

Asylstreit: AfD stellt sich nicht auf Neuwahlen ein (20.6.)

Özdemir vergleicht Erdogan-Anhänger mit AfD (24.6.)

Neue Umfrage: Söder und Seehofer kommen bei AfD gut an (25.6.)

Weidel offen für Koalition mit CSU (29.6.)

AfD will „Festung Europa“ (29.6.)

AfD träumt vom Aufstieg zur Volkspartei (30.6.)

Ex-CDU-Frau Erika Steinbach führt AfD-nahe Stiftung (30.6.)

AfD-Bundesparteitag mit viel Zündstoff (30.6.)

AfD will nicht streiten (30.6.)

Wieder ist die absolute Mehrzahl der Artikel nachrichtlich gehalten und stammt fast ausschließlich von *dpa*. Zunächst wird lediglich der kleine Artikel über einen Farbbeutelwurf auf das örtliche AfD-Büro von eigenen Kräften aus der Lokalredaktion bestritten. Dies macht Alexander Brock, der später auch noch über die Proteste rund um den in Nürnberg stattfindenden Landesparteitag der AfD schreibt, der von bunten Protesten begleitet wurde. Über die einleitende Rede, in der Alexander Gauland seine „Vogelschiss“-Äußerung zur deutschen Vergangenheit als „politisch unklug“ relativiert, schreiben gemeinsam Michael Kasperowitsch und Johannes Handl aus der eigenen Redaktion. Da überrascht es dann, dass die eigentliche nachrichtliche Berichterstattung über den doch vor

AfD in Bayern ohne Spitzenkandidat

der Haustür stattfindenden Landesparteitag, die am 11.6. veröffentlicht wurde, wiederum von dpa stammt. Die Eindrücke der eigenen Redakteure spielen da keine Rolle mehr. Hier wurde eine Chance vertan, zugleich informierend und aufklärerisch mit den hauseigenen redaktionellen Kräften tätig zu sein. Ein in Bezug auf die Landtagswahl wichtiges Ereignis wurde zwar publizistisch berücksichtigt, ging an der Redaktion aber doch mehr oder weniger vorbei wie ein Allerweltsgeschehen. Schon in der Überschrift wird als Besonderheit festgehalten, dass die AfD zur Landtagswahl in Bayern ohne Spitzenkandidaten antritt. Das ist ein Tatbestand, der ja durchaus der Erklärung bedarf. Liegt es an innerparteilichem Streit? Liegt es daran, dass die besten Kräfte der Partei bereits im Bundestag vertreten sind? Oder reicht als Erklärung der schlichte Umstand aus, dass es ja in Bayern auch sieben Stimmbezirke mit eigenen Listen gibt? Hier wäre ein erklärender Kommentar zum Landesparteitag ein durchaus angemessener Leser-Service gewesen.

Auch im Juli agieren die Nürnberger Nachrichten wieder ähnlich. Neben kleinen Meldungen können folgende Artikel zur AfD als markant gelten:



Wirbel um Rechten-Demo: Hitlergruß und Judenhetze (2.7.)

Nach AfD-Attacken: SPD-Schichtdienst im Bundestag geplant (8.7.)

Umfrage: AfD auf Rekordwert von 17% (8.7.)

AfD klettert auf 17,5 Prozent und überholt die SPD (10.7.)

Linksrutsch? Initiative will CSU zurück zur Mitte führen (13.7.)

Kalenderblatt: Lücke gründet AfD (18.7.)

Iris Berben: Protest gegen AfD soll lauter werden (19.7.)

Weil wirft CSU Schädigung Deutschlands vor (20.7.)

CSU-Politiker auf Distanz zu Seehofer (20.7.)

EU-Ausländer als Bundeswehrsoldaten (21.7.)

SPD schiebt sich wieder vor AfD (23.7.)

Den Wirbel um die rechte Demo hat wiederum Alexander Brock beschrieben und dass es in der CSU um Josef Göppel erste Kräfte gibt, die sich formieren, um die Regierungspartei „zurück zur Mitte“ zu führen, beschreibt der Redaktionsvolontär Kilian Trabert am 13. Juli. Derselbe Tatbestand wird dann aber noch einmal sieben Tage später wiederholt, diesmal allerdings in Form eines *dpa*-Artikels vom 20. Juli. Der Rest der Berichterstattung zur AfD stammt einfach komplett von *dpa* und konzentriert sich im Wesentlichen auf den jeweiligen Stand der Umfragen zur Landtagswahl. Gegenüber anderen Themen – Asylstreit zwischen CDU und CSU oder BAMF-Affäre – ist die AfD ein eher peripherer Berichtsgegenstand. Hier und da gibt es mal ein Statement von Alice Weidel (zu EU-Ausländern als Bundeswehrsoldaten) oder ist die *dpa*-Wiedergabe eines andernorts geführten Interviews (mit Iris Berben) zu lesen. Dass die *Nürnberger Nachrichten* gleichwohl vor allem ein Klientel bedienen, das AfD-kritisch ist, ist auch einigen abgedruckten Leserbriefen zu entnehmen: Da ist von „AfD-Schar-

latanen“ (15.6.) die Rede, oder die Wortwahl des Ministerpräsidenten Markus Söder wird kritisiert, die inzwischen einen „Ekelfaktor“ erreicht habe, den man „sonst nur von Höcke, Poggenburg oder Gauland“ kenne (19.6.). Auch im Lokalteil (27.6.) wird wie selbstverständlich von „AfD-geplagten Zeiten“ gesprochen. Zur AfD gibt es ansonsten aber keine fortgeführte, weitergehende oder kontinuierliche Berichterstattung. Es gibt auch keine örtlichen Konkretisierungen, etwa Berichte von Versammlungen, Wahlkampfstrategien oder gar Portraits von Kandidaten oder Anhängern dieser Partei. Es gibt auch keine Auseinandersetzung mit Argumenten oder Positionen der AfD, keine Kommentierung oder gar tiefgründigere Auseinandersetzung mit dem Phänomen des politischen Populismus, was sich in der „heißen“ Wahlkampfphase natürlich noch ändern kann.

4.3 Die AfD-Berichterstattung der „Oberhessischen Presse“

Wie sah im selben Berichtszeitraum – diesmal in Vorbereitung der Landtagswahlen in Hessen – die Berichterstattung der in Marburg beheimateten *Oberhessischen Presse* über die AfD aus? Rein quantitativ ist der Unterschied zu den *Nürnberger Nachrichten* nicht so groß. In den drei Monaten, die untersucht wurden, gab es insgesamt 82 Artikel, in denen die AfD – zentral oder marginal – eine Rolle spielte. Das ist eine etwas seltenere Erwähnung der AfD im hessischen Blatt gegenüber dem fränkischen, aber die Dimension ist in etwa gleich. Versuchen wir wieder zu gewichten, in wie vielen

Artikel die AfD – wieder fassen wir diese Kategorie eher weit – im Zentrum des Artikels stand und in welchen diese Partei eher nur erwähnt oder deren Repräsentanten zitiert wurden, so ergibt sich folgendes Bild:

- 41 Artikel, in denen die AfD nur beiläufig erwähnt oder zitiert wird.
- 41 Artikel, in denen die AfD eine zentrale Rolle spielt.

Man kann also sagen, dass generell das Verhältnis von peripherer Erwähnung und zentraler Berichterstattung in der Dimension ähnlich ist wie in den *Nürnberger Nachrichten*. In der *Oberhessischen Presse* stehen insgesamt etwas weniger Artikel zur AfD als in den *Nürnberger Nachrichten* im gleichen Zeitraum, dafür ist die AfD im Marburger Blatt relativ etwas häufiger zentraler Gegenstand der Artikel.

Schauen wir uns auch bei der *Oberhessischen Presse* die wesentlichen Artikel zur AfD im Einzelnen an. Im Monat Mai waren folgende Artikel markant:



- Auf dem Weg ins AfD-Land (eine Recherche u. a. in Thüringen und Südbrandenburg) (2.5.)
- Spahn und Seehofer schaden der AfD kaum (Interview mit dem Politologen Aiko Wagner) (2.5.)
- Wie die AfD bei den Identitären um Kandidaten wirbt (Es geht um Halle an der Saale) (2.5.)
- AfD will auf Parteitag Landeswahlprogramm beschließen (5.5.)

AfD will mit zweistelligem Ergebnis in den Landtag einziehen (5.5.)
 dpa-Meldung zur AfD-Presskonferenz in Potsdam (8.5.)
 AfD wird aktuelle Stunde im Kreistag verwehrt (10.5.)
 AfD plant radikalen Systemwechsel bei der Rente (16.5.)
 Paritätischer Wohlfahrtsverband stellt sich gegen AfD (18.5.)
 Russen flogen AfD-Politiker mit Privatjet ein (22.5.)
 Darf die AfD beim FC Landtag mitspielen? (Es geht um Niedersachsen) (22.5.)
 AfD zahlt Demo-Teilnehmern Geld (24.5.)
 Hitlerbärtchen über AfD-Wahlplakat geklebt (26.5., online bereits am 24.5.)
 AfD wählt Delegierte für Europa-Bundespartei (26.5.)
 Habeck: Politiker machen ‚dumme Fehler‘ im Umgang mit der AfD (27.5.)

Auch für die Berichterstattung der *Oberhessischen Presse* gilt, was schon bei den *Nürnberger Nachrichten* auffiel: Das Gros der Berichte über die AfD bezieht sich auf die Bundespolitik. In der Regel sind es kurze Meldungen und viele davon (zur Pressekonferenz in Brandenburg, zum Paritätischen Wohlfahrtsverband, zum Demo-Geld) stammen direkt von *dpa*. Das ist ähnlich wie bei den *Nürnberger Nachrichten* – die Berichterstattung wirkt stark agenturgesteuert. Aber viel häufiger als in den *Nürnberger Nachrichten* werden auch Autorennamen genannt und es liegen immer wieder eigene Recherchen den Artikeln zugrunde. Auto-

rennamen, die häufiger auftauchen, sind dann etwa Jan Sternberg, Marina Korbaki oder Ole Ziemniak. Bei diesen Autoren steht in der Regel noch ein Kürzel hinter dem Namen, das unter manchen Artikel auch alleine auftaucht: *RND*. Das ist die Abkürzung für das *Redaktionsnetzwerk Deutschland*, die Zentralredaktion für die Zeitungen der Madsack-Zeitungsgruppe. Hier ist ersichtlich, dass die *Oberhessische Presse* inzwischen zwar wieder auf den eigenen Füßen des regionalen Verlags Hitzeroth steht, aber beim Rückkauf der Madsack-Anteile vereinbart wurde, dass die Zeitung in der Politik-Berichterstattung auf das *RND* zurückgreifen kann. Das ist untertrieben: *RND* prägt die Politikberichterstattung im Mantelteil der *Oberhessischen Presse* und damit eben auch die Berichterstattung über die AfD ganz wesentlich. So kommen zwar tatsächlich originelle Recherchen in der *Oberhessischen Presse* vor, sie haben aber in der Regel gar nichts mit Hessen oder der Region zu tun. „Auf dem Weg ins AfD-Land“ handelt eben von Thüringen und dem südlichen Brandenburg, und die Frage, ob die AfD beim FC Landtag mitspielen darf, wurde gerade in Niedersachsen verhandelt. Die Recherche zu den Identitären findet in Halle an der Saale statt, was insofern etwas verblüfft, als einer der zentralen Akteure, Andreas Lichert, parallel auf Platz 5 der AfD-Landesliste in Hessen gewählt wird und gerade im hessischen Groß-Karben eine Projektwerkstatt für die Neue Rechte aufgebaut hat. Nun kann eine regionale Zeitung natürlich durchaus wichtige Dinge aus anderen Regionen berichten, die Auswahl erscheint aber doch sehr willkürlich.

Und das erst recht, wenn man es mit dem Einsatz der eigenen Kräfte im unmittelbaren Einzugsgebiet der Zeitung vergleicht. Ein Landesparteitag der hessischen AfD fand am ersten Maiwochenende in Gießen statt. Dort wurde das Wahlprogramm beschlossen. Anschließend wurde die Landesliste in zwei Schritten gewählt. Obwohl Gießen direkt neben Marburg liegt, berichtet die *Oberhessische Presse* von beiden wichtigen politischen Ereignissen nur in Form knapper *dpa*-Meldungen. Das gilt auch für die Benennung der beiden Direktkandidaten der AfD für die Wahlkreise Marburg-Biedenkopf. Es gibt keine eigene Reportage, keine eigenen Eindrücke, keine eigenen Portraits. Offenbar war niemand aus der Redaktion vor Ort. Auch vom Landesparteitag der AfD Ende Mai aus dem hessischen Bad Volkmarzen gibt es wiederum nur eine *dpa*-Meldung.

Jenseits von *dpa* und *RND* gibt es im Monat Mai genau zwei kleine Artikel, in denen die AfD eine Rolle spielt. Da ist einmal das angemalte Hitlerbärtchen auf einem AfD-Wahlplakat. Nun gibt es solche Malereien häufiger – und keineswegs nur auf AfD-Plakaten. Aber die Zeitung teilt mit, dass der Staatsschutz ermittelte und ruft die Leser auf: „Wer kann Angaben zu den Tätern machen“. Das Ganze hat auf einem Real-Parkplatz in Wetzlar stattgefunden: Der Artikel ist hausgemacht und wirkt doch etwas übertrieben. Im zweiten aus eigener Kraft erstellten Artikel geht es um den Kreistag. „AfD wurde aktuelle Stunde im Kreistag verwehrt“, lautet die Überschrift. Das klingt, als habe der Kreistag da etwas falsch oder zumindest unüberlegt gemacht, als sei die AfD womöglich benachtei-

ligt worden. Tatsächlich sagt der Artikel aber etwas anderes. Es gab ein Gerichtsurteil, das dem Vorsitzenden des Kreistages ausdrücklich bescheinigt: Seine Entscheidung, der AfD eine aktuelle Stunde zu verweigern, war richtig. Die Redaktion schreibt also aus eigener Kraft im gesamten Monat Mai zur AfD einmal über einen eher marginalen Vorfall (Plakat bemalt) und einmal zumindest missverständlich. Alles andere stammt von *dpa* oder *RND*.

Schauen wir uns im Folgenden die markanten Artikel zum Thema AfD in der *Oberhessischen Presse* im Monat Juni an. Diesmal schreiben wir die Quellen gleich dahinter:



FDP: Untersuchungsausschuss ja, Absage an AfD (RND, 4.6.)

Ein Vogelschiss – und die Realität (4.6.)

„Haben Sie Nazis in ihrer Fraktion, Frau Guth?“ (Übernahme aus der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung/Madsack, 7.6.)

Augsburger Hotel „3 Mohren“ will keine AfD-Gäste (RND, 8.6.)

Blendgranaten der Provokation (9.6.)

Bordellbesuch, Schlammschlacht in der AfD (Es geht um Mecklenburg-Vorpommern und der Autor, Frank Pubantz, ist der Landeskorrespondent der Ostsee-Zeitung in Rostock, 12.6.)

Marburg-Preis für Eintracht Präsident (13.6.)

AfD fürchtet Beobachtung ihrer Jugend durch den Verfassungsschutz (Jan Sternberg/RND, 14.6.)

Landtag erinnert an tote Susanna (dpa, 21.6.)

*Politik macht
die Zentrale*

Hessen-Themen für die Hessenwahl (22.6.)
 Bayerns Antwort auf die AfD (RND, 27.6.)
 AfD-Fraktionschefin Weidel offen für Koalition mit der CSU (Jan Sternberg/RND 29.6.)
 Steinmeier schämt sich für Aussagen der AfD (RND/dpa 29.6.)
 Gauland fordert Seehofer zum Sturz von Merkel auf (RND/dpa 30.6.)
 Erika Steinbach führt AfD-Parteistiftung (RND/dpa, 30.6.)

Der Präsident des Fußballvereins Eintracht Frankfurt hat einen Preis in Marburg bekommen. Er will AfDler, die in den Verein drängen, nicht als Mitglieder aufnehmen. Darum kommt die AfD in dem Bericht über die Preisverleihung vor. Das ist im Monat Juni der einzige Beitrag der heimischen Redaktion der *Oberhessischen Presse* zum Thema – alles andere stammt von *dpa* oder dem *RND*. Das Gros der Artikel sind einfache Meldungen oder Berichte zum überregionalen Agieren der AfD. Es geht vor allem um einzelne Ereignisse oder um Provokationen der AfD. Außerdem gibt es noch ein Interview mit der AfD-Fraktionsvorsitzenden aus dem niedersächsischen Landtag und einen Skandalbericht (Bordellbesuch) aus Mecklenburg-Vorpommern. Am 4. und 5. Juni behandeln gleich drei Artikel die „Vogelschiss“-Äußerung von Alexander Gauland.

Hier allerdings gibt es auch eine löbliche Ausnahme. Der Zeitungsteil, den andere Publikationen „Panorama“ überschreiben, heißt bei der *Oberhessischen Presse* „Die Welt“. Auf dieser Seite gibt es eine Kommentarspalte unter dem Rubrum „Meinung zum Tage“, das

Konterfei des Kommentierenden ist abgebildet. Michael Agricola ist Mitglied der Marburger Lokalredaktion – er ist auch Blogger – und widmet sich zweimal kritisch argumentierend der AfD. In „Ein Vogelschiss – und die Realität“ erklärt er, dass ein Tabubruch und die darauffolgende „Unschuldssfassade“, also eine Relativierung des Ekklats, eine „durchsichtige Taktik“ der AfD sei. Am 9.6. beschreibt er in „Blendgranaten der Provokation“, dass die AfD stets versuche, sich als Opfer zu inszenieren.

Bevor wir daraus einige verallgemeinerbare Schlussfolgerungen ziehen, schauen wir uns noch in gleicher Detailtreue die Behandlung der AfD durch die *Oberhessische Presse* im Monat Juli an. Wieder lässt sich natürlich darüber streiten, was markante Artikel zur AfD sind, aber die folgende Liste gibt schon einigen Aufschluss:



- AfD wird zur Altpartei (Jan Sternberg/RND, 1.7.)
- Rekordwert: AfD in Umfrage gleichauf mit SPD (RND/dpa, 8.7.)
- Petry und Weidel nehmen Seehofer in Schutz (RND/dpa 12.7.)
- Weidel sieht Österreichs Regierungsmodell als Vorbild für Deutschland (RND/dpa, 15.7.)
- Berliner Christopher Street Day schließt AfD aus (RND/dpa, 16.7.)
- Europäische Rechtsparteien planen Bündnis (Jan Sternberg/RND, 21.7.)
- Polizei ermittelt nach AfD-Wahlveranstaltung (dpa 23.7.)

Seehofer punktet vor allem bei AfD-Wählern (Andreas Niesmann/RND, 25.7.)

Will AfD-Chefin Weidel jetzt die Schweiz annectieren? (RND, 24.7.)

AfD-Sprecher in Marburg als Nazi beschimpft (26.7.)

FDP: Verfassungsschutz muss Vorwürfe im Umgang mit AfD ausräumen (Thoralf Cleven/RND, 31.7.)

Im Kern ergibt sich wieder dasselbe Bild: Es gibt hauptsächlich Meldungen und Berichte über das bundespolitische Wirken der AfD. Das wird alles von *dpa* oder *RND* bestritten. Obwohl ein Vorfall in Hessen stattgefunden hat, nämlich die Ermittlung gegen drei Männer wegen des Verdachts auf Körperverletzung nach einer AfD-Veranstaltung in Hanau-Steinheim (23.7.), wird auch dazu nur auf einen *dpa*-Bericht zurückgegriffen. Einen einzigen Artikel gibt es, der von Tobias Kunz aus der Lokalredaktion der *Oberhessischen Presse* stammt. In diesem Artikel wird nur referiert, dass sich der Sprecher der AfD-Kreispartei darüber beschwert, er sei in Marburg als Nazi beschimpft worden. Offenbar ist er auf Personen aus der so genannten „Antifa-Szene“ gestoßen. Aber weitere Einzelheiten erfährt der Leser nicht. Es gibt auch keine Einordnung dieser Beschwerde in irgendeinen Kontext oder eine Recherche darüber, um welche Art von Auseinandersetzung es sich wohl gehandelt hat. Da hätte man auch gleich die entsprechende Pressemitteilung der AfD abdrucken können.

Ein etwas merkwürdiger Artikel stammt von Jan Sternberg vom *RND*, der sich dort mit der

AfD beschäftigt. Er trägt die seltsam anmutende Frage im Titel, ob Alice Weidel jetzt die Schweiz annectieren wolle (24.7.). Worum geht es? Die Ko-Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag hat in ihrem Urlaub in der Schweiz größere Wandertouren absolviert. Dazu hat sie ein Bild getwittert und mit einem etwas seltsamen Spruch versehen: „Ist der Weg auch noch so steinig, werden wir diesen zusammen meistern. Holen wir uns unser Land zurück!“ Das ist etwas schräg, schief-pathetisch oder wie auch immer. Im Netz gab es zunächst einiges Hin und Her über den Ort, an dem das Foto geknipst worden sei, bis die Nutzer zweifelsfrei den Gotthard identifizierten. Dann setzte die Häme ein, dass Frau Weidel also offenbar die Schweiz annectieren wolle, da sie ja „unser Land“ zurückholen wolle. Alle möglichen Medien – von *focus.de* bis *stern.de* – haben dann das Internet-Witzchen aufgegriffen und 1:1 wiedergegeben. Am Ende macht dann eben auch der *RND*-Redakteur noch einen Artikel daraus, der den Weg in alle Madsack-Blätter findet. Weidel ist omnipräsent und anstelle einer ernsthaften Auseinandersetzung gibt es einen Witz, von dem jeder weiß, dass er nicht zutrifft. Das ist bequemer Reiz-Reaktions-Journalismus.

Auch nach der Sichtung der Juli-Artikel verändert sich das Bild nicht. In der Berichterstattung der *Oberhessischen Presse* über die AfD dominiert das bundespolitische Agieren. Es gibt vor allem knappe Berichte und Meldungen über einzelne Ereignisse oder über die Provokationen der Partei. Die Zahl der Artikel ist etwas geringer als die in den *Nürnberger Nach-*

richten, was alleine aber noch keine aussagekräftige Kritik wäre. Auch in den *Nürnberger Nachrichten* wird die AfD eher peripher behandelt, was aber durch den Chefredakteur den Lesern als Linie des Blattes erklärt wird, sich nicht zum Werkzeug der AfD zu machen und ihr im Zweifelsfalle eher mit Nichtbeachtung zu begegnen.

Die Berichterstattung der *Oberhessischen Presse* ist allerdings dominiert von *dpa*-Agenturmeldungen einerseits und der Prioritätensetzung der Madsack-Zentralredaktion *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* auf der anderen Seite. Die Auswahl der Artikel aus anderen Bundesländern (Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern) wirkt willkürlich.

4.4 Fazit: kaum Hintergrund, wenig „Großes“ im Lokalen

Bemerkenswert für die *Oberhessischen Presse* ist, dass man nach der Lektüre den Eindruck gewinnen könnte, dass es die AfD in der eigenen Region gar nicht gibt. In den *Nürnberger Nachrichten* kommen noch einzelne Artikel aus dem eigenen Verbreitungsgebiet vor, vom Augsburger Parteitag der AfD und den Gegendemonstrationen wurde recht ausführlich berichtet. Der hessische Landesparteitag der AfD fand in Gießen statt, sowohl über das Wahlprogramm, das ausgegebene Wahlziel als auch die örtlichen Direktkandidaten berichtet die *Oberhessische Presse* nur in Form von *dpa*-Meldungen. Das spezifisch Regionale wirkt so als Klein-klein (ein Plakat wird bemalt, ein AfD-Sprecher beschimpft).

Eine Ausnahme bieten allein die Kommentare des Lokalredakteurs Michael Agricola, der sich auch die „großen“ Themen (Tabubruch und Relativierung, Inszenierung als Opfer) vor die Brust nimmt. Das unterliegt aber der Gefahr, unausgewogen zu wirken, weil es nicht gleichermaßen Berichte und Recherchen aus der Region gibt.

Analytische Artikel oder gar eine argumentative Auseinandersetzung mit der AfD gibt es in beiden Zeitungen – trotz gelegentlicher Kommentare – so gut wie gar nicht. Eine Auseinandersetzung mit der AfD als Ausdruck einer gesellschaftlichen Tendenz sucht man ebenso wie Grundsatzkritik am Rechtspopulismus vergebens.

Das ist besonders verblüffend: Anders als in den *Nürnberger Nachrichten*, in deren Politikteil die bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen eine große Bedeutung haben, spielt in der AfD-Berichterstattung der *Oberhessischen Presse* die hessische Landtagswahl so gut wie keine Rolle. In den *Nürnberger Nachrichten* sind zwar kaum spezielle Artikel über Versammlungen der AfD oder über das Agieren einzelner Kandidaten zu lesen, auch hier sind die örtlichen Themen eher klein (Farbbeutelwurf auf AfD-Büro), aber die AfD spielt in den Gesamtbetrachtungen zur Wahl und insbesondere in der Beschreibung von Strategie und Taktik der CSU immer eine Rolle. In der *Oberhessischen Presse* dagegen gibt es die AfD zwar vereinzelt bundespolitisch, aber örtlich nur ganz selten und nur mit Mini-Themen (Plakat, Beschimpfung). Eine Ausnahme ist erneut der Lokalredakteur Michael Agricola,

der am 22. Juni 2018 zum ersten und einzigen Mal im Untersuchungszeitraum ausführlich über die Landtagswahl schreibt. Er prognostiziert, dass die AfD „ziemlich sicher“ in das hessische Parlament einziehe, während es vermutlich für die bisherige schwarz-grüne Regierungskoalition nicht mehr reichen werde. Er vermutet, dass die Große Koalition für Hessen „die wahrscheinlichste Regierungskoalition“ sein werde.

Nun wird sich diese Abstinenz gegenüber der Landtagswahl sicher in den Monaten August, September und Oktober noch ändern, dennoch zeigen sich – bei der *Oberhessischen Presse* noch deutlicher als bei den *Nürnberger Nachrichten* – in der Berichterstattung über die AfD Schwächen, die auch auf aktuelle Probleme der Regionalzeitungen verweisen.

Eigentlich ist es ja deren Aufgabe und Stärke, die eigene Region zu kennen und auszuleuchten und so die Leser darüber kontinuierlich auf dem Laufenden zu halten. Bei der AfD aber dominiert die durch Agenturberichte vermittelte Bundespolitik. So entsteht folgender Eindruck: Es gibt Ereignisse rund um die AfD; AfDler geben Statements ab; die Partei provoziert und verursacht Skandale. Es gibt die AfD, aber kaum bei uns in der direkten Umgebung.

Aber ist das nicht gerade Sache der Regionalzeitungen: diese Umgebung, den gesellschaftlichen Nahbereich neugierig zu durchforschen? Wie sehen die AfD-Versammlungen aus? Was wird da verhandelt? Wer geht dahin? Wer sind die Kandidaten oder Sympathisanten? Wie erlangt diese Partei Einfluss – in

Vereinen, in der Jugend? Das Große im Kleinen zu erkennen, die Welt in der Nussschale der eigenen Umgebung zu entdecken und zu analysieren, das ist eigentlich die vornehmste Aufgabe des Lokaljournalismus und der regionalen Abo-Zeitungen. Wenn der Politikteil das „Große“ behandelt, das aber nur aus zusammengehefteten Agenturmeldungen besteht, die zum großen Teil am Vortag schon in den Nachrichten vorkamen und im Lokalteil dann nur noch „Kleines“ auftaucht, machen sich die Zeitungen, die einst tatsächlich das Rückgrat der deutschen Zeitungslandschaft waren, weitgehend überflüssig. Und das liegt nicht an den Lesern und auch nicht am Internet, sondern am ideenlosen Journalismus.

Die Ursachen sind nicht sicher auszumachen: Liegt es an mangelnder redaktioneller Kraft oder an falscher Prioritätensetzung, wenn selbst von den Parteitagen in der Nachbarschaft nur *dpa*-Meldungen veröffentlicht werden? Oder ist dies alles Ausdruck einer generellen Zentralisierung der Tagespresse? Der Zeitungsforscher Horst Röper hat festgestellt, dass inzwischen 61,6 Prozent der Tageszeitungen aus nur zehn großen Verlagen stammen. Die Verlagsgruppe Madsack liegt auf Rang 5. (Üruk, www.kress.de, 12.6.2018)

Auf jeden Fall hat die Zentralisierung der Politikberichterstattung in den Händen des *RND* von Madsack für das Erscheinungsbild der *Oberhessischen Presse* fatale Folgen: Politik wirkt weit entfernt oder willkürlich ausgewählt, die eigene Berichterstattung aus der Nähe entpolitisiert. Nur ein Redakteur, Michael Agricola, lässt hin und wieder erkennen, dass

Potenzial für ein organischeres Zusammenwirken von großer Bundespolitik und Berichten oder Kommentaren aus der Region vorhanden ist.

Journalisten, die sich austauschen und auch Medienkritiker, die Anregungen geben wollen, beziehen sich in der Regel auf die großen bundesweiten Publikationen. Da ist Austausch sinnvoll, da ist Kritik immer wieder angebracht. Wer aber wirklich etwas erfahren

will über den publizistischen Alltag und den tatsächlichen Zustand unserer Öffentlichkeit, darf sich nicht nur zwischen den Leuchttürmen bewegen, sondern muss auch einmal einen Blick in das Kellergeschoss werfen. Die hier vorgenommene kritische Würdigung der AfD-Berichterstattung der Nürnberger Nachrichten und der Oberhessischen Presse zeigt, dass zumindest für die Presselandschaft gilt: Sie schwächelt an der Basis.

5 „When they go low, we go high“ – guter Journalismus als Teil einer politisch-kulturellen Initiative

Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist erstmals eine populistische Rechtspartei, die völkisches Gedankengut mobilisiert, rassistische Grenzüberschreitungen erprobt und nationalistische Entwicklungen unterstützt in den Deutschen Bundestag eingezogen. Seitdem wird allenthalben diskutiert: Wie sollen die Medien mit dem Phänomen des Rechtspopulismus und mit dieser Partei umgehen?

Schon in diesem „sollen“ steckt eine Verkürzung. Es gibt keinen simplen Imperativ, keine einfache Anweisung, was zu tun ist. Viele Gruppen und Akteure in der Gesellschaft wirken hilflos. Auch viele Journalisten sind unsicher. Das ist nicht schlecht. Denn es zeigt, dass die Ursachen für den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der AfD komplex sind. Es ist ja nicht einmal die Dimension des Problems klar: Handelt es sich um eine neue Herausforderung innerhalb der Demokratie oder um eine Herausforderung der Demokratie?

Zunächst einmal gilt es, die spürbare Verunsicherung produktiv zu machen. Es helfen weder Hektik, spontane Reflexe, noch Empörung. Etwas mehr Gelassenheit und reflektierte Souveränität ist auf allen Seiten, bei der parteipolitischen Konkurrenz, zivilgesellschaftlichen Initiativen und auch im Journalismus wichtig.

Die AfD ist eine Herausforderung, sich auf die Grundlagen der eigenen Arbeit zu besinnen. Dazu gehört unbedingt der redaktionelle Wille, die Welt zu verstehen, nicht an der Oberfläche zu verharren, sondern Hintergründe zu erforschen und aufzuschlüsseln, sich nicht von Moden oder Stimmungen treiben zu lassen, sondern selbst Schwerpunkte zu setzen,

nicht von Ereignis zu Ereignis zu hüpfen, sondern kontinuierlich zu berichten, Strukturen erkennbar zu machen und nicht nur Personal zu beschreiben. Voraussetzung dafür ist eine redaktionelle Diskussionskultur.

Wer es nur schafft, Seiten oder Sendepläne zu füllen, Agenturmeldungen oder Pressemeldungen weiter zu verbreiten, stößt an Grenzen. Diese Untersuchung kam nicht umhin, eine große qualitative Differenz in der Berichterstattung über die AfD zwischen den großen überregionalen Medien und zwei ausgesuchten regionalen Abo-Zeitungen aus Hessen und Bayern festzustellen. Hier zeigt sich ein strukturelles Problem.

5.1 Journalismus als ein Element der Demokratie

Das vornehme Anliegen des Journalismus besteht aktuell darin, nicht nur wahrhaftig zu berichten und die Meinungsbildung der Bürger anzuregen, sondern die Existenz einer demokratischen Öffentlichkeit selber zu verteidigen. Das bedeutet einerseits, das „Prinzip Redaktion“ auch gegenüber der „großen Geiztheit“ (Pörksen 2018) der sozialen Netzwerke aufrechtzuerhalten. Auch wenn Journalisten nicht mehr die alleinigen „gatekeeper“ sind, tragen sie redaktionelle Verantwortung. Es bedeutet andererseits, noch stärker im Alltag der Bürger präsent zu sein, auch als klassische Medien dialogische Strukturen der Kommunikation zu etablieren, mehr zu erklären und das „Prinzip Redaktion“ transparent zu gestalten. Das Erklären der eigenen Arbeitsweise, der Dialog und die Korrektur sind zum

festen Bestandteil der journalistischen Arbeit geworden.

Auch wenn manches Bemühen vergebens erscheint, wenn viele Menschen scheinbar gar nicht mehr erreichbar sind, wenn sie in ihrer Mediennutzung einen eleganten Slalomlauf um seriöse Informationen herum veranstalten oder sich in Blasen der Selbstbestätigung wohlfühlen, auch wenn sich klassische Medien mit Reichweiteinbußen und ökonomischen Problemen konfrontiert sehen – es bleibt nichts anders als die *Demokratie mit demokratischen Mitteln zu verteidigen*. Und das vornehmste Mittel dazu ist der *rationale Diskurs*, die Unterscheidung von Tatsachen und Meinungen, der Austausch von Argumenten, der Streit über Begriffe. Das ist etwas anderes als die Konfrontation von Bekenntnissen. Es nützt wenig, sich wechselseitig Appelle zuzurufen. Demokraten brüllen nicht zurück (vgl. Sandel, Spiegel, 19.5.2018). Sie pöbeln nicht. „*When they go low, we go high*“, Michelle Obamas Kommentar zu den Auswüchsen des US-Wahlkampfes gilt weiter.

Dies ist nicht nur eine Frage des Stils. Es ist auch deswegen sinnvoll, weil viele AfD-Wähler ohnehin das Gefühl haben, ihre Arbeit und Lebensweise werde nicht geachtet. Respekt wird aber nicht durch Anbiederung erreicht. Es geht eher darum, das moralische Vakuum, das auch viele der Frustrierten spüren oder nur unbewusst ausdrücken, zu füllen.

Die AfD ist der konzentrierte Ausdruck recht unterschiedlicher Enttäuschungen und Ängste. Darum hat sie Zulauf. Wäre sie nur eine Erfindung von ein paar über den Rand gerutschten ehemaligen Konservativen, würde

sie rasch wieder in sich zusammenfallen. Sie bündelt vielerlei Unmut und gibt ihm Form und Inhalt. Sie hat sich als Partei formiert, weil sie allen Anhängern suggerieren kann, deren Kampf um das jeweils Eigene (gegen das Fremde, gegen die da oben etc.) sei ein Kampf für die Allgemeinheit. Sie wirkt wie ein Sturm, der manche bisherige Gewissheiten aufwirbelt. *Sie ist gekommen, um zu bleiben*. Sie hat die Chance dazu und setzt sich zunächst einmal das Ziel, weitergehend zu expandieren. In Sachsen würde sie bei den Landtagswahlen gerne stärkste Partei vor der CDU werden, in Thüringen den einzigen linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ablösen, und langfristig peilt auch André Poggenburg in Sachsen-Anhalt an, aus der politischen Isolation auszubrechen und (mit) zu regieren. Der Autor dieser Studie geht davon aus, dass die Existenz der AfD nicht von kurzer Dauer sein wird, auch wenn noch nicht ausgemacht ist, wie lange und mit welcher inhaltlichen Orientierung sie überleben wird. Noch ist beides möglich: der Weg in die Isolation ganz Rechtsaußen und die dauerhafte Etablierung als stabile rechts-nationale Partei.

Das muss noch keine Krise der Demokratie sein, zeigt aber zumindest deutliche *Erschütterungen innerhalb der Parteienlandschaft*. Es kann als einigermaßen sicher gelten, dass es Volksparteien, wie sie für die alte Bundesrepublik typisch waren, so nicht mehr geben wird (Nolte, Tagesspiegel, 3.4.2016).

Das wirft natürlich die Frage nach neuen Formen der Mitsprache, der kommunalen Bürgerbeteiligung, der zivilgesellschaftlichen Ak-

tivitäten und direkten Demokratie auf. Wie immer diese im Einzelnen beantwortet wird, geht sie von einem Ideal aus: dem mündigen Bürger.

Darauf baut die Demokratie auf. Baut sie vor allem auf die Erwartung ständig steigenden Wohlstands, bewegt sie sich auf dünnem Eis. Setzt sie vor allem darauf, dass der Staat schon die Erwartungen und Wünsche erfüllen werde, stellt sie die Bürger still. Betoniert sind aber nur Diktaturen. Demokratie muss beweglich bleiben.

Der Mensch soll ein freies und selbstverantwortliches Individuum sein. Gerne darf jedes Individuum nach seiner Façon selig werden, aber das Dasein als Bürger erschöpft sich darin nicht. Der Bürger kümmert sich um mehr als um seine speziellen Interessen. Ein Gemeinwesen ist anders organisiert als das beliebte Fernsehformat der „Wahlarenen“, wo Bürger auf Politiker treffen und der Altenpfleger etwas zur Altenpflege fragt, der Schwule zur Homo-Ehe und der Handwerker zur Steuerenkung. Gemeinsinn ist mehr als die Addition der Egoismen.

Trotz aller neuen Erkenntnisse der Hirnforschung, die gelegentlich an der Freiheit des Willens zweifeln lassen, trotz aller Manipulationsstrategien, die neuerdings verniedlichend „nudging“ heißen, trotz aller Algorithmen und Filterungen, die wir weder kennen noch beeinflussen können, bleibt am Ende als Substanz der Demokratie nichts anderes übrig, als auf die Vernunft der freien Individuen zu setzen. Der Journalismus kann zu einem ganz kleinen Teil dazu beitragen, sie zur Geltung zu bringen. Mehr nicht.

Viele größere und umfassendere gesellschaftliche Anstrengungen sind nötig – sie reichen von den Schulen bis zum Ehrenamt, von der Ausbildung bis zu den Vorbildern. Es braucht keine Gesetze (wie Franziska Giffey das jüngst vorschlug) zur Förderung der Demokratie, sondern einen neuen zivilgesellschaftlichen Impuls, eine geistig-kulturelle Initiative.

Das freie Individuum, der mündige Bürger ist immer auch ein gebildeter Mensch. Nun hat die deutsche Geschichte zur Genüge gezeigt, dass nicht Bildung im Sinne einer akademisch-intellektuellen Qualifikation eine Bastion gegen totalitäre Versuchungen ist, sondern Herzensbildung. Aber ohne Wissen, Kenntnisse und Lernbereitschaft ist auch eine Ethik der Empathie kaum denkbar.

Die Existenz der AfD hat da geholfen, einige fundamentale Defizite zu verdeutlichen.

5.2 Nichts geht ohne Geschichte und Kultur

Zunächst ist da die deutsche Geschichte. Die Aussage der AfD, die dürfe nicht allein auf die zwölf dunklen Jahre von 1933-45 reduziert werden, ist trivial. Man sollte jedoch schon ein paar Ideen dazu haben, wie es zur Nazidiktatur kommen konnte. Es wirkt aber tatsächlich oft so, als sei die jetzige Generation eine besonders gegenwärtige, die sich ihrer Wurzeln und ihres Herkommens weniger bewusst ist als es früher der Fall war, als stabile Milieus ihr Wissen weitervererbten oder lange Ahnenreihen in Familie und Arbeit Traditionsbewusstsein schufen. Ein breites Geschichtsbewusstsein,

das vom Dreißigjährigen Krieg über Friedrich den Großen bis zur Reichsgründung in Versailles reicht, vom Hambacher Fest, wo sich die Beteiligten nicht nur unter der schwarz-rot-goldenen Fahne versammelten, sondern bewusst auch die französische Trikolore als Symbol der Freiheit wehen ließen, über die Frankfurter Paulskirche bis zu Bismarck, dem Kolonialismus in Deutsch-Südwestafrika, den Schützengräben von Ypern und den Versuchen von Rathenau, Ebert oder Stresemann, die schwache Weimarer Republik zu stabilisieren, bis hin zu Aufstieg und Fall des Hitler-Faschismus – das muss heute bewusst gelehrt, vermittelt und angeeignet werden. Ob es die populäre TV-Serie „Holocaust“ war, der wissenschaftliche Historikerstreit oder die Wehrmachtsausstellung: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte gehört zum Mündigwerden der Bürger. Konstituierend für unser deutsches demokratisches Bewusstsein ist die Erinnerungskultur. Sie muss sich jetzt verändern zur Erinnerung ohne Augenzeugen. Im Kern zeigt sie, dass der Holocaust keine Meinung und unser Verfassungsbogen letztlich vom „Nie wieder!“ definiert ist. Das gehört auch in Bildung und Ausbildung, erst recht natürlich in die Ausbildung von Journalisten. Das Trimmen aller Bildung hin auf verwertbares Wissen ist bedenklich. Genauso wie die aktuelle Tendenz in den Volontariaten, im Journalismus vor allem einen technischen Beruf zu sehen.

Dann ist da die deutsche Kultur. Anders als Frau Özoguz glauben wir, dass diese tatsächlich existiert bzw. dieser Begriff eine sinnvolle Verallgemeinerung darstellt. Natürlich hat sich diese Kultur nie abgeschottet von internatio-

nen Einflüssen herausgebildet, aber die Linien von Grimmelshausen über Goethe bis Thomas Mann und Brecht, von Kant bis Marx, von Caspar David Friedrich bis Gerhard Richter unterliegen schon nationaler Prägung. Wie Daniel Kehlmann den weltoffenen Abenteurer Alexander von Humboldt auf den nationalistischen Freiheitsturnvater Friedrich Ludwig Jahn treffen lässt, wie Herfried Münkler den deutschen Mythen nachspürt, wie Florian Illies Caspar David Friedrich ebenso würdigt wie den Aldi-Tüten-Erfinder Günter Fruhtrunk, wie der „Kanak-Sprak“-Erfinder Feridun Zaimoglu über die Nibelungen schreibt und sich Martin Luther zur Brust nimmt – alles das ist deutsche Kultur. Dazu gehört Peter Lorre in „M – Eine Stadt sucht einen Mörder“ ebenso wie Rainer Maria Fassbinders „Liebe ist kälter als der Tod“, der Oscarfilm „Das Leben der Anderen“, Christoph Schlingensiefels „Terror 2000“ oder Fatih Akins „Gegen die Wand“. Auch wenn Musik eine international verständliche Sprache ist, sind Beethoven und Stockhausen, Kraftwerk und Udo Lindenberg doch auch deutsche Künstler. Hier wird bewusst nur aufgezählt und nicht gewertet, aber bemerkt werden kann schon, dass keine dieser kulturellen Hervorbringungen denkbar ist ohne die Auseinandersetzung mit der deutschen Wirklichkeit, den seelischen Reibungen an deren Härte, den Kontroversen um deren Deutung. Es ist ein Problem, wenn heute Generationen aufwachsen, die davon weitgehend unbeleckt sind. Denn das kulturelle Interesse ist meist eine gute Basis, um den Bürger in sich zu entdecken. Auch der Journalismus kann dabei ein wenig auf die Sprünge helfen.

Anhang

10 Fragen und Antworten von.....	96
Kai Gniffke (ARD)	96
Wulf Schmiese (ZDF)	98
Maria Fiedler (Tagesspiegel)	100
Michael Köhler (DLF)	103
Literaturverzeichnis	106
Bücher und Fachpublikationen	106
Artikel, Interviews, Broschüren und Einzelkritiken	108
Videos	114
Quellen	114
Hinweise zum Autor	116

Interview mit Kai Gniffke

Kai Gniffke ist seit 2006 Chefredakteur von ARD-aktuell; verantwortlich für Tagesschau und Tagesthemen

1. Wenn die AfD in Nachrichtentexten vorkommt, nennen Sie dann nur den Parteinamen oder verbinden Sie diesen mit Attributen („rechts-populistisch“, „national-konservativ“, „islam-kritisch“ o. ä.)? Die 5-Sterne-Bewegung in Italien nennen Sie ja auch immer „links-populistisch“. Gibt es dafür allgemeine Regeln?

Regeln dafür gibt es nicht. Es kommt darauf an, ob eine Partei beim Publikum einer Einordnung bedarf. Da die AfD mittlerweile im deutschen Politikbetrieb so etabliert ist, halten wir das in diesem Falle nicht mehr für nötig. Bei der 5-Sterne-Bewegung glauben wir hingegen, dass für das Publikum eine ungefähre Orientierung hilfreich ist.

2. Wann kommt die AfD in der „Tagesschau“ vor? Gibt es da eine allgemeine Regel?

Hier gelten die normalen journalistischen Regeln. Wir bemühen uns, alle Oppositionsparteien im Programm angemessen zu Wort kommen zu lassen. Dabei kann natürlich nicht jede Partei in jeder Sendung vorkommen. Wenn sich die größte Oppositionspartei zu einem Ereignis oder einer politischen Frage äußert, muss dies von Zeit zu Zeit in der Berichterstattung selbstverständlich auftauchen.

3. Halten Sie sich bei der Zahl der Beiträge zur AfD oder der Zahl von O-Tönen von AfD-Politi-

kern in Beiträgen in etwa an den Parteiproporz oder spiegelt diese Zahl ungefähr die Stärke der jeweiligen Partei im Bundestag wider?

Wir bemühen uns, die im Bundestag vertretenen Parteien angemessen abzubilden. Allerdings kann es journalistische Gründe geben, eine Partei zeitweise überproportional zu berücksichtigen wie z. B. bei den Turbulenzen in der SPD.

4. Machen Sie in der Redaktion da ab und an einen quantitativen Check?

Wir führen keine Strichlisten.

5. Wenn die AfD in der ARD-„Tagesschau“ vorkommt, gibt es hinterher oft ungewöhnlich zahlreiche Reaktionen in den Social-Media-Kanälen – wie gehen Sie damit um? Mischen Sie sich ein? Stellen Sie etwas richtig? Wann und wie werden Sie aktiv?

Hier hat sich die Einrichtung des „Faktenfinders“ sehr bewährt. Wenn es Kontroversen zum Wahrheitsgehalt von AfD-Äußerungen gibt, checken wir die Fakten und stellen unserem Publikum die Ergebnisse unserer Recherchen zur Verfügung. Auf dieser Basis kann sich jede Userin und jeder User ein eigenes Urteil bilden.

6. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen eine richtige quantitative Gewichtung im Umgang mit der AfD vorzunehmen?

Es gehört zu den Aufgaben des Qualitätsmanagers von ARD-aktuell, darauf zu achten, dass wir alle politischen Strömungen angemessen berücksichtigen. Dabei nimmt er alle

Angebote von ARD-aktuell unter die Lupe und reduziert seinen Blick nicht auf die Ausgaben der Tagesschau im Ersten, sondern auch das gesamte Web-Angebot und tagesschau24.

7. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen nicht zum Spielball der Provokationsstrategie der AfD zu werden?

Hier gilt es, einen klaren journalistischen Kurs zu halten. Das bedeutet, dass man nicht jede gezielte Provokation zum Anlass für eine umfangreiche Berichterstattung nimmt. Ebenso wenig darf es einen Reflex geben, jede Provokation zu skandalisieren. Sollte aber eine Kontroverse weitere Kreise ziehen, muss sie auch in der Tagesschau vorkommen.

8. Wenn Sie zurückschauen auf die Zeit der Anfänge der AfD bis heute – hat sich da etwas verändert, bei Ihnen, in Ihrer Redaktion?

Die Redaktion hat gelernt, mit dem Phänomen AfD besser umzugehen. In der Anfangszeit war der Berichterstattung anzumerken, dass es persönliche Vorlieben einzelner Redakteure gab, die jedoch kein Nachrichtenkriterium sind. Mittlerweile sind alle im Umgang mit der AfD nicht weniger kritisch, aber professioneller geworden. Auch braucht es nicht mehr der permanenten Kennzeichnung der AfD als „rechtspopulistisch“. Nach wie vor ist die AfD eine rechtspopulistische Partei, aber die permanente Etikettierung wurde vom Publikum auf die Dauer als Versuch der Meinungsmache empfunden. Mittlerweile weiß jeder, wer oder was die AfD ist.

9. Was beobachten Sie generell an Stärken und Schwächen im journalistischen Umgang mit der AfD?

Schwäche in der Berichterstattung von ARD-aktuell gab es in der Frühphase der AfD, mittlerweile gehört der Umgang mit der AfD zu den Stärken von ARD-aktuell (siehe Frage 8).

10. Hat sich durch die Präsenz der AfD generell etwas im Umgang mit den Hörern, den Themen, den anderen Parteien verändert?

Sicherlich hat uns das Aufkommen der AfD gezwungen, grundsätzlich über die Frage von „Haltung“ oder „Meinung“ im Journalismus nachzudenken. Dabei ist deutlich geworden, dass viele Journalisten „Haltung“ sagen, aber „Meinung“ meinen. Dahinter verbirgt sich dann gelegentlich ein gewisser missionarischer Eifer, der mit unserer Auffassung von Nachrichtenjournalismus nicht vereinbar ist. Insofern hat diese Diskussion unsere Sinne für Überparteilichkeit sicherlich geschärft.

Interview mit Wulf Schmiese

Wulf Schmiese ist seit April 2017 Redaktionsleiter „heute-journal“ (ZDF)

1. Wenn die AfD in Nachrichtentexten vorkommt, nennen Sie dann nur den Parteinamen oder verbinden Sie diesen mit Attributen („rechtspopulistisch“, „national-konservativ“, „islamkritisch“ o.ä.)? Die 5-Sterne-Bewegung in Italien nennen Sie ja auch immer „links-populistisch“. Gibt es dafür allgemeine Regeln?

Wir haben im *heute journal* keine allgemeinen Regeln, Parteien in Anmoderationen oder Beiträgen als „rechtspopulistisch“ oder „links-populistisch“ zu bezeichnen. Wenn Parteien neu sind, soll eine entsprechende Beschreibung helfen, die politische Tendenz der jeweiligen Bewegung grob zu erfassen. Bei der AfD verwenden wir solche Attribute nicht mehr, allein schon, weil es innerhalb der Partei Unterschiede gibt, nämlich rechtspopulistische, rechtsradikale und national-konservative Politiker. Diese können einzeln natürlich so charakterisiert werden, wenn es der Unterscheidbarkeit dient.

2. Wann kommt die AfD im „heute journal“ vor?

Wir führen Interviews mit Politikern, wenn es in den Zusammenhang passt. Rein formal führt die AfD die Opposition – und damit auch den Haushalts-Ausschuss. In dieser Funktion wird sie bedacht. Natürlich auch, wenn Parteitage stattfinden oder es innerparteilich bedeutenden Ärger oder Aufsehen gibt. So gesehen hat die AfD ihren Exotenstatus nicht mehr. Das

heißt aber auch, dass wir uns Provokationen der AfD – wie auch anderer Parteien – immer dahingehend anschauen, ob sie der Partei vor allem Öffentlichkeit bringen sollen oder von gesellschaftspolitischer Relevanz sind.

3. Halten Sie sich bei der Zahl der Beiträge zur AfD oder der Zahl von O-Tönen von AfD-Politikern in Beiträgen in etwa an den Parteiproporz oder spiegelt diese Zahl ungefähr die Stärke der jeweiligen Partei im Bundestag wider?

Wir führen keine Strichlisten, weder bei Interviews noch bei O-Tönen in Beiträgen. Unsere Erfahrung und interne Auswertung zeigen, dass dies auch nicht nötig ist, um Ausgewogenheit zu erreichen. So kommt auch die AfD bei uns ziemlich exakt vergleichbar ihrer Rolle im Bundestag vor: an erster Stelle der Opposition, aber weit hinter dem Anteil der Regierungsparteien.

4. Machen Sie in der Redaktion da ab und an einen quantitativen Check?

Wir messen hin und wieder, wie oft die einzelnen Parteien in unserer Sendung vorkommen. Die Ergebnisse bestätigen unseren Auftrag, dass jede im Bundestag vertretene Partei entsprechend ihrer dortigen Repräsentanz in etwa auch in unserer Berichterstattung repräsentiert wird.

5. Wenn die AfD im „heute journal“ vorkommt, gibt es hinterher oft ungewöhnlich zahlreiche Reaktionen in den Social-Media-Kanälen – wie gehen Sie damit um? Mischen Sie sich ein?

Stellen Sie etwas richtig? Wann und wie werden Sie aktiv?

Wir nehmen die Reaktionen auf Interviews natürlich wahr, auch die in den Sozialen Medien. Es gibt beide Extreme: So wird uns einerseits vorgeworfen, etwa die AfD „großgemacht“ zu haben durch zu viel Berichterstattung; andererseits heißt es, wir schenken der AfD zu wenig Beachtung und ignorierten sie weitgehend. Wir sehen uns – bestätigt durch eigene Überprüfung – in der Mitte dieser Pole. Wir mischen uns in die Diskussion aber nur in Ausnahmefällen ein. Wenn wir Fehler gemacht haben, stellen wir die richtig. Wenn uns konkrete Fälle vorgeworfen werden, die wir für keinen Fehler halten, antworten wir, um Missverständnisse und Unterstellungen zu widerlegen.

6. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen eine richtige quantitative Gewichtung im Umgang mit der AfD vorzunehmen?

Wir wollen die AfD nicht über- und nicht unterschätzen. Insofern versuchen wir nüchtern, besonnen und überparteilich zu berichten. Wenn der demokratische Boden eindeutig verlassen wird, haben wir keine Scheu, das zu markieren. Der Mainstream, der Hauptstrom in diesem Staat ist breit und wird offensichtlich – wie er vor drei Jahrzehnten links breiter geworden ist – nun auch rechts breiter. Wir beobachten und berichten das journalistisch weitgehend neutral. Doch wenn es über die Ufer des demokratischen Rechtsstaats schwappt, weisen wir deutlich darauf hin – auch das sehen wir als unseren Auftrag an.

7. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen nicht zum Spielball der Provokationsstrategie der AfD zu werden?

Siehe Antwort 2, hinterer Teil.

8. Wenn Sie zurückschauen auf die Zeit der Anfänge der AfD bis heute – hat sich da etwas verändert, bei Ihnen, in Ihrer Redaktion?

Siehe Antwort 1, hinterer Teil sowie Antwort 6 zum erweiterten Mainstream.

9. Was beobachten Sie generell am Stärken und Schwächen im journalistischen Umgang mit der AfD?

Unsere AfD-Berichtersteller haben einen professionellen journalistischen Umgang mit dieser Partei gefunden. Sie ordnen ein, sie analysieren, sie wissen zu unterscheiden zwischen politisch relevanter Strategie und bloßer Parteitaktik. Da zeigt sich die Fähigkeit des politischen Journalismus besonders stark.

10. Hat sich durch die Präsenz der AfD generell etwas verändert im Umgang mit den Hörern, den Themen, den anderen Parteien?

Wir nehmen Themen ernst, die viele Menschen in Deutschland bewegen. Solche Themen sind für uns nicht weniger oder mehr relevant, wenn sich die AfD damit befasst.

Interview mit Maria Fiedler

Maria Fiedler, politische Korrespondentin des „Tagesspiegel“ (Berlin); u. a. zuständig für die AfD

1. Wann schafft es ein „AfD-Thema“ in den „Tagesspiegel“? Gibt es dafür allgemeine Regeln?

Die Regeln sind im Grunde dieselben wie bei anderen Parteien auch: Ist das Thema relevant? Hat es Neuigkeitswert? Das besprechen wir in unseren Redaktionskonferenzen. Wenn die AfD zum Beispiel im Bundestag eine kleine Anfrage gestellt hat und die Antwort der Bundesregierung darauf Nachrichtenwert hat, kann sie es ins Blatt schaffen – wenn nicht, nicht. Und wenn von der AfD die x-te Provokation in Folge kommt, müssen wir nicht berichten – wenn es aber eine Grenzüberschreitung neuer Qualität ist (Beispiel: „Vogelschiss“) widmen wir uns dem natürlich.

2. Halten Sie sich bei der Zahl der Beiträge zur AfD oder der Zahl von O-Tönen von AfD-Politikern in Beiträgen in etwa an den Parteiproporz oder spiegelt diese Zahl ungefähr die Stärke der jeweiligen Parteien im Bundestag wider?

In der Regel ja. Die AfD ist Oppositionsführerin im Bundestag – nicht mehr, nicht weniger. Aber es gab Zeiten, da waren AfD-Themen so virulent, dass wir mehr gemacht haben: etwa als Frauke Petry aus der Partei austrat. So ein Thema schafft es auf die Titelseite und beschäftigt uns mehrere Tage lang. Natürlich habe ich mir auch ganz genau angeschaut, wie sich die

AfD im Bundestag schlägt und wie die anderen Fraktionen mit ihr umgehen. Das haben wir bei anderen Parteien so nicht gemacht, weil diese im Bundestag nicht neu sind.

3. Machen Sie in der Redaktion da ab und an einen quantitativen Check?

Wir zählen nicht die Artikel. Aber selbstverständlich diskutieren wir intern, wie viel Berichterstattung angemessen ist.

4. Wie halten Sie es mit dem Verhältnis von Bericht und Meinung? Schon die Art der Berichterstattung z. B. über den Verbleib von Björn Höcke in der Partei („Höcke bleibt in der AfD“ oder „Der Fall Höcke wird die AfD noch länger beschäftigen“) hat ja etwas mit der „Einschätzung“ zu tun?

Bericht und Meinung sollten getrennt sein – das gilt auch für die AfD. Allerdings ist die bloße Nachricht (Was hat die AfD gemacht? Was sagen ihre Vertreter? Wie reagieren die anderen?) aus meiner Sicht oft nicht genug. Es braucht Einordnung und Analyse. So kann ich nicht darüber berichten, was AfD-Vertreter von ihrer Syrien-Reise erzählen, ohne einzuordnen, was die Partei mit ihrer Reise bezweckt. Und wenn es um Höcke geht, ist natürlich auch die Einschätzung gefragt, was sein Verbleib in der AfD für die Partei bedeutet. Diese Einschätzung basiert auf Hintergrundgesprächen und Erfahrungen mit der Partei – und bietet einen Mehrwert für den Leser. Natürlich geht das über das rein Nachrichtliche hinaus, ein Kommentar ist es aber

nicht. Bei anderen Parteien verfahren die jeweils berichtenden Kollegen genauso.

5. Was tun Sie, um in Ihrer Zeitung nicht zum Spielball der Provokationsstrategie der AfD zu werden?

Alles zuvor Genannte: Wir sprechen darüber, ob die Berichterstattung über eine bestimmte Provokation notwendig ist – um eben nicht ohne Not über das berühmte „Stöckchen“ zu springen. Wenn wir berichten, ordnen wir die Provokationen ein, analysieren, was der/die AfD-Politiker/in damit bezweckt haben könnte und inwieweit sich die Aussage von früheren Provokationen oder Grenzüberschreitungen abhebt. Wir sehen uns an, welche Reaktionen es darauf gibt (auch aus der AfD selbst) und kommentieren gegebenenfalls. Ausschlaggebend ist dabei auch, ggf. falsche oder irreführende Aussagen der AfD richtig zu stellen. Das gilt übrigens auch für Interviews, was heißt, dass sehr gute Vorbereitung essenziell ist.

Natürlich bringt jede Berichterstattung der Partei Aufmerksamkeit, aber das kann ja für uns als Journalisten nicht der Grund sein, über wichtige Entwicklungen nicht zu berichten. Die Betonung liegt aber eben auf wichtig.

6. Haben Sie zur AfD schon einmal einen richtigen Scoop gelandet?

Die Bezeichnung „Scoop“ fände ich überzogen. Mir ist es wichtig zu verstehen, mit was für Menschen wir es bei der AfD zu tun haben und wie sie ticken. Man muss sie mit ihren Widersprüchen konfrontieren. Ich glaube, dass das bei den In-

terviews, die ich gemeinsam mit Kollegen mit Alice Weidel und später mit Alexander Gauland geführt habe, gelungen ist. Ich habe beispielsweise auch einen AfD-Abgeordneten ein halbes Jahr während seiner Anfangszeit im Bundestag begleitet und beobachtet, wie das Parlament ihn verändert. Und ich habe mit Björn Höcke mehrere Stunden für ein Porträt gesprochen, um zu verstehen, wie aus einem recht beliebten Geschichtslehrer einer der einflussreichsten Nationalisten in der AfD werden konnte. Abgesehen davon haben wir als „Tagesspiegel“ vor einiger Zeit sehr viel Zuspruch für eine Titelseite bekommen. Diese entstand als Reaktion auf Alexander Gaulands „Vogelschiss“-Aussage. Die Idee war, die Titelseite ohne viel Text komplett mit Bildern zu füllen, die den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts zeigen. Dieser visuelle Kommentar anstelle eines Leitartikels hat die „Vogelschiss“-Aussage auf einen Blick widerlegt. Ergänzt wurde das durch ein Gauland-Porträt auf Seite 2, das die Radikalisierung des AfD-Chefs nachzeichnete.

7. Haben Sie schon einmal einen richtigen Fehler gemacht oder Entwicklungen falsch eingeschätzt?

Als Frauke Petry aus der AfD ausgetreten ist, habe ich damit gerechnet, dass ihr mehr Leute folgen würden. Später war ich der Meinung, dass es Austritte geben würde, weil mit Alexander Gauland und Jörg Meuthen zwei Freunde des nationalistischen „Flügels“ in der AfD an die Spitze gewählt wurden. Austritte gab es zwar – aber nicht in großem Umfang.

8. Wenn Sie zurückschauen auf die Zeit der Anfänge der AfD bis heute – hat sich da etwas verändert, bei Ihnen, in Ihrer Redaktion? Hat sich durch die Präsenz der AfD generell etwas verändert im Umgang mit Ihren Lesern, den Themen, den anderen Parteien?

Ich bin bei uns in der Redaktion erst seit Anfang 2017 für die AfD zuständig – deswegen kann ich nicht über die Anfänge im Jahr 2013 sprechen. Aus meiner Sicht hat sich insgesamt eine Art der Berichterstattung durchgesetzt, die nicht nur kritisch, sondern auch nüchtern und kühl mit der Partei umgeht. Ich glaube, dass selbst Leser, die der AfD zugeneigt sind, merken, ob sie es mit einem fairen Text zu tun haben.

9. Gelten für den direkten Kontakt zu AfD-Politikern oder AfD-Mitgliedern dieselben Regeln wie für den Kontakt zu Mitgliedern oder Repräsentanten anderer Parteien? Gibt es besondere Schwierigkeiten, Hindernisse, eigentümliche Erfahrungen?

Ja, es gelten dieselben Regeln. Sicherlich begegnet man bei einigen AfD-Politikern und Mitgliedern Misstrauen und Skepsis, auch ge-

genüber Medien insgesamt. Aber dann muss man eben klären, unter welchen Prämissen das Treffen stattfindet (Hintergrund oder zitierfähig, Autorisierung notwendig oder nicht) und meist ist das Gespräch dann möglich. Mir ist es schon passiert, dass sich einzelne AfD-Abgeordnete partout weigern, mit mir zu sprechen, aber das ist die Ausnahme.

10. Was beobachten Sie generell an Stärken und Schwächen im journalistischen Umgang mit der AfD?

Es wird viel darauf geschaut, welche persönlichen Konflikte es in der Partei gibt. Das ist wichtig, überlagert aber stark die inhaltlichen Fragen. Auf dem Parteitag 2017 in Köln etwa wurde Frauke Petry derart demontiert, dass es kaum ein anderes Thema gab – dabei wurde auf dem Parteitag auch viel inhaltlich beschlossen. Zum Teil wird auch der Einfluss einzelner Personen auf die Partei überbewertet. Positiv ist, dass viele für die AfD zuständige Redakteure wirklich sehr genau hinschauen, tief im Thema stecken und die richtigen Fragen stellen.

Interview mit Michael Köhler

Michael Köhler ist Autor, Journalist und Radiomoderator beim Deutschlandfunk (DLF)

1. Sie haben im Deutschlandfunk schon sehr früh ein ausführliches Gespräch mit Marc Jongen, der oft als „Chefideologe“ der AfD gilt, über Volk, Nation, Identität und andere zentrale Begriffe geführt. Haben Sie sich dafür anders/ausführlicher/besservorbereitet als auf andere Interviews?

Das Gespräch mit Marc Jongen, dem damaligen Sprecher der baden-württembergischen AfD-Fraktion, wurde in der Reihe „Kulturfragen“ im DLF, am 1. Mai 2016 von 17.05-17.30 Uhr ausgestrahlt. Die Vorbereitung war genauso umfänglich wie bei allen anderen Gesprächen dieser Art. Zumal das Format und die Kurzfristigkeit dieser Gespräche mehr Vorbereitung kaum zulässt. (Also das Übliche: bisherige Aussagen, Parteipapiere, Aufsätze, Interviews, Informationen zur akademischen und persönliche Herkunft ...)

2. Was war das Ziel Ihrer Befragung?

Ziel der Befragung war es, die brisanten Wortschöpfungen und dahinterliegenden politischen Gedanken zu hören, nicht um sie vorzustellen und zu verbreiten, sondern zunächst einmal „zu Gehör“ zu bringen, (Zum Beispiel durch die Frage: Was meinen Sie, wenn sie vom „Selbstachtungsmangel“ der Deutschen sprechen?) um dann in einem zweiten Schritt den Verdacht einer geschichtspolitischen Revision

herauszuarbeiten. Also nicht von vornherein konfrontativ interviewen. Gemäß der (für jede Hörfunkdramaturgie) sinnvollen Devise: Vor dem Auslegen kommt das Vorlegen! Also noch einmal: zu Gehör bringen, was der AfD-Fall ist. Manches ist ja auch sehr geschickt. Wenn Höcke vom „Denkmal der Schande“ spricht, ist das polit-linguistisch clever. Es ist ein Denkmal, das an die Schande der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen erinnert. Aber das meint er natürlich nicht, sondern er meinte ein „schändliches Denkmal“.

3. Was ist Ihnen während des Live-Interviews durch den Kopf gegangen?

Ich darf mich nicht zum (unfreiwilligen) PR-Agenten des Interviewpartners machen – und ich gehe erst dann intervenierend ‘rein, wenn verfassungsfeindliche oder volksverhetzende Parolen fallen.

4. Wie waren die Reaktionen a) in Ihrer Redaktion, b) in der Öffentlichkeit?

Sehr salopp gesagt: Von nicht wenigen Kollegen bin ich geradezu „angepisst“ worden, dass ich das mache. Dabei war es gar nicht mein ursprünglicher Wunsch, sondern meine Redaktionsleiterin hat mich aufs Feld geschickt.

Auch als wir am 15. Januar 2018 (diesmal auf mein Drängen hin) erneut mit Marc Jongen sprachen, weil er als Kandidat für den Vorsitz des Bundestagskulturausschusses genannt wurde, gab es Anfeindungen, wie wir denn mit so jemanden sprechen könnten. Nach zahlrei-

chen SMS gelang es, ihn doch zum Interview zu bewegen. Und er hat bei der Erinnerungskultur in Deutschland von der einseitigen Fixierung auf 1933-45 gesprochen.

Da hört der Hörer unmissverständlich, dass die AfD kulturpolitisch den Weg bisheriger Staatsräson verlassen will. Wenn ich das Interview nicht führe, höre ich und hören alle anderen diesen klaren Inhalt eben nicht. Die öffentliche Reaktion war zu jenem Zeitpunkt noch mäßig. Anders als vor wenigen Wochen, als ich ein Streitgespräch zur Dresdner Erklärung 2018 führte. Da hat es über drei Dutzend Zuschriften gegeben – viele in einer üblen Tonlage.

5. Haben Sie aus dem Verlauf dieses Gesprächs irgendwelche Lehren gezogen?

Ja. Es ist nicht möglich, in einen argumentativen Diskurs zu treten, weil die Positionen der AfD-Anhängerschaft aus rationalitätsresistentem Ressentiment bestehen. Selbst wenn man sagt, Art. 16 Grundgesetz ist gar nicht maßgeblich für die Flüchtlinge, sondern die Genfer Flüchtlingskonvention oder der subsidiäre Schutzstatus, reden sie weiter von „illegaler Masseneinwanderung“.

6. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen eine richtige quantitative Gewichtung im Umgang mit der AfD vorzunehmen?

Mir persönlich bereitet es geradezu körperliches Unbehagen, weil einem teils richtig „bö-

artige“ Menschen nachsteigen (per E-Mail, Telefon, Hörerpost, Zuschriften etc.) Als freier Autor habe ich Gelegenheit, künftig Nein zu solchen Interview-Aufträgen zu sagen.

7. Was tun Sie, um in Ihren Sendungen nicht zum Spielball der Provokationsstrategie der AfD zu werden?

Wir berichten weiter sachlich. Wenn es ein Positionspapier zur Kultur gibt, wird es vorgestellt und wenn vorhanden mit O-Tönen (etwa von Björn Höcke) „garniert“.

8. Wenn Sie zurückschauen auf die Zeit der Anfänge der AfD bis heute – hat sich da etwas verändert, bei Ihnen, in Ihren Redaktionen?

Viele ducken sich weg und drücken sich vor dem Thema.

9. Was beobachten Sie generell am Stärken und Schwächen im Umgang mit der AfD (in der Politik, im Journalismus)?

Die Gelegenheit zum Bloßstellen wird kaum genutzt. Bloßstellen nicht durch Angriffe oder Vorwürfe, sondern durch Selbstblamage. Es ist doch für einen „Dritten“ (Hörer, Leser ...) viel besser, wenn er selber entscheiden kann, was das für ein „Unsinn“ ist, als wenn der Interviewer sagt: „Jetzt sagen Sie aber Unsinn“. Und – wie bereits erwähnt – Schluss ist sofort in dem Moment, wo einer zu Rassen- oder Völkerhass aufruft.

10. Hat sich durch die Präsenz der AfD generell etwas verändert im Umgang mit den Hörern, den Themen, den anderen Parteien?

Das Erstarren (in Fraktionsstärke im Bundestag) hat viele krawallige Hörer mobilisiert, die aggressiv gegen Kollegen, Mitarbeiter und/oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk agitieren – häufig organisiert durch E-Mail-Ketten oder E-Mail-Kolonnen. Einzelne Stim-

mungsmacher wie Michael Klonovsky (der persönliche Referent von Alexander Gauland) und entsprechende Websites verstärken das. Die Erklärung 2018 (mit ihren angeblichen 165.000 Unterzeichnern) hat vielen noch einmal „Mut“ gemacht, gegen das Establishment und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk massiv zu polemisieren.

Literaturverzeichnis

Aufgeführt sind zitierte und weiterführende Texte.

Bücher und Fachpublikationen

Amann, Melanie (2017), *Angst für Deutschland*, München.

Arendt, Hannah (1986), *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München, Zürich.

Balibar, Étienne (1990), *Rasse, Klasse, Nation, Ambivalente Identitäten*, Hamburg.

Bauer, Thomas (2018), *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, 3. Aufl., Ditzingen.

Baumann, Zygmunt (1993), *Das Urteil von Nürnberg hat keinen Bestand. Rassismus, Antirassismus und moralischer Fortschritt*, in: *Das Argument*, Nr. 200, Juli/August 1993.

Bebnowski, David (2015), *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden.

Bednarz, Liane (2018), *Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*, München.

Bender, Justus (2017), *Was will die AfD?*, München.

Botsch, Gideon (2018), *AfD. Im Parlament gegen das Parlament*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2018, S. 17-20.

Bruns, Julian/Glösl, Kathrin/Strobl, Natascha (2014), *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der neuen Rechten in Europa*, München.

Correctiv.org/Bensmann, Marcus u. a. (2017), *Schwarzbuch AfD. Fakten Figuren Hintergründe*, Essen.

Decker, Frank (Hrsg.) (2006), *Populismus, Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden.

Decker, Frank/Henning, Bernd/Jakobsen, Kjell (Hrsg.) (2015), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden.

Diehl, Paula (2012), *Populismus und Massenmedien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5-6/2012, online unter: www.bpb.de (abgerufen am 09.09.2018).

dies. (2016), *Einfach, emotional, dramatisch. Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden*, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 539, Juli/August 2016, S. 78-83.

Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2018), *Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Ein Bericht zu neueren empirischen Studien*, Arbeitspapier 01/2018, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.

Faus, Jana/Knaup, Horand/Rüter, Michael/Schroth, Yvonne/Staus, Frank (2018), *Aus Fehlern lernen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2017*, Berlin.

Funke, Hajo (2016), *Von Wutbürgern und Brandstiftern: AfD – Pegida – Gewaltnetze*, Berlin.

Gäbler, Bernd (2011), „... und unseren täglichen Talk gib uns heute“, *Eine Studie der Otto Brenner Stiftung*, Arbeitsheft 68, Frankfurt/Main.

ders. (2017), *AfD und Medien. Analyse und Handreichungen*, Ein Diskussionsbeitrag der Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 92, Frankfurt/Main.

- Gallant, Kevin (2018), Die Berichterstattung über die AfD im Hinblick auf die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Jahr 2018 – eine vergleichende Inhaltsanalyse, Bachelorarbeit im Studiengang Medienkommunikation und Journalismus an der FHM Bielefeld (Standort Köln).
- Gürgen, Malene u. a. (2018), Netzwerk AfD – Die neuen Allianzen im Bundestag, OBS-Arbeitspapier 30, Frankfurt am Main.
- Haug, Wolfgang F. (1967), Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt am Main.
- Häusler, Alexander (Hrg.) (2016), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017), Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.
- Klemperer, Victor (2007), LTI – Notizbuch eines Philologen, Stuttgart.
- Krüger, Uwe, *Mainstream* (2016). Warum wir den Medien nicht mehr trauen, München.
- Lange, Nico/Saetzler, Theresa (2013), Die neue Partei „Alternative für Deutschland“. Entstehung, Programm und Bewertung. Eine Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung 16.April 2013.
- Metz,Markus/Seeßlen, Georg (2018), Der Rechtsruck. Skizze zu einer Theorie des politischen Kulturwandels, Berlin.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017), *Populism. A Very short Introduction*, Oxford.
- Müller, Jan-Werner (2016), Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2017), *Abstiegsgesellschaft*, Berlin.
- Niedermayer, Oskar/Hofrichter, Jürgen (2016), Die Wählerschaft der AfD, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2/2016, S. 267-285.
- Pfaller, Robert (2017), *Erwachsenensprache*, Frankfurt/Main.
- Pörksen, Bernhard (2018), *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, München.
- Priester, Karin (2007), *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/Main.
- dies. (2012), Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5-6/2012, online unter: www.bpb.de (abgerufen am 09.09.2018).
- Reckwitz, Andreas (2018), *Die Gesellschaft der Singularitäten, Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Berzel, Alexander/Neusser, Christian (2017), *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*. WZB Discussion Paper SP V 2017-102, Juni 2017.
- Schulz, Stefan (2016), *Redaktionsschluss. Die Zeit nach der Zeitung*, München.
- Sternberger, Dolf/Sturz, Gerhard/Süsskind, Wilhelm E. (1989), *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, Frankfurt/Main.
- von Lucke, Albrecht (2016), Der Triumph der AfD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, März 2016, online unter: www.blaetter.de (abgerufen am 09.09.2018).
- Wildt, Michael (2017), *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg.

Weiß, Volker (2017), Die autoritäre Revolte, Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.
Wehling, Elisabeth (2016), Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln.

Artikel, Interviews, Broschüren und Einzelkritiken*

Agarwala, Anant, Gibt es bald 70 Millionen Euro für die AfD?, in: Die ZEIT, 4/2018, 18.1.2018.
Amann, Melanie, AfD-Politiker Gedeon darf in der Partei bleiben, online unter: www.spiegel.de, 10.1.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
dies., Ohne Zweifel, (über Alexander Gauland), in: Der Spiegel, 15/2018, 7.4.2018.
dies., „Kranke Volksseele“, in: Der Spiegel, 24/2018, 9.6.2018.
dies./Becker, Sven/Rosenbach, Marcel, Migration nach rechts, in: Der Spiegel, 7/2018, 9.2.2018.
dies./Becker, Sven/Röbel, Sven, Absender unbekannt, in: Der Spiegel, 20/2018, 12.5.2018.
dies./Neukirch, Ralf, Lockerungsübungen, in: Der Spiegel, 19/2018, 5.5.2018.
am Orde, Sabine, in: taz, 14/15.4.2018
dies./Gürgen, Malene/Jakob, Christian, Es wächst zusammen, was nicht zusammengehört, in: taz 14/15.4.2018.
dies./Schulte, Ulrich, „Ich bin nicht die Sprachpolizei“, Interview mit Wolfgang Schäuble, in: taz, 8.6.2018.
apabiz e. V., Rechte Printmedien und die AfD, Magazin Nr.1, Mai 2018.
Assmann, Aleida, Wir haben eine Errungenschaft zu verteidigen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.2.2018.
Bauchmüller, Michael/Ludwig, Kristiana, Alternative Fakten, in: Süddeutsche Zeitung, 25./26.11.2017.
Bellinghausen, Yves, Wo die AfD-Wähler wohnen, online unter: www.cicero.de, 21.2.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
Bender, Justus, Ganz im Groben, in: FAZ, 28.10.2017.
ders., Die AfD im Plenum, in: FAS, 3.12.2017.
ders., Goldjunge (über Peter Boehringer), in: FAZ, 24.1.2018.
ders., AfD im Abklingbecken, in: FAZ, 25.1.2018.
ders., Die 70-Millionen-Euro-Frage, in: FAZ, 20.4.2018.
ders./Freidel, Morten, Im Himmel über Moskau, in: FAZ, 22.5.2018.

* In diesem Abschnitt werden auch Zeitungsbeiträge u. ä. erwähnt, die ausgewertet wurden, aber nicht in jedem Fall auch direkt zitiert worden sind (Red. Anmerkung).

ders., „Friedliche Revolutionen machen mir nie Sorgen“ (Interview mit Alexander Gauland), in: FAZ 5.9.2018.

ders./Steppat, Timo/Ritter, Johannes, Der Teufel und sein Adjutant, in: FAZ, 8.3.2018.

ders./Wehner, Markus, Ein Richter und seine Henker, in: FAZ, 5.1.2018.

Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Radke, Johannes/Steffen, Tilman, AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechts-extreme und Verfassungsfeinde, online unter: www.zeit.de, 21.3.2018 (abgerufen am 09.09.2018).

Blüm, Norbert, Wo, C, bist Du geblieben?, in: Süddeutsche Zeitung, 13.7.2018.

Bollmann, Ralph/Hank, Rainer, „Wir sollten öfter miteinander reden“. Erstmals treffen die Linke Sahra Wagenknecht und AfD-Chefin Frauke Petry im Interview aufeinander, in: FAS, 2.10.2016.

Bommarius, Christian, Höcke gehört in die AfD, in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.5.2018.

Brechtken, Magnus, Das Selbstbild der Unberühmbaren, in: FAZ, 18.12.2017.

Burger, Jörg, Die rechte Ecke (über den FC Bundestag), in: ZEIT-Magazin, 14.6.2018.

Cáceres, Javier, Boateng zum FC Bundestag, in: Süddeutsche Zeitung, 5./6./7.11.2018.

Dausend, Peter, Mitten im Beben, in: Die ZEIT, 9/2108, 22.2.2018.

Deckers, Daniel, Ein Etikett für die AfD, in: FAZ, 12.9.2016.

Dirr, Tobias, „Braune Flecken auf dem weißen Hemd“ (Interview mit Volkhard Knigge, KZ-Gedenkstätte Buchenwald), in: Süddeutsche Zeitung, 10.8.2018.

Doerfler, Kordula, Das wachsende Unbehagen an der Moderne, in: Frankfurter Rundschau, 31.1.2018.

Dorn, Thea, „Lieber ‚Faust‘ als Flüchtlingsperformance“. Ein Gespräch mit Iris Radisch und Adam Soboczynski, in: Die ZEIT, 18/2018, 26.4.2018.

Esslinger, Detlef, „Das moralische Bauchgefühl“. Interview mit der Linguistin Elisabeth Wehling, in: Süddeutsche Zeitung, 31.12.2016/01.1.2017.

ders., Gaulands Repertoire, in: Süddeutsche Zeitung, 14.8.2018.

ders., Die Brandstifter der AfD, in: Süddeutsche Zeitung, 28.8.2018.

Erxleben, Christian, 18 Wege, über die dich Facebook trackt und verfolgt, online unter: www.basicthinking.de, 22.6.2018 (abgerufen am 09.09.2018).

Fiedler, Maria, Gauland verteidigt Höckes Hitler-Deutung, in: Tagesspiegel, 9.3.2017.

dies., Aus der Deckung, in: Tagesspiegel, 29.11.2017.

dies., Wer sind die nominierten AfD-Ausschussvorsitzenden?, in: Tagesspiegel, 25.1.2018

dies., Weil sie nicht im Boden versinken, in: Tagesspiegel, 28.1.2018.

dies., Ins rechte Licht, in: Tagesspiegel, 10.4.2018.

dies., Der Integrationsverweigerer, (über AfD-MdB Jürgen Pohl) in: Tagesspiegel, 7.5.2018.

dies., Plan gesucht, in: Tagesspiegel, 2.7.2018.

dies., Hirn der Bewegung, in: Tagesspiegel, 28.8.2018.

- Fleischhauer, Jan., AfD-Selbstversuch bei Facebook: Die Echokammer, online unter: www.spiegel.de, 23.11.2016 (abgerufen am 09.09.2018).
- ders., Seid Ihr Linke oder Mäuse? (Kolumne), online unter: www.spiegel.de, 13.3.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Frei, Norbert, Macht der Worte, in: *Süddeutsche Zeitung*, 3./4.3.2018.
- Funke, Hajo, Ein populäres Wort auf Abwegen, in: *Tagesspiegel*, 11.3.2018.
- Grimberg, Steffen, Rechts – Links - Mitte – Hä?, in: *taz*, 28.8.2018.
- Grossarth, Jan, Robert Habeck will sich selbst und uns alle abschaffen, in: *FAS*, 13.5.2018.
- Haupt, Friederike, „Fremd im eigenen Land“. Alexander Gauland wollte noch etwas loswerden, in: *FAZ*, 5.6.2016.
- dies., Die AfD meint es ernst, in: *FAS*, 29.4.2018.
- Heisterhagen, Nils, Die Zeit der Illusionen ist vorbei, in: *FAZ*, 18.6.2018.
- Henk, Malte, Wie ich auszog, die AfD zu verstehen, in: *Die ZEIT*, 10.3.2016.
- Hock, Alexej, Radikale Einflüsterer, in: *Die Welt*, 21.3.2018.
- Hofmann, Monique, Medien und die AfD: Mehr als ein Dilemma, online unter: www.mmm.verdi.de, 29.3.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
- Huber, Joachim, „Jeder findet eine Plattform für exklusiven Irrsinn“. Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, in: *Tagesspiegel*, 15.1.2015.
- ders., Ein Thema? Kein Thema!, in: *Tagesspiegel*, 1.4.2017.
- Ingendaay, Paul, Wir selbst sind Teil des Populismus, in: *FAZ*, 12.4.2018.
- Jacobsen, Nils, Conflict Zone: AfD-Chefin Frauke Petry wird im Deutsche Welle-Interview gegrillt, online unter: www.meedia.de, 28.3.2016 (abgerufen am 09.09.2018).
- Jaeger, Mona, Kleine Anfrage ganz groß, in: *FAZ*, 19.7.2018.
- Janisch, Wolfgang, „Kein Fall für das Strafrecht“ (Interview mit dem Juraprofessor Matthias Jahn), in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.2018.
- Jessen, Jens/Mangold, Ijoma, „Man macht sich zum Knecht“. Gespräch mit Marc Jongen, dem philosophischen Kopf der AfD, in: *Die ZEIT*, 23/2016, 9.6.2016.
- Kaube, Jürgen, Die schweigende Mehrheit ergreift das Wort, in: *FAZ*, 19.12.2016.
- ders., Ausraster, in: *FAZ*, 31.8.2018.
- Kister, Kurt, Unmenschliches Geschwätz, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.6.2018.
- Knöbl, Wolfgang, Populismus für alle! (Rezension: Jörke/Selk, s. o.), online unter: soziopolis.de, 20.3.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
- Koppetsch, Cornelia, Ordnung und Struktur, Die AfD bündelt vielerlei Unmut. Sie ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern Ausdruck des Zeitgeists, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.5.2018.

- Kraske, Michael, Das AfD-Dilemma, in: Journalist, November 2017, S. 16-24.
- Lau, Mariam, Leise rieselt die Macht, in: Die ZEIT, 17/2017, 20.4.2017.
- dies., Zurück ins Kaiserreich, in: Die ZEIT, 47/2017, 16.11.2017.
- dies., Entlang der roten Linie, in: Die ZEIT, 13/2018, 22.3.2018.
- Locke, Stefan, Bericht aus Berlin, in: FAZ, 23.6.2018.
- dies., Brisanter Besuch, in: FAZ, 8.8.2018.
- Lohse, Eckart, Anträge dieser Art, in: FAZ, 23.1.2018.
- dies., AfD vor Seehofer, AfD nach Seehofer, in: FAZ, 24.3.2018.
- Manow, Philip., Links und rechts – zwei Spielarten des Populismus, in: FAZ, 29.1.2018.
- dies., Populismus rechts und links, Nord und Süd, Ost und West, online unter: www.sozio.polis.de, 2.3.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
- dies., „Dann wählen wir uns ein anderes Volk...“ Populisten vs. Elite, Elite vs. Populisten, in: Merkur, April 2018.
- Meckel, Miriam (2011), Weltkurzsichtigkeit, online unter: www.spiegel.de, 19.9.2011 (abgerufen am 09.09.2018).
- Meineck, Sebastian, AfD im Bundestag: Mehr als jeder dritte Abgeordnete offenbar in Facebook-Gruppen mit rassistischer Hetze, online unter: www.motherboard.vice.com, 26.3.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
- Meisner, Matthias, Die Ultrarechten der AfD formieren sich neu, in: Tagesspiegel, 28.4.2018.
- Merkel, Wolfgang, Die Rückkehr des Politischen, in: Cicero, November 2017,
- Metzner, Thorsten, Nationalkonservativ und Muslim, in: Tagesspiegel, 1.2.2018.
- Middelhoff, Paul, Gutes Streiten, schlechtes Streiten, in: Die ZEIT, 1.3.2018.
- Mikich, Sonia Seymour, Sehen, was ist und immer skeptisch bleiben, (Interview mit Michael Hanfeld), in: FAZ, 31.8.2018.
- Mout, Nicolette, Er war tolerant, in: FAZ, 30.6.2018.
- Müller, Jan-Werner, Woran man sie erkennen kann, in: FAZ, 6.5.2016.
- dies., Die Mär vom guten Populismus, in: Tagesspiegel, 20.5.2018.
- Müller, Thomas, Schande im Kuratorium, in: Süddeutsche Zeitung, 12.1.2018.
- Müller-Neuhof, Jost, Die Unschuld der Frau von Storch, in: Tagesspiegel, 21.4.2018.
- Müller-Vogg, Hugo, Die AfD ist vieles – aber keine anständige bürgerlich-konservative Partei, in: Bayernkurier, April 2018.
- Nassehi, Armin, Po:Pu:Lis:Mus, in: Kursbuch, März 2017.
- Neff, Benedikt, Alice Weidel: „Unser ambitioniertes Fernziel ist es, dass die Deutschen irgendwann AfD und nicht ARD schauen“, in: NZZ, 9.5.2018.

- Niehr, Thomas, Rechtspopulistische Lexik und die Grenzen des Sagbaren, online unter: www.bpb.de, 16.01.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Nolte, Paul, Die Chamäleonpartei, in: Tagesspiegel, 3.4.2016.
- Oppermann, Thomas, Die AfD nicht in eine Opferrolle drängen, in: FAZ, 23.2.2018.
- Pergande, Frank, Die AfD versteht keinen Spaß, in: FAS, 18.3.2018.
- Pittelkow, S./Riedel, K./Theile, C., AfD geht gegen ihre Helfer vor, in: Süddeutsche Zeitung, 10.8.2018.
- Plickert, Philip, Rebellische rechte Bürger, in: FAS, 6.5.2018.
- Pörksen, Bernhard, Grobe Gereiztheit, in: Die ZEIT, 16/2018, 12.4.2018.
- Poschardt, Ulf, Diese Wahlen sind ein Grund, stolz zu sein, in: Die Welt, 12.5.2017.
- Priester, Karin, Das Syndrom des Populismus, online unter: www.bpb.de, 16.1.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Rennefanz, Sabine, ‚Montags in Dresden‘. Ein eindrücklicher Film über Wut, in: Berliner Zeitung, 18.6.2018.
- Ringelstein, Ronja, Die Dagegenspielerin. Beatrix von Storch, in: Tagesspiegel, 24.6.2016.
- Rödder, Andreas, Stresemanns liberales Erbe, in: FAZ, 26.1.2018.
- Roll, Evelyn, Aufgepasst, in: Süddeutsche Zeitung, 16.1.2018.
- Rosen, Jay, Brief an die deutschen Journalisten, in: FAZ, 1.9.2018.
- Ruf, Christoph, Scharfe Worte ohne rechtliche Wirkung, in: Weser Kurier, 2.2.2018.
- Sandel, Michael J., Die Eliten begehen den Fehler zurückzuschimpfen, in: Der Spiegel, 21/2018, 19.5.2018.
- Sauerbrey, Anna, Die Ur-Heuchelei der Diskriminierer, in: Tagesspiegel, 25.4.2017.
- Schmid, Thomas, Die Macht der Gegenrede, in: Die Welt, 13.6.2018.
- Schneider, Jens, Was geht und was nicht, in: Süddeutsche Zeitung, vom 25.1.2018.
- ders., Eine Welt aus Botschaften, in: Süddeutsche Zeitung, 13.2.2018.
- ders., Aufruhr am Abend, in: Süddeutsche Zeitung, 24/25.2.2018.
- ders., Anders sein, aber lieber erst später, in: Süddeutsche Zeitung, 2.6.2018.
- ders., Ran an die Töpfe, in: Süddeutsche Zeitung 2.7.2018.
- ders./Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja, Zum Fürchten, in: Süddeutsche Zeitung, 2./3. 10.2017.
- Schönauer, Mats, Provokationen ohne Resonanz? Wie es um die AfD still wurde, online unter: www.uebermedien.de, 24.11.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Schwennicke, Christoph/Marguier, Alexander, „Unzufrieden mit dem, was man konkret an Politik erlebt“, Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle über die AfD und die pluralistische Gesellschaft ..., in: Cicero, 11.2017.
- Seibt, Gustav, Sprengstoff, in: Süddeutsche Zeitung, 4./5.05.2016.

- Serrao, Marc Felix, Alternative zu Höcke (Alice Weidel), in: FAS, 26.2.2017.
- ders., Die ängstliche Mitte, in: FAS, 19.3.2017.
- Staub, Julian, Wo sich der Kreis schließt, in: FAZ, 2.8.2018.
- Staun, Harald, Die Populisten sind unter uns, in: FAS, 19.3.2017.
- Steinfeld, Thomas, Der hilflos Anti-Populismus, in: Süddeutsche Zeitung, 11.6.2016.
- Steinke, Ronen, Hipster und Hetzer, in: Süddeutsche Zeitung, 25./26.3.2017.
- Teufel, Friedhard, Jetzt kommt doch mal runter, in: Tagesspiegel, 19.5.2018.
- Tusch, Robert, ‚Krasses Missverhältnis‘: SPD-Politiker kritisiert Themensetzung der Polit-Talkshows von ARD und ZDF, online unter: www.meedia.de, 29.3.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Ulrich, Bernd, Die Frau ist nicht schuld, in: Die ZEIT, 31.3.2016.
- ders./Geis, Matthias, „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“ (Interview mit Alexander Gauland), in: Die ZEIT, 28.4.2016
- Ürük, Büle, Zeitungsforscher Horst Röper: Konzentration bei Tagespresse liegt bei über 60 Prozent, online unter: www.kress.de, 12.6.2018 (abgerufen am 09.09.2018).
- Wehling, Elisabeth, Schon der Titel wird zur Deutung. Gespräch mit Marcus Richter und Teresa Sickert, in: Deutschlandfunk Kultur – Breitband, 16.6.2018.
- Wehner, Markus, Die drei Leben des Alexander Gauland, in: FAS, 22.2.2015.
- ders., Auf sie mit Gebrüll, in: FAZ, 24.2.2018.
- ders., Der smarte Anton und der wilde Waldemar, in: FAZ, 31.3.2018.
- Weiß, Volker, „Die Neue Rechte profitiert von Tabubrüchen“, in: FR, 14.7.2017.
- Winkler, Heinrich August, Stunde der Vereinfacher: Einheit der Gegensätze – Was rechten und linken Populismus vereint, in: Die ZEIT, 06/2015, 19.2.2015.
- Winterbauer, Stefan, Wie das Recherchebüro Correctiv das Sexleben einer AfD-Politikerin enthüllte und sich einen Shitstorm fing, online unter: www.meedia.de, 3.5.2017 (abgerufen am 09.09.2018).
- Wirsching, Andreas, Er blieb auf den Boden erhabener Ziele, in: FAZ, 30.6.2018.
- Witzeck, Elena, Wut und Klicks, in: FAZ, 4.5.2018.
- Wollschied, Carolin, Zwist in der AfD, in: FAZ, 4.6.2018
- Zastrow, Volker, Die neue völkische Bewegung, in: FAS, 29.11.2015.
- o. V., AfD-Anhänger sind pessimistisch, in: FAZ, 25.5.2018.

Videos

Hingst, Sascha, Interview mit Alexander Gauland (AfD) im Mittagmagazin, online unter: <https://www.ardmediathek.de> (abgerufen am 09.09.2018).

Kleber, Claus, Interview mit Alice Weidel im heute-journal vom 24.10.2017, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Lamby, Stephan, Nervöse Republik, Ausschnitt: Interview mit Frauke Petry, 19.4.2017, online unter: <https://www.daserste.de> (abgerufen am 09.09.2018).

Lanz, Markus, Sendung vom 4. September 2018, mit dem AfD-Mitglied Hinrich Lührssen, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Lobo, Sascha, Pop und Anti-Pop, Vortrag auf der re:publica 2018, 3.5.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Menn, Philipp (WDR), Interview mit Alice Weidel, Eins zu Eins, 13.06.2018, online unter: <https://www1.wdr.de> (abgerufen am 09.09.2018).

Pareigis, Jana, Interview mit Alexander Gauland, Morgenmagazin, 2.1.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Pörksen, Bernhard, Filter-Clash, Die große Gereiztheit der vernetzten Welt, Vortrag auf der re:publica 2018, 3.5.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Sebastian, Tim, ConflictZone: Interview mit Frauke Petry, 23.3.2016, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Walde, Thomas (ZDF), Sommerinterview mit Alexander Gauland (AfD), 12.8.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Yogeshwar, Ranga, Mensch und Maschine – wer programmiert wen?, Vortrag auf der re:publica 2018, 3.5.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Zamperoni, Ingo; Interview mit Alice Weidel in den Tagesthemen, 31.1.2018, online unter: <https://www.youtube.com> (abgerufen am 09.09.2018).

Quellen

AfD – Grundsatzprogramm 2016, online unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (abgerufen am 09.09.2018).

AfD – Manifest 2017; Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben, Die Strategie für das Wahljahr 2017, Bundesvorstand GP/RE 2016-12-22, 33 Seiten.

einfacherdienst.de, Statistische Auswertung der Themenhäufigkeit bei den Sommerinterviews, online unter: <https://einfacherdienst.de/sommerinterviews-2018-die-ewige-fluechtlingskrise> (abgerufen am 09.09.2018).

Die erste Studie „AfD und Medien“

Die erste Studie von Bernd Gäbler „AfD und Medien. Analyse und Handreichungen“ erschien als OBS-Arbeitsheft 92 im Sommer 2017. Hier das Inhaltsverzeichnis zur Orientierung. Die Printfassung ist vergriffen. Weitere Infos, auch Download usw., unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/>

Einleitung	4
1 AfD und Medien – eine Analyse	5
1.1 Double Bind	5
1.2 AfD – Entstehung und Entwicklung.....	5
1.3 Rechtspopulismus.....	8
1.4 Wie entstehen neue Parteien?.....	9
1.5 Das Mediensystem im Umbruch	11
1.6 Partei der Journalisten	13
1.7 AfD und Medien – strukturelle Gemeinsamkeiten	17
2 Handreichungen	20
2.1 Das Stöckchen-Spiel	20
2.2 Die Psychofalle	25
2.3 Die Ausgrenzungsfalle.....	27
2.4 Die Oppositionsfalle	32
2.5 Volk, Nation, Identität – sich den Begriffen der Rechtspopulisten widmen	34
2.6 Die Framingfalle	38
2.7 Demos und Populus – gar nicht so einfach	40
2.8 Sensible Sprache	44
3 Schlussfolgerungen	47
Anhang	
Literaturverzeichnis.....	50
Hinweise zum Autor	55

Hinweise zum Autor

Prof. Bernd Gäbler, geboren 1953, arbeitet als Publizist und Professor für Journalistik.

Berufliche Stationen: Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik in Marburg und Bonn, anschließend unterschiedliche journalistische Tätigkeiten bei Printmedien (u. a. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, taz); Wechsel zum Fernsehen, u. a.: „ZAK“ (WDR), „Dienstag – das starke Stück der Woche“, „3, 2, 1“ (HR), „Schreinemakers live“ (Sat.1), „Sports-TV“ (VOX), „Presseclub“ (ARD).

- 1997-2001 Leiter des Medienressorts der Zeitung „Die Woche“.
- 2001-2005 Geschäftsführer des Grimme-Instituts in Marl.
- Seit 2005 freier Publizist (insbesondere: stern.de, Tagesspiegel, radio eins) und Dozent für Journalistik an der FHM Bielefeld.
- 2011 Berufung zum Honorarprofessor.

Bernd Gäbler ist Autor folgender Studien, die bei der OBS erschienen sind:

AfD und Medien – Analysen und Handreichungen, AH 92, Frankfurt am Main 2017

Quatsch oder Aufklärung? – Witz und Politik in heute show und Co., AH 88, Frankfurt am Main 2016

„... den Mächtigen unbequem sein“ – Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine, AH 81, Frankfurt am Main 2015

Hohle Idole – Was Bohlen, Klum und Katzenberger so erfolgreich macht, AH 72, Frankfurt am Main 2012

„... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“ – Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rolle der TV-Politik-Talkshows, AH 68, Frankfurt am Main 2011

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

Nr. 34	Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
Nr. 33	Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
Nr. 32	Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
Nr. 31	Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
Nr. 30	Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
Nr. 29	Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
Nr. 28	Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
Nr. 27	Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
Nr. 26	Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
Nr. 25	Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier)
Nr. 24	#MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König)
Nr. 23	Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
Nr. 22	Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
Nr. 21	Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
Nr. 20	Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
Nr. 19	Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
Nr. 18	„Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR
(Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland
(Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen
(David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten
zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR
(Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland
(Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie –
Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze
(Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013
(Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste
(Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten?
(Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele
(Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen
(Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt
(Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland
(Sebastian Bödeker)

Thomas Wind



Demoskopie, Medien und Politik

Ein Schulterschluss mit Risiken und
Nebenwirkungen

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2018

OBS-Arbeitspapier 34

Programm der medienpolitischen Tagung der Otto Brenner Stiftung
(19. November 2018, Hotel Pullman Berlin Schweizerhof, Budapester Straße)

„Brauchen wir eine kulturell-politische Initiative zur medialen Auseinandersetzung mit der AfD?“

- 14:00 Uhr **Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema**
Jupp Legrand, OBS-Geschäftsführung
- 14:15 Uhr **AfD und Medien – Erfahrungen und Lehren aus der Praxis**
Ergebnisse und Thesen der OBS-Studie: „AfD und Medien“
Prof. Bernd Gäbler, Bielefeld/Bremen
- 14:30 Uhr **Diskussion der Thesen und Austausch konkreter Erfahrungen**
Melanie Amann, Der Spiegel
Karin Dohr, ARD-Hauptstadtstudio
Bernd Gäbler, OBS-Autor
Frank Decker, Parteienforscher und Populismusexperte
Volker Weiß, Historiker und Publizist
Moderation:
Sonia Seymour Mikich, Journalistin und Publizistin
- 15:50 Uhr **Schlussfolgerungen für den medialen Umgang mit der AfD**
Cornelia Haß, Leiterin Bereich Publizistik und Medien,
Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di
- 16:00 Uhr Pause und Umbau
- 17:00 Uhr **Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus**
– Preisverleihung 2018 –
Moderation: *Anja Höfer (SWR)*
- ca. 19:30 Uhr **Abendessen**

Weitere Informationen zur der medienpolitischen OBS-Tagung, Dokumentation des Inputs und audiovisueller Mitschnitt der Diskussion usw.: www.otto-brenner-stiftung.de

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 94**
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 95

AfD und Medien

www.otto-brenner-stiftung.de